

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1980

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Keine Volkszählung 1981

- 201 Die längerfristig geplante, in den Jahren 1979 bis 1981 weltweit durchgeführte Volkszählung findet in der Bundesrepublik Deutschland 1981 nicht statt. Es fehlen damit auch in näherer Zukunft aktuelle Basisdaten. Daraus ergibt sich eine zunehmende Unsicherheit für Fortschreibungen und Prognosen. Fehlentwicklungen auf zahlreichen Gebieten sind ohne fundierte zeitnahe statistische Entscheidungshilfen nicht auszuschließen.

Preisindex der Lebenshaltung

- 205 Immer häufiger stützen sich Wertsicherungsklauseln in Leistungsverträgen auf den Preisindex der Lebenshaltung. Dieser Beitrag soll den Zusammenhang zwischen Index und Leistungsanpassung deutlich machen.

Ist die Agrarstatistik zu umfangreich?

- 209 Die Erhebungen in der Landwirtschaft machen im Vergleich zu denen anderer Wirtschaftsbereiche einen verhältnismäßig großen Anteil der amtlichen Statistik aus. Die Auskunftspflichtigen und die mitwirkenden Gemeinden sind dadurch zeitweise erheblich belastet. In der Öffentlichkeit ist daher oft Kritik zu hören. Für den Umfang der Agrarstatistik gibt es jedoch wichtige Gründe, die in dem Beitrag erläutert werden.

Betriebsgrößenstruktur in der Forstwirtschaft 1979

- 213 Ähnlich wie für die landwirtschaftlichen Betriebe erfolgt auch für die Betriebe der Forstwirtschaft jährlich eine Aufbereitung nach Betriebsgrößenklassen. Sie wurde ab 1979 über die eigentlichen Forstbetriebe hinaus auf alle Betriebe, die Waldflächen bewirtschaften, ausgedehnt.

Wohnqualität in Rheinland-Pfalz

- 215 Anhand der Ergebnisse der 1%-Wohnungsstichprobe 1978 werden die Wohnverhältnisse der rheinland-pfälzischen Bevölkerung untersucht. Es zeigt sich, daß maßgebliche Kriterien der Wohnqualität positiv sind.

Entwicklung und Struktur des Handwerks 1962 bis 1979

- 219 Die Umstellung der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung auf die Basis der Handwerkszählung 1977 läßt einen Langzeitvergleich mit aktuellen Ergebnissen zu.

Anhang

- 65* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
71* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Auf Volkszählung kann nicht verzichtet werden

Nachdem sich auch im zweiten Vermittlungsverfahren zum Volkszählungsgesetz 1981 Bund und Länder über die Finanzierung der Zählung nicht einigen konnten, fehlen weiterhin aktuelle Basisdaten für wirtschafts- und gesellschaftspolitische Entscheidungen in den 80er Jahren auf regionaler Ebene bis hinunter zu den Gemeinden.

Zahlreiche politische Entscheidungen müssen weiterhin auf der Grundlage von veralteten Basisdaten aus dem Jahre 1970 getroffen werden. Aktuelle statistische Entscheidungshilfen sind für die Beurteilung der Entwicklung in zahlreichen Aufgabenbereichen erforderlich, wie beispielsweise im Wohnungs- und Städ-

tebau, der Raumordnung, im Bildungsbereich, der Strukturförderung, der Rentenvorausberechnung. Es wird geschätzt, daß allein die Einwohnerzahl des Bundesgebiets, auf die etwa rund hundert Rechtsvorschriften Bezug nehmen (vom Finanzausgleich bis zur Besoldung der Bürgermeister) zur Zeit um eine Million zu hoch ausgewiesen wird. Nicht geringer ist die Unsicherheit über den bereits seit 1968 fortgeschriebenen Wohnungsbestand. Über die Pendelwanderung der Erwerbstätigen und Schüler sowie über die Zahl der Beschäftigten, die von Bedeutung für viele arbeitsmarkt-, verkehrs- und sozialpolitische Analysen und Maßnahmen sind, stehen keine umfassenden aktuellen Daten mehr zur Verfügung. ku

Mehr über dieses Thema auf Seite 201

Erneuter Anstieg der Geburten - jedoch 50%, mehr Kinder je Familie wären zur Bestandserhaltung der Bevölkerung erforderlich Rheinland-Pfalz zeigt bundesweiten Trend

Im Jahre 1979 wurden in Rheinland-Pfalz 34 805 Kinder geboren. Das sind 459 oder 1,3% mehr als im Vorjahr. Damit setzte sich der bereits 1978 zu verzeichnende Anstieg der Geburtenzahl von 217 oder 0,6% verstärkt fort. Hauptursache für diese Entwicklung sind die geburtenstarken Frauenjahrgänge der 50er und 60er Jahre, die jetzt ins gebärfähige Alter hineinwachsen, so daß auch im kommenden Jahrzehnt mit einem weiteren Geburtenzuwachs zu rechnen ist.

Nach den Ergebnissen der regionalen Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes in Bad Ems, die sich für 1979 im wesentlichen bestätigt haben, wird sich die jährliche Zahl der Geburten bis 1989/90 kontinuierlich einem Wert zwischen 39 000 und 40 000 annähern. Da anschließend jedoch immer schwächer besetzte Frauenjahrgänge der 70er Jahre in das heirats- bzw. gebärfähige Alter kommen, wird dann die Geburtenzahl bei Fortbestehen der heutigen Fruchtbarkeitsverhältnisse ständig zurückgehen. Auf lange Sicht dürfte das derzeitige Niveau wieder um das Jahr 1995 erreicht werden, um nach weiteren 50 Jahren auf die Hälfte des heutigen Wertes zu schrumpfen.

Diese wellenförmige Bevölkerungsbewegung beruht darauf, daß die Zahl der Geburten nicht nur durch den mehr oder weniger stark ausgeprägten Wunsch nach Kindern (Fruchtbarkeit) bestimmt wird, sondern auch durch die Zahl und die jahrgangsweise Besetzung der im gebärfähigen Alter (15 bis 49 Jahre) stehenden Frauen.

Bei unveränderter Frauenbevölkerung im Alter von 15 bis 49 Jahren des Jahres 1978 wäre die Zahl der Geburten im Jahre 1979 nicht auf 34 805 angewachsen, sondern auf 34 152 (— 1,9%) zurückgegangen. Der Wert hätte noch um 0,6% unter dem Vorjahreswert

von 34 346 gelegen. Das bedeutet, daß die Zahl der Kinder pro Familie weiterhin abgenommen hat, der Trend zur kleineren Familie also anhält. Ein Vergleich der Ergebnisse nach der Geburtenfolge zeigt, daß die Ein- und Zweikinderfamilie immer stärker favorisiert wird und die Zahl der kinderlosen Ehepaare anteilmäßig zunimmt. Kamen 1963, dem geburtenstärksten Jahr der Nachkriegszeit, auf 1 000 Neugeborene 311 Dritt- und Mehrkinder, so waren 1979 unter 1 000 Entbindungen nur noch rund 148 (1978: 153) Dritt- und Mehrkinder. Die Gesamtfruchtbarkeit (Lebendgeborene auf 1 000 Frauen zwischen 15 und 49 Jahren) nahm daher 1979 gegenüber dem Vorjahr trotz ansteigender Geburtenzahl nochmals um etwa 0,3% ab. Angesichts der inzwischen stark abgeschwächten Veränderungsrate ist in den kommenden Jahren eine Stagnation der Gesamtfruchtbarkeit auf niedrigem Niveau wahrscheinlich.

Der voraussichtliche Geburtenanstieg bis 1990, der im wesentlichen durch eine immer breiter werdende Basis fruchtbarer Frauenjahrgänge verursacht werden dürfte, wird dennoch nicht ausreichen, um den jährlichen Anstieg der Sterbefälle auszugleichen. Die zunehmende Überalterung der Bevölkerung führt unter den gesetzten Bedingungen dazu, daß der jährliche Überschuß der Sterbefälle über die Geburten, der 1979 bei 8 303 lag, bis etwa 1990 in der Größenordnung von rund 12 000 liegen wird.

Wie Modellrechnungen ergaben, müßte die Gesamtfruchtbarkeit oder, anders ausgedrückt, die Zahl der Kinder pro Familie um etwa 50% zunehmen, um den Bestand der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz - und diese Aussage dürfte auch bundesweit gelten - bei ausgeglichener Wanderungsbilanz zu erhalten. Dabei war die Ausgangsposition in Rheinland-Pfalz 1978 noch günstiger als im Bundesgebiet. mr

Rheinland-Pfalz heute — 1980
ist erschienen.

Das Heft enthält auf 20 Seiten eine Zusammenstellung der wichtigsten Ergebnisse aus den Fachbereichen Bevölkerung, Kultur, Arbeit, Wirtschaft und Staat für das Land Rheinland-Pfalz. Außerdem informiert es über wichtige Daten der kreisfreien Städte, Landkreise und des Bundesgebietes. Thema der Schwerpunktseite ist „Wohnen in Rheinland-Pfalz“.

Der Prospekt kann beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, bestellt werden. Einzelexemplare sind zum Preis von 60 Pfennig erhältlich, bei Abnahme von 100 und mehr Exemplaren reduziert sich der Stückpreis auf 40 Pfennig. ge

674 Mill. DM für öffentliche Sozialleistungen

Das Land Rheinland-Pfalz hat im Jahre 1979 für die Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz (einschließlich pauschalierter Eingliederungshilfe) insgesamt 564 Mill. DM aufgewendet. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Bruttoausgaben um 41,3 Mill. DM oder 7,9%. Pro Einwohner errechnet sich eine Belastungsquote von 155,24 DM. Die in den Gesamtausgaben enthaltenen Leistungen für Tuberkulosehilfe verminderten sich um 8,3% auf 3,9 Mill. DM.

Die Aufwendungen für Hilfe außerhalb von Einrichtungen erhöhten sich um 4,4% auf 210 Mill. DM, die Ausgaben für Hilfe in Einrichtungen um 10% (32,4 Mill. DM) auf 354 Mill. DM.

Die Einnahmen der Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz stiegen 1979 um 5,5% auf 124 Mill. DM an.

Für soziale Leistungen nach dem Landespflegegeldgesetz (Pflegekosten, Blindenhilfe) mußten zusätzlich über 100 Mill. DM bereitgestellt werden. Außerdem hatten die Sozialhilfeträger Ausgaben von 10 Mill. DM, die unter anderem für Krankenversorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz und für Weihnachtsbeihilfen benötigt wurden. re

Vergehen im Straßenverkehr und Körperverletzungsdelikte rückläufig

Im Jahre 1979 wurden 49 709 Personen von rheinland-pfälzischen Gerichten abgeurteilt. Das sind 2 730 oder 5,2% weniger als im Vorjahr. 41 526 Angeklagte wurden rechtskräftig verurteilt, 1 667 freigesprochen und 4 620 Verfahren endeten mit Einstellung. Von den Verurteilten waren 30 075 Erwachsene, 6 531 Heranwachsende und 4 920 Jugendliche. Erstmals seit 1975 ist auch bei den Jugendlichen eine Verringerung der

Straffälligkeit zu verzeichnen. Die Gesamtkriminalität - bezogen auf 100 000 der strafmündigen Bevölkerung - sank gegenüber dem Vorjahr von 1 481 um 6,3% auf 1 387. Bei den Erwachsenen errechnet sich eine Verurteilungsziffer von 1 179 (1978: 1 263), bei den Heranwachsenden von 3 641 (3 971) und bei den Jugendlichen eine solche von 1 876 (1 935) je 100 000 der vorgenannten Bevölkerung.

Der Rückgang der Straffälligkeit, der sich namentlich bei Vergehen im Straßenverkehr (— 7,4%) und Körperverletzungsdelikten (— 7,2%) zeigte, blieb ohne Einfluß auf die relativ große Deliktgruppe des Betrugs und der Untreue. Hier war ein Anstieg von 4,1% zu verzeichnen.

Mit einem Anteil von 45,5% standen auch in diesem Jahr die Straßenverkehrsdelikte wieder an erster Stelle; von diesen 18 892 Straftaten wurden 52% in Trunkenheit begangen. Bei den Vermögensdelikten heben sich Diebstahl und Unterschlagung mit 8 563 Verurteilungen (38%) besonders hervor. Jeder vierte wegen dieses Deliktes verurteilte Straftäter war eine Frau. Deren Anteil liegt hier deutlich über dem der Gesamtverurteilungen (14%).

Bei 2 484 Straftätern handelt es sich um Ausländer oder Staatenlose. In 10 737 Fällen ordneten die Gerichte als Maßregel der Besserung und Sicherung die Entziehung der Fahrerlaubnis an. nö

72 Bewährungshelfer in Rheinland-Pfalz

Am 31. Dezember 1979 standen in Rheinland-Pfalz 4 709 Personen unter Bewährungsaufsicht, 200 Personen waren der Führungsaufsicht unterstellt. Die Betreuung dieser Probanden oblag 72 Bewährungshelfern. Das entspricht einem Schnitt von 68 Unterstellungen je Bewährungshelfer.

2 425 Unterstellungen unter Bewährungsaufsicht erfolgten nach allgemeinem Strafrecht. Bei 1 090 (45%) zu Freiheitsstrafe Verurteilten wurde nach § 56 StGB die gesamte Strafe zur Bewährung ausgesetzt. In 1 274 Fällen (53%) ordneten die Gerichte bzw. Vollstreckungsleiter nach Teilverbüßung einer Freiheitsstrafe Bewährungsaufsicht nach § 57 StGB an.

Nach Jugendstrafrecht wurden 2 284 Personen unterstellt. In 1 466 Fällen (64%) erfolgte die Aussetzung einer zeitlich bestimmten Jugendstrafe nach § 21 JGG. Auf Anordnung des Vollstreckungsleiters setzte bei 539 Jugendlichen (24%) Bewährungsaufsicht gemäß § 88 JGG (Aussetzung des Strafrestes) ein.

Im Jahre 1979 endeten 1 576 Unterstellungen. Bei gut der Hälfte der Fälle war die Bewährungszeit abgelaufen (Straferlaß), bei 453 Probanden (29%) erfolgte aufgrund einer neuen Straftat der Widerruf der Bewährungsaufsicht. nö

6 600 Forstbetriebe in Rheinland-Pfalz

Die Zahl der Forstbetriebe mit 1 ha und mehr Waldfläche belief sich im Jahre 1979 in Rheinland-Pfalz auf rund 6 600. Sie bewirtschafteten eine Waldfläche von 671 000 ha. Von dieser Fläche entfielen 32% auf 116 Staats- und 57% auf 2 100 Körperschaftsforsten. Die fast 4 400 Privatforstbetriebe hatten einen Flächenanteil von nur 10%. Im Mittel kamen auf einen Staatsforst 1 877 ha und auf einen Körperschaftsforst 183 ha Wald. Privatforsten waren im Durchschnitt 16 ha groß. Rund 96% dieser Betriebe hatten lediglich eine Fläche von weniger als 50 ha Wald. Neben den reinen Forstbetrieben verfügten auch 26 000 oder 35% aller landwirtschaftlichen Betriebe über Waldflächen in Höhe von insgesamt 41 000 ha. lx

Mehr über dieses Thema auf Seite 213

Fleischaufkommen im 1. Halbjahr 1980 um 1 924 t höher

Im ersten Halbjahr 1980 wurden in Rheinland-Pfalz 100 900 Rinder, 2 400 Kälber, 684 500 Schweine und 16 700 Schafe geschlachtet. Gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres nahm die Zahl der Schlachtungen von Rindern (+ 4,4%), Schweinen (+ 2,1%) und Schafen (+ 28,7%) zu. Es wurden 6,6% weniger Kälber geschlachtet. Unter den geschlachteten Tieren befanden sich 8 350 Rinder, 160 Kälber, 8 690 Schweine und 2 440 Schafe, die aus Belgien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Polen und der DDR stammten.

Die Schlachtungen erbrachten eine Schlachtmenge von 85 874 t. Das sind 1 924 t oder 2,3% mehr als 1979. Hiervon entfielen 34,9% auf Rind- und 64,1% auf Schweinefleisch. rö

In Rheinland-Pfalz höchste Steigerung der Milchleistung je Kuh

Die Milchleistung in den rheinland-pfälzischen Betrieben belief sich im ersten Halbjahr 1980 auf 502 300 t. Das sind 3,6% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Diese Produktionssteigerung ist auf eine höhere Milchleistung je Kuh zurückzuführen. In Rheinland-Pfalz liegt die Steigerung der Milchleistung je Kuh seit 1960 mit Abstand an erster Stelle im Bundesgebiet.

Von der Gesamterzeugung wurden 477 700 t oder 95,1% über Molkereien vermarktet. Die gelieferte Milchmenge stieg damit gegenüber 1979 um 21 600 t oder 4,7%. rö

Keine Rekordernte bei Getreide

Durch den wochenlangen Dauerregen zum Sommeranfang hat sich die Getreideernte in Rheinland-Pfalz noch mehr verspätet als im Vorjahr. Standen bis Ende August noch etwa 30% des Getreides auf dem Halm, woran vor allem die Höhengebiete beteiligt waren, so dürften inzwischen infolge der günstigen Witterung weitere erhebliche Teile eingebracht worden sein. Während die Wintergerste bereits Mitte August geerntet war, standen Ende August/Anfang September beim Weizen und bei der Sommergerste noch jeweils etwa 25% draußen. Beim Hafer war zu diesem Zeitpunkt mit 80% der überwiegende Teil noch nicht geerntet.

Als vorläufiges Ergebnis für Rheinland-Pfalz wurde ein Hektarertrag von 40,9 dt ermittelt. Damit wird der sehr hohe Vorjahreswert von 43,5 dt nicht erreicht, der langjährige Durchschnitt (38,3 dt/ha) jedoch deutlich übertroffen. Vor allem Winterweizen und Sommergerste haben die Erwartungen nicht erfüllt. Demgegenüber brachte es die Wintergerste auf einen deutlich über dem Vorjahr und dem langjährigen Mittel liegenden Ertrag.

Die gesamte Getreideernte wird sich voraussichtlich auf etwas mehr als 1,4 Mill. t belaufen. Das sind 6,1% weniger als im Vorjahr. Da das Getreide infolge der langen Regenperiode stellenweise stark ins Lager ging, ist in den betroffenen Gebieten mit zum Teil erheblichen Qualitätsminderungen zu rechnen. po

Bauhauptgewerbe weiterhin gut ausgelastet

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe hatte Ende Juni 1980 mit fast 2,4 Mrd. DM einen sehr hohen Auftragsbestand, der die Vollbeschäftigung in diesem Sektor noch bis weit in das nächste Jahr hinein sichern dürfte. Allerdings blieb das Ergebnis um 3,5% unter dem vom Juni 1979. Berücksichtigt man die Preisentwicklung - von Februar 1979 bis Februar 1980 erhöhten sich die Preise für Wohngebäude um insgesamt 11,9% und für den Straßenbau um 15,5% -, ist eine Abschwächung erkennbar.

Im ersten Halbjahr 1980 waren im Bauhauptgewerbe 74 300 Personen tätig, das sind 3,3% mehr als ein Jahr zuvor. Während die Arbeitsstunden etwa dem Vorjahreswert entsprachen, stieg die Lohn- und Gehaltssumme um 11,6% auf knapp 1 Mrd. DM. Dies läßt für das Jahr 1980 erstmals ein Überschreiten der 2 Mrd. DM-Marke möglich erscheinen. Der Umsatz lag um 21% über dem Ergebnis der ersten Jahreshälfte 1979, der Auftragseingang verzeichnete nur noch eine nominale Steigerung von 1,4%, real sogar eine Abnahme. br

Preisindex der Lebenshaltung und Wertsicherung

Der Preisindex der Lebenshaltung findet zunehmend in Renten-, Miet-, Pacht- und anderen Leistungsverträgen im Rahmen von Wertsicherungsklauseln sowie bei Gutachten und Bewertungen Anwendung. In vielen an das Statistische Landesamt gerichteten Anfragen wird um Auskunft über Stand und Entwicklung der Indizes gebeten. Die Kenntnis der Zusammenhänge von Index und Leistungsanpassung ermöglicht eine gezielte Fragestellung und erleichtert eine schnelle Beantwortung. Über die verschiedenen Indexreihen (Haushaltstypen), die Bedeutung und die Auswirkung unterschiedlicher Basisjahre sowie die Verfahrensweise der Anwendung der Indizes bei Wertsicherungsklauseln wird informiert. wf

Mehr über dieses Thema auf Seite 205

Heizölpreise weiter rückläufig

Seit Mai, als der bisher höchste Stand ermittelt wurde, ist der Heizölpreis stetig zurückgegangen. Mußten im Mai für 100 Liter Heizöl einschließlich Mehrwertsteuer noch 65,51 DM gezahlt werden, waren es im Landesdurchschnitt Mitte August noch 59,21 DM (— 10%). Damit ist das Heizöl um rund 6% billiger als im August 1979. Auch die Benzinpreise erfuhren im August 1980 eine geringfügige Senkung.

Dagegen sind insbesondere einige Gemüse- und Obstsorten im letzten Monat teilweise ganz beachtlich teurer geworden, so Kopfsalat um 56%, Wirsingkohl um 13, Rotkohl um 8, Salatgurken um 7 und Zitronen um 5%. Allerdings gab es auch einige spürbare Preisrückgänge, so bei Kartoffeln (— 24%), Blumenkohl (— 17), Karotten (— 11), Birnen (— 43) und Weintrauben (— 47%). wf

Baukosten in zehn Jahren um 85% gestiegen

Von 1970 bis Februar 1980 sind die Baukosten für Wohngebäude um 85% gestiegen. Von Februar 1979 bis Februar 1980 betrug die Preissteigerung 12%. Dies ist die höchste Steigerungsrate innerhalb eines Jahres seit 1970. Damals hatte sie rund 16% betragen.

Die Kostenerhöhungen für die einzelnen Bauleistungen waren recht unterschiedlich. So stiegen die Preise für Erdbauarbeiten im letzten Jahr um 14,2%, für Mauerarbeiten um 14,5%, für Dachdeckungsarbeiten um 15,2% und für Estricharbeiten um 15,6%. Unter dem Durchschnitt blieben die Preissteigerungen für Klempner- und Installationsarbeiten, Anstrich- und Tapezierarbeiten.

Während der vergangenen zehn Jahre verteuerten sich Zimmer- und Holzbauarbeiten um 120%, Dachdeckungsarbeiten um 113%, Tischlerarbeiten um 107%, Estricharbeiten um 95%, Klempner- und Installationsarbeiten um 94% und Mauerarbeiten um 88%. wf

Höchster Beschäftigtenstand im Handwerk

Das rheinland-pfälzische Handwerk kann im Langzeitvergleich eine recht positive Entwicklung aufzeigen. Die Bau- und Ausbaugewerbe wiesen zwar am 30. 9. 1979 gegenüber 1962 einen Rückgang der Beschäftigten um 13,6% aus; dies wurde jedoch durch die Steigerung der Beschäftigten insbesondere im Metall (+ 43%) und dem Nahrungsmittelhandwerk (+ 22%) mehr als ausgeglichen. So belief sich die Zahl der tätigen Personen im letzten Jahr auf 228 000. Sie lag um 6% über dem Stand von 1962 und erreichte die höchste Beschäftigtenzahl seit dem Vergleichsjahr. Immer noch sind es die Bau- und Ausbaugewerbe, die mit 72 000 Beschäftigten den größten Anteil belegen. Mit 68 000 folgen das Metall- und mit 32 000 das Nahrungsmittelhandwerk.

Im Jahre 1979 erzielte das Handwerk einen Umsatz von 16 Mrd. DM. Im Vergleich zum Jahre 1962 bedeutet dies eine Erhöhung um das 3,4fache. Mit dem fast fünffachen Umsatz verzeichnen die Metallgewerbe den stärksten Zuwachs und erwirtschafteten mit 41% auch den größten Anteil am gesamten Umsatz. Über der durchschnittlichen Steigerung lag auch die Holzbearbeitung, die ihren Umsatz vervierfachen konnte.

Bei einem Umsatz pro Beschäftigten von 72 000 DM ist es wiederum der Metallbereich, der mit 100 000 DM je tätiger Person an der Spitze steht. Ebenfalls übertrafen das Nahrungsmittelhandwerk mit 88 000 DM und die Glas-, Papier-, keramischen und sonstigen Gewerbe mit 77 000 DM den Durchschnitt. br

Mehr über dieses Thema auf Seite 219

Verlangsamung des Produktionswachstums

Der Ferienmonat Juli 1980 brachte in Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz erwartungsgemäß einen Produktionsrückgang. Die Produktion nahm im Vergleich zu dem hohen Vormonatsergebnis um 17% ab. Der Vergleich des bisherigen Jahresergebnisses Januar bis Juli 1980 mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum läßt jedoch eine ansteigende Produktions-tätigkeit (+ 4,4%) erkennen.

Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe verzeichnete mit 8,6% die höchste Steigerungsrate. Im Verbrauchsgüterbereich konnte ebenfalls eine Produktionsausweitung (+ 5,5%) registriert werden. Eine Zunahme war auch im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe festzustellen. Zu erwähnen ist der Anstieg im Ernährungsgewerbe (+ 6,7 bzw. + 5,5% gegenüber Vorjahresmonat).

Ein mäßiger Zuwachs wurde in dem Grundstoff- und Produktionsgüterbereich (+ 1%) erzielt. Der Rückgang in der chemischen Industrie (— 4,6%) konnte nur durch erhebliche Steigerungen in der Mineralölverarbeitung (+ 15,5%) sowie bei Steine und Erden (+ 9,4%) ausgeglichen werden. me

Keine Volkszählung 1981

Konsequenzen für das Informationsangebot

Am 13. Juni 1980 hat der Bundesrat dem Entwurf eines Gesetzes über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1981) erneut die Zustimmung versagt, nachdem am Tage zuvor der Bundestag abermals eine Kostenbeteiligung des Bundes an der Zählung abgelehnt hatte. Die für den 20. Mai 1981 im Rahmen eines Weltzensus auch für die Bundesrepublik geplante Volkszählung ist damit zunächst gescheitert.

Keine Einigung über Finanzierung

Die gesetzgeberische und fachstatistische Vorbereitung des Zählungsvorhabens¹⁾, das auch eine Grundstücks-, Gebäude- und Wohnungszählung einschließt, hatte bereits 1975/76 begonnen, unter Mitwirkung der zuständigen Bundes- und Länderressorts, der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, der Städte- und Gemeindeverbände, der Organisationen der freien Wirtschaft und von Vertretern wissenschaftlicher Institute. Am 29. September 1978 hatte die Bundesregierung den Entwurf des Volkszählungsgesetzes 1981 (Bundesratsdrucksache 444/78) dem Bundesrat zugeleitet, der am 10. November 1978 Stellung nahm. Wie bei früheren Großzählungen verlangte der Bundesrat auch diesmal eine Mitfinanzierung der Gesamtkosten durch den Bund.

Die Beratung in den Ausschüssen zog sich bis November 1979 hin, wobei es in den meisten strittigen Sachfragen zu beiderseits akzeptablen Lösungen kam, nicht jedoch in der Frage der Finanzierung der Zählung. Sowohl die Anrufung des Vermittlungsausschusses durch den Bundesrat am 21. Dezember 1979 als auch die erneute Anrufung des Vermittlungsausschusses durch die Bundesregierung am 20. März 1980 führten zu keiner Einigung über die Zählung. Am 22. Mai 1980 sprach sich der Vermittlungsausschuß erneut für die Beibehaltung des bisherigen Zählungsprogramms in vollem Umfange sowie für die von den Ländern geforderte Finanzzuweisung von 4,30 DM je Einwohner aus. Auch dieser zweite Einigungsvorschlag wurde vom Bundestag am 12. Juni 1980 abgelehnt.

Zählungstermin 20. Mai 1981 nicht mehr realisierbar

Auch wenn das Gesetz unmittelbar nach Konstituierung des neuen Bundestages erneut eingebracht und

verabschiedet werden sollte, ist eine Verschiebung des geplanten Zählungstermins 20. Mai 1981 um mindestens ein Jahr nicht mehr zu umgehen. Selbst bei Berücksichtigung der Tatsache, daß der größte Teil der methodischen Vorarbeiten für die 1981 geplante Zählung erledigt ist, und unter der Annahme, daß sich am substantiellen Gehalt der Erhebung nichts Wesentliches ändert, bedarf es dieses Zeitraumes zwischen Gesetzesverkündung und Zählungstichtag, um die notwendige Probezählung bis Mitte 1981 durchführen und auswerten, um den zeitaufwendigen Druck der maschinenlesbaren Erhebungsbogen vornehmen, um die ebenfalls unvermeidbare postalische Gebäudevorerhebung durchziehen (große Wohnungsbaugesellschaften benötigen hierfür Monate) und um die Zählungsorganisation in den Gemeinden aufbauen zu können.

Erhebungsprogramm überprüfen

Der inzwischen erreichte Stand in der Vorbereitung der Zählung (Fragebogengestaltung, Tabellenprogramme, Datensatzbeschreibungen, Lese- und Plausibilitätskontrollen, maschinelle Fehlerkorrekturen usw.) läßt es ohne zusätzlichen erheblichen Aufwand nicht mehr zu, einzelne Erhebungstatbestände aus dem Programm herauszunehmen, wohl aber sollte - unter den Gesichtspunkten der Erleichterung des Zählgeschäfts bei Gemeinden, Zählern und Bürgern sowie der Ergebnisqualität - der Erhebungskomplex Grundstücke und Gebäude in seiner derzeitigen Gesamtkonzeption nochmals überprüft werden. In den bisherigen zwei Fragebogentests hat sich nämlich gezeigt, daß die Erfassung der Grundstücksflächen mit ganz erheblichen Schwierigkeiten verknüpft ist und daß Angaben hierüber, soweit sie überhaupt gemacht wurden, zum großen Teil eindeutig falsch oder äußerst fragwürdig waren. Ein Verzicht auf die Erfassung der Grundstücke und eine Beschränkung der Gebäudeerfassung auf solche Gebäude, die Wohnraum enthalten oder bewohnt sind, hätte eine spürbare Entlastung der Berichtspflichtigen und der Zählungsorganisation zur Folge, würde aufwendige Prüf- und Korrekturarbeiten vermeiden helfen und unstreitig zu einer Verbesserung der Ergebnisqualität in den verbleibenden Bereichen führen können. Verbunden wäre damit schätzungsweise eine Einsparung in der Größenordnung von etwa 10% der Gesamtzählungskosten.

¹⁾ Vgl. F. Kuch: Volkszählung 1981. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 32, Heft 9, September 1979.

Außerdem müßte noch einmal die Frage nach dem Umsatz für Unternehmen in der Arbeitsstättenzählung zur Diskussion gestellt werden, deren Wegfall sich auf die bisherigen Programmvorarbeiten nicht gravierend auswirken würde. Es ist nämlich zu befürchten, daß die Beibehaltung dieser Frage wegen der zu erwartenden Auskunftsverweigerungen zu einer beträchtlichen Erschwerung und damit auch Verteuerung des gesamten Zählgeschäfts führen wird. Zwar besteht bei zahlreichen Konsumenten der amtlichen Statistik großes Interesse an diesen Daten, aber zum einen fallen Umsatzangaben für Unternehmen ohnehin alle zwei Jahre im Rahmen der Umsatzsteuerstatistik an, zum anderen muß doch sehr bezweifelt werden, ob ihre Erfassung im Rahmen einer Volkszählung angebracht ist; die befragungspsychologisch negative Wirkung dürfte kaum zu bestreiten sein.

Ohne neue Volkszählung sind zahlreiche statistische Entscheidungshilfen unzulänglich

Aus der Volkszählung werden aktuelle Daten über Einwohner, Haushalte, Gebäude, Wohnungen, Beschäftigte und Arbeitsstätten erwartet, die für eine Vielzahl von Entscheidungen wesentlich sind. Zur Zeit müssen solche Entscheidungen anhand von Orientierungsdaten getroffen werden, die fortgeschrieben oder geschätzt sind auf einem Basismaterial, das bereits zehn (Volkszählung 1970) und zwölf Jahre alt ist (Gebäude- und Wohnungszählung 1968). Unbestritten ist, daß es für die Volkszählung als Lieferant von Eckdaten über Bevölkerung und Wirtschaft keine Alternative gibt. Das gilt namentlich für Daten auf Gemeindeebene und darunter. Die Übersicht über erwartete Volkszählungsergebnisse und ihre wichtigsten Verwendungszwecke, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, verdeutlicht diesen Aspekt und läßt zugleich die zentrale Stellung der Volkszählung im Gesamtsystem der amtlichen Statistik erkennen; ohne neue Daten aus einer Volkszählung werden in den kommenden Jahren Aktualität und Qualität auch einer ganzen Reihe wichtiger laufender Statistiken beeinträchtigt. Fehlplanungen und damit mögliche Fehlinvestitionen rücken in den Bereich des Wahrscheinlichen.

Fortgeschriebene Bevölkerung der Bundesrepublik um eine Million zu hoch?

Erfahrungsgemäß werden fortgeschriebene Daten um so ungenauer, je weiter sie zeitlich vom Ausgangspunkt entfernt sind. Eine ungefähre Vorstellung von der Größenordnung dieses Fehlers vermittelt ein Vergleich der bei der Volkszählung 1970 festgestellten Bevölkerungszahl mit der zum gleichen Zeitpunkt fortgeschriebenen Bevölkerungszahl auf der Basis der Volkszählung 1961. Für das Bundesgebiet einschließlich West-Berlin lag das Fortschreibungsergebnis damals um rund 860 000 Personen (Rheinland-Pfalz 38 000 Personen) über dem Zählungsergebnis 1970. Eingehende Untersuchungen über die Genauigkeit der Zählung haben ergeben, daß dieser Überschuß vornehmlich aus Fortschreibungsfehlern resultiert. Für 1981 rechnet man mit einer auf der Basis 1970 fort-

geschriebenen Bevölkerungszahl, die um etwa 1 Million oder 1,6% überhöht ist.

Das Problem wird verschärft durch die Tatsache, daß die fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen auch in ihrer demographischen Gliederung verzerrt sind. Beispielsweise sind zwischen 1970 und 1978 im Bundesgebiet 265 000 Ausländer eingebürgert worden, ohne daß dieser Wechsel der Staatsangehörigkeit in die Bevölkerungsfortschreibung eingegangen ist. Es wird also eine zu niedrige Zahl Deutscher und eine entsprechend zu hohe Ausländerzahl fortgeschrieben. Nicht geringer ist die Unsicherheit über die Größe des Fortschreibungsfehlers auf regionaler Ebene, da sich regionale Fortschreibungsfehler auf Bundesebene zum Teil ausgleichen. Die Erfahrung spricht dafür, daß die fortgeschriebene Bevölkerungszahl in Stadtstaaten und stark urbanisierten Flächenstaaten mit ihrer lebhafteren Bevölkerungs- und Beschäftigtenfluktuation krasser überhöht ist als in Ländern mit weiträumiger Struktur. Auf die beträchtlichen Abweichungen zwischen den amtlichen Wohnbevölkerungszahlen und den Zahlen der Einwohnerdateien, verursacht auch durch unterschiedliche Bevölkerungsbegriffe, ist in dem Beitrag „Fortschreibung der Bevölkerung“ hingewiesen worden¹⁾.

Eine Gefahr ist in diesem Zusammenhang nicht auszuschließen: daß nämlich einzelne Gemeinden wegen des Ausbleibens der Volkszählung eigene Erhebungen anstellen - wie das in der Grenzstadt Trier mit ihren besonderen Arbeitsmarktp Problemen mit einer eigenen Arbeitsstättenzählung kürzlich geschehen ist - und damit den Unmut der Befragten auf die amtliche Statistik lenken, wenn ein oder zwei Jahre später eine bundesweite Volkszählung kommt. Es gehört zu den Selbstverwaltungsaufgaben einer Gemeinde, erforderlichenfalls eigene Erhebungen durchzuführen, wie das in größeren Städten ohnehin laufend geschieht, um bei akuten Problemen beispielsweise der Stadtsanierung, des Stadt-Umland-Verhältnisses, der städtebaulichen und Verkehrsplanungen quantitative Aussagen machen zu können. Brauchbare neuere Daten, namentlich in kleinräumlicher Gliederung, über Grundstücke, Gebäude, Wohnungen, kombiniert mit Sozial- und Wirtschaftsdaten, fehlen seit Jahren. Freilich wird keine Gemeinde, sei sie auch finanziell und technisch noch so gut ausgestattet, eine eigene Volkszählung in vollem Umfang durchführen können (das Problem der Auskunftspflicht einmal ganz außeracht gelassen), aber sie wird sich zumindest sektoral gelegentlich eigene Planungsdaten beschaffen müssen. Andererseits können solche eigenen gemeindlichen Erhebungen keinesfalls etwa die amtlichen Wohnbevölkerungszahlen ersetzen, auf die sich zahlreiche Rechtsvorschriften beziehen. Auch erlauben sie nicht den erst durch eine bundesweite Volkszählung möglichen wichtigen Vergleich mit anderen Gemeinden für die richtige Einschätzung der eigenen Situation. Sie führen allenfalls zu weiteren Divergenzen zwischen den Daten der Gemeinden und der amtlichen Statistik.

Besonders gefragt: Pendlerdaten

Völlig überholt sind die nicht fortschreibbaren 1970er Daten über die Pendelwanderung, der zunehmend größere Bedeutung zukommt. Bereits damals

¹⁾ M. Unglaub: Fortschreibung der Bevölkerung. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 32, Heft 12, Dezember 1979.

Erwartete Volkszählungs-Ergebnisse und ihre wichtigsten Verwendungszwecke

Amtliche Bevölkerungszahlen

- als Bezugswerte für zahlreiche Rechtsvorschriften
 - Berechnung der Stimmen der Länder im Bundesrat
 - Festlegung von Zahl und Größe der Wahlkreise
 - Berechnung der Sitze in den kommunalen Parlamenten
 - Verteilung der Mittel im Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern, Ländern und Ländern sowie Ländern und Gemeinden
 - besoldungsmäßige Einstufung der kommunalen Wahlbeamten
- als Grundlage für die Überprüfung und Korrektur der kommunalen Einwohnerregister / -dateien
- als Basiszahlen für Bevölkerungsfortschreibung und -vorausschätzung

Sozioökonomische Strukturdaten der Bevölkerung

- als Bezugsgrößen für vielfältige Berechnungen (Geburten-, Sterbe-, Heiratsziffern, Nettoproduktionsraten)
- zur Vorausschätzung bestimmter Bevölkerungsgruppen (Erwerbspersonen, Rentner, Schulanfänger)
- als Planungsgrundlage in den verschiedensten Bereichen
 - Bildungswesen (Lehrerbedarf, Analyse bisheriger und geplanter bildungspolitischer Maßnahmen)
 - Arbeitsverwaltung (regionale Arbeitsmärkte und Arbeitslosenquoten, Steuerung des Arbeitskräfteangebots, Ersatzbedarf in einzelnen Berufen)
 - Ausländerwesen (Festsetzung der Ausländerquoten)
 - Renten- und Versicherungswesen (Beitragsentwicklung, Rentenanpassung)
 - regionale Strukturpolitik (Bedarf an Schulen, Krankenhäusern, Wohnungen, Arbeitsplätzen Landesentwicklungsprogramm Rheinland-Pfalz)

Daten über Pendelwanderung

- zum Nachweis wirtschaftlicher, finanzieller und verkehrsmäßiger Verflechtungen bestimmter Räume (regionale Verkehrspolitik, Standortfragen für Unternehmen und weiterführende Schulen, Abgrenzung nichtadministrativer Gebietseinheiten)
- für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Erwerbstätige und Arbeitnehmer nach dem Inländerkonzept, Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen In- und Ausland)

Daten über Grundstücke, Gebäude, Wohnungen

- als Grundlage für eine Neuorientierung in den Bereichen Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen

(Weiterentwicklung des gesetzlichen Instrumentariums), für Maßnahmen

- des sozialen Wohnungsbaus (Bereitstellung von Fördermitteln)
- des freien Wohnungsbaus (steuerliche Abschreibungsquoten, staatliche Bausparförderung, regionale Mietspiegel)
- der Infrastruktur (Straßen, Wasser, Abwasser, Strom)
- der Energiepolitik (Förderung von Energiesparmaßnahmen)
- der Gesundheits- und Heilfürsorge (Unterbringung behinderter, bedürftiger und alter Menschen)
- als Orientierungsdaten für die Wohnungs- und Bauwirtschaft (Gewichtsverlagerung von Neubautätigkeit auf Erhaltung, Modernisierung, Verbesserung der Bestände)
- als Basiszahlen für Gebäude- und Wohnungsfortschreibung

Daten über Arbeitsstätten und Beschäftigte

- als einzige Grundlage über die Struktur der Arbeitsstätten und Beschäftigten der gesamten Volkswirtschaft, auch der sonst nicht oder nur lückenhaft erfaßten Bereiche (freie Berufe, Verkehrsbereich, Organisationen ohne Erwerbscharakter, Sozialversicherung)
- zur umfassenden Analyse der Struktur aller tätigen Personen nach dem Arbeitsort (Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit umfaßt nur pflichtversicherte Arbeitnehmer)
- zur Analyse der strukturellen Zusammenhänge zwischen den Unternehmen und ihren Arbeitsstätten (Standortprobleme)
- für Konzentrationsuntersuchungen auf regionaler Ebene (Informationen über die Nachfrage nach Arbeitskräften)
- als Grundlage für die regionale Strukturpolitik der EG, des Bundes, der Länder bis zu den Gemeinden (Gemeindeteile)
 - Raumordnungsberichte des Bundes und der Länder
 - Förderpolitik im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" des Bundes und der Länder (Neuabgrenzung der Fördergebiete)
 - Konzentrationsuntersuchungen des Bundeskartellamtes und der Bundesmonopolverwaltung
 - Entwicklungs- und Ausbauplanungen der Fernmeldenetze
 - regionale Prognosen zum Ausbauplan für die Bundesfernstraßen 1971 bis 1985
- als Grundlage für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
- als Basis für die Fortschreibung der Beschäftigtenzahlen mit Hilfe laufender Bereichszählungen auf Stichprobenbasis (Einzelhandels- und Gastgewerbestatistik)
- als Ausgangsbasis für nachfolgende Bereichszählungen sowie zur Überprüfung und Ergänzung der Berichtskreise bei diesen Statistiken (Statistiken im Produzierenden Gewerbe, Handwerksstatistik)

arbeiteten im Bundesgebiet 7 Millionen oder 28% (Rheinland-Pfalz 540 000 oder 36%) aller Erwerbstätigen außerhalb ihrer Wohngemeinde, von den Schülern und Studenten pendelten täglich im Bundesgebiet 1,8 Millionen oder 19% (Rheinland-Pfalz 135 000 oder 23%) zu einer Schule in einer anderen Gemeinde. Ein Indiz für den Bedarf an neuen Daten ist eine im Bundesverkehrsministerium anhand der 70er Daten und der Mikrozensusergebnisse von 1978 angestellte und im August 1980 publizierte Untersuchung. Danach pendeln derzeit im Bundesgebiet 7,7 Millionen oder knapp ein Drittel der Erwerbstätigen und rund 2 Millionen oder 15% der Schüler und Studenten. Auch über Zeitaufwand und Verkehrsmittel werden Aussagen gemacht. Nur reichen diese Angaben nicht aus, um die mit der Pendelwanderung zusammenhängenden primären Probleme auf regionaler Ebene untersuchen zu können.

Pendlerdaten dienen vielfältigsten Zwecken. Sie werden ebenso als Grundlage für regionale und überregionale verkehrspolitische Maßnahmen, für die Abgrenzung regionaler Arbeitsmärkte und zur Klärung von Standortfragen gebraucht wie etwa im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zur Ermittlung der Wirtschaftsbevölkerung oder des Saldos der Erwerbseinkommen zwischen In- und Ausland. Der Pendelwanderung ist daher auch im Zeitplan für die Aufbereitung der Volkszählung Priorität eingeräumt; Pendlerzahlen sollen bereits mit den ersten Gemeindergebnissen vorgelegt werden.

Bildungsplanung ohne Möglichkeit der Erfolgskontrolle

Nicht minder dringend ist der Bedarf an aktuellen bevölkerungs- und berufsstatistischen Daten für die Bildungsplanung. Das Bildungswesen hat seit 1970 einen intensiven Ausbau erfahren, wobei diese Entwicklung von zwei bildungspolitischen Maximen bestimmt wurde: (1) das Erfordernis einer ständigen Anpassung an technischen Fortschritt sowie an wirtschaftliche und soziale Veränderungen verlangt lebenslanges Lernen, (2) eine höhere Qualifikation sichert berufliche Mobilität und gewährt bessere soziale Chancen. Dabei stiegen die Bildungsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden von 23 Mrd. DM im Jahre 1969 um 338% auf 100 Mrd. DM im Jahre 1977.

Der Ausbau des Bildungswesens veränderte innerhalb dieses Zeitraums die Struktur des Arbeitskräftepotentials (Qualifikationsniveau, fachliche Ausrichtung) erheblich. Die Kenntnis über die Dimensionen dieses Vorgangs ist erforderlich, weil der Ausbau bestimmter Ausbildungsgänge sich auf nicht immer gesicherte Annahmen stützen mußte. So war beispielsweise davon auszugehen, daß ein verstärktes Angebot an Arbeitskräften bestimmter Qualifikation die Nachfrage nach diesen stimulieren werde, oder daß eine größere Fachrichtungs- und Berufsflexibilität der Absolventen höher qualifizierender Ausbildungsgänge auch ein Fußfassen auf verwandten Gebieten sicherstelle. Allein die Volkszählungsdaten über Erwerbstätigkeit, Beruf und Ausbildung in tiefer regionaler Gliederung eröffnen die Möglichkeit, die veränderte Struktur des Arbeitskräftepotentials konkret darzustellen und die Annahmen der Bildungspolitiker über Fachrichtungs- und Berufsflexibilität einzelner Ausbildungsgänge zu

verifizieren. Ohne diese Informationen müßten auch künftig wichtige bildungspolitische Entscheidungen aufgrund ungesicherter Annahmen getroffen werden.

Wohnungs- und Gebäudezählung zuletzt vor zwölf Jahren

Für den fortgeschriebenen Wohnungsbestand auf der Basis 1968 gilt prinzipiell das gleiche wie für die fortgeschriebene Wohnbevölkerung: Die Fortschreibung weist Fehler in unbekannter Größe und hier auch möglicherweise in unbekannter Richtung auf. Vor allem fehlt es an regionalen Bestandszahlen. Unbekannt ist regional nicht nur die tatsächliche Zahl der Wohnungen, es fehlen auch Kenntnisse über ihre Verfügbarkeit, über die Eigentumsquote, über Mieten und Mietbelastung der Haushalte. Es ist offen, an welchen Daten sich Wohnungspolitik und Bauwirtschaft künftig orientieren sollen. Bund und Länder haben in den neun Jahren 1970 bis 1978 insgesamt fast 41 Mrd. DM für die Förderung des Wohnungsbaus ausgegeben, im Durchschnitt jährlich also 4,5 Mrd. DM. Für einen sachgerechten Einsatz der Mittel und die Erfolgskontrolle sind zeitnahe Daten erforderlich.

Aktuelle detaillierte Regionaldaten fehlen auch über den zuletzt 1968 ermittelten Gebäudebestand. Die wachsende Bedeutung von Altstadtsanierung und Altbaumodernisierung für Städteplanung und Bauwirtschaft, neuerdings durch die Bemühungen zur Förderung energiesparender Baumaßnahmen noch mehr in den Blickpunkt gerückt, verlangt nach fundierten Daten über die Struktur des Gebäudebestandes (Art, Größe, Alter, Besitzverhältnisse). Ein besonderes Problem bildet hier die lückenhafte Kenntnis über Bestand und Bedarf an Gebäuden, die den Bedürfnissen bestimmter Bevölkerungsgruppen wie pflegebedürftiger Personen, alter und behinderter Menschen, Asylsuchender oder Studenten dienen oder dienen könnten.

Fragezeichen hinter den Beschäftigtenzahlen

Schwerwiegend ist auch das Fehlen aktueller Zahlen über die Beschäftigten aller Wirtschaftsbereiche nach dem Arbeitsort, die relativ kostengünstig aus der Arbeitsstättenzählung erwartet werden. Für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen etwa, die sich seit Jahren mit geschätzten Beschäftigtenzahlen begnügen müssen, dürften gesicherte Daten aus der Arbeitsstättenzählung (in Verbindung mit neuen Zahlen über Erwerbstätige und Pendler aus der Volkszählung) zu verbesserten Regional- und Bereichswerten führen. Beschäftigtenzahlen bilden nicht nur eine Bezugsgröße für das Sozialprodukt und damit die Ausgangsbasis der Produktivitätsberechnungen für die gesamte Volkswirtschaft wie für die einzelnen Wirtschaftsbereiche, sie dienen auch als Schlüssel beispielsweise zur Verteilung der Unternehmensumsätze auf deren Betriebe, zur Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts der Kreise und zur Berechnung des privaten Verbrauchs in verschiedenen Bereichen.

Das Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur sieht in bestimmten strukturschwachen Gebieten die finanzielle Förderung der gewerblichen Wirtschaft bei Errichtung, Ausbau, Umstellung oder grundlegender Rationalisierung von Gewerbebetrieben vor. Da Neu-

ansiedlungen und Betriebserweiterungen im allgemeinen mit einer Erhöhung des Arbeitsplatzangebotes einhergehen, kommt der amtlichen Statistik im Rahmen der Erfolgskontrolle der Förderpolitik eine besondere Rolle zu. Hierbei nimmt die Arbeitsstättenzählung insofern eine zentrale Stelle ein, als sie Beschäftigtenzahlen in tiefer regionaler Gliederung auch für solche Bereiche der Volkswirtschaft liefert, die sonst nicht oder nur lückenhaft statistisch erfaßt werden und für die somit keine laufenden Informationen über die regionale Verteilung der vorhandenen Arbeitsplätze vorliegen, so im Handels- und privaten Dienstleistungsbereich und im Verkehrsbereich. Für diese Bereiche mußte bisher ersatzweise auf die letzte Arbeitsstättenzählung zurückgegriffen werden, deren Ergebnisse auch nicht mehr annäherungsweise die heutigen Verhältnisse widerspiegeln. Das ist einer der Gründe für den Beschluß des Planungsausschusses für regionale Wirtschaftsstruktur, die Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe neu abzugrenzen.

Neben aktuellen Daten aus der Volkszählung würden hierzu vorrangig Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung benötigt.

Internationale Bedürfnisse

Die Beispiele sollten verdeutlichen, welche Schwierigkeiten der Verzicht auf eine solche Zählung bedeutet. Auch im internationalen Raum sind angesichts der immer enger werdenden weltweiten Verflechtungen methodisch, begrifflich und zeitlich vergleichbare Daten erforderlich. Neben einer bereits über 30 Jahre gültigen Empfehlung der Vereinten Nationen, die schon dem ersten Weltzensus 1950 zugrundelag - auch in den Jahren 1979 bis 1981 finden in über hundert Staaten Volkszählungen statt - verpflichtet die Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften Nr. 73/403 vom 22. November 1973 die Mitgliedstaaten, zwischen dem 1. März und 31. Mai 1981 allgemeine Volkszählungen anzuordnen.

Diplom-Volkswirt F. Kuch

Preisindex der Lebenshaltung als Wertmesser für Wertsicherungsklauseln

Wertsicherungsklauseln sind zunehmend Bestandteil von Verträgen über wiederkehrende Zahlungen geworden. Dies gilt insbesondere für Leistungen, die zum Bestreiten des Lebensunterhaltes dienen. Danach ist der zu zahlende Betrag von Zeit zu Zeit den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere der Veränderung des Geldwertes anzupassen. Bei der Abfassung solcher Gleitklauseln dürfen Begriffe wie Lebenshaltungsausgaben, Lebenshaltungspreise, Lebensstandard und Lebenshaltungskosten nicht miteinander verwechselt werden.

Sehr unterschiedlich haben sich die Lebenshaltungsausgaben, Lebenshaltungspreise, Löhne, Gehälter und Sozialversicherungsrenten im Vergleich zueinander entwickelt, was nicht selten bei der Bewertung der Leistungsabsicherung eine Rolle spielt. Im folgenden sollen diese Zusammenhänge dargestellt werden, die gerade bei vertraglichen Vereinbarungen von Bedeutung sind.

Lebenshaltungsausgaben, Lebenshaltungspreise, Lebensstandard

Die Höhe der Lebenshaltungsausgaben wird bestimmt durch die Lebenshaltungspreise sowie durch Art, Menge und Qualität der gekauften Lebenshaltungsgüter, das heißt durch das Niveau der Lebenshaltung oder den sogenannten Lebensstandard. Wenn sich in Zeiten allgemeiner Teuerung der Lebensstandard verbessert, das heißt wenn trotz steigender Preise mehr und höherwertige Güter gekauft werden, müssen die Lebenshaltungsausgaben stärker steigen als die Lebenshaltungspreise, wie dies in der Vergangenheit meistens der Fall war.

So stiegen im Bundesgebiet von 1962 bis 1979 (Jahresmittel) die Lebenshaltungspreise (gemessen am

Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte) um 91% und die Lebenshaltungsausgaben (gemessen an den Käufen der inländischen privaten Haushalte je Einwohner) um 243%.

Der beträchtliche Unterschied zwischen den beiden Prozentzahlen läßt erkennen, daß der größere Teil der Mehrausgaben nicht den gestiegenen Preisen zuzuschreiben ist, sondern dem verbesserten Lebensstandard, also dem Umstand, daß mehr und bessere Güter gekauft wurden.

Unter einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten werden oft nur die Mehrausgaben durch gestiegene Lebenshaltungspreise, zum Teil die Mehrausgaben durch gestiegene Preise und verbesserten Lebensstandard, also die Erhöhung der Lebenshaltungsausgaben verstanden. Die Bezeichnung Lebenshaltungskosten ist daher möglichst zu vermeiden und stattdessen der Begriff Lebenshaltungspreise oder Lebenshaltungsausgaben zu verwenden. Insbesondere beim Preisindex der Lebenshaltung handelt es sich nicht um einen Index der Lebenshaltungskosten.

Löhne und Gehälter, Sozialversicherungsrenten

Löhne, Gehälter, Sozialversicherungsrenten und Lebenshaltungspreise ändern sich in der Regel nicht im gleichen Verhältnis. Von 1962 bis 1979 stiegen nämlich der Index der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter um 248%, der Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel um 250% und die Renten in der Sozialversicherung um 296%. Die Lebenshaltungspreise erhöhten sich dagegen um 91%. So erklärt es sich, daß die Masse der Einkommensbezieher von 1962 bis 1979 trotz ständig steigender

Preise ihren Lebensstandard beträchtlich verbessern, mehr sparen und höhere Steuern zahlen konnte.

Anpassung wiederkehrender Zahlungen an veränderte wirtschaftliche Verhältnisse

Verträge über Unterhaltszahlungen, Leibrenten und sonstige wiederkehrende Zahlungen enthalten zunehmend sogenannte Wertsicherungsklauseln, wonach der geschuldete Betrag von Zeit zu Zeit den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere der Veränderung des Geldwertes, angepaßt werden soll. Als Maßstab für die Veränderung wird meist ein bestimmter Wertmesser vereinbart und festgelegt, daß der Schuldbetrag entsprechend angepaßt oder neu festgesetzt werden soll, wenn dieser Wertmesser bestimmte Schwellenwerte überschreitet.

Am häufigsten wird der Preisindex der Lebenshaltung als Wertmesser herangezogen. Das ergibt sich aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank, die nach § 3 des Währungsgesetzes über die währungsrechtliche Genehmigung solcher Klauseln zu entscheiden hat. Folgende Hinweise sollen über Aussagegehalt und wirtschaftliche Bedeutung des vereinbarten Wertmessers informieren und hervorheben, welche Konsequenzen der vereinbarte Wertmesser für die Entwicklung der wiederkehrenden Zahlung hat.

Ein Preisindex der Lebenshaltung als Wertmesser bewirkt einen Ausgleich für Preisänderungen. Der Empfänger der Zahlung erhält nach jeder Anpassung stets so viel, daß er sich im Prinzip das Gleiche dafür kaufen kann wie bei Beginn der regelmäßigen Zahlung. Die Bindung an einen Preisindex schützt die Zahlung also gegen einen Schwund des Geldwertes. Die Zahlung ist in diesem Sinne „wertbeständig“. Der Empfänger der Zahlung nimmt jedoch im Prinzip nicht an einer allgemeinen Erhöhung des Lebensstandards teil.

Werden Bruttolöhne oder -gehälter als Wertmesser vereinbart, so erhöht sich die Zahlung bei jeder Anpassung in einem Ausmaß, das es in den vergangenen Jahren den Lohn- und Gehaltsempfängern im ganzen gesehen ermöglicht hat, die Preissteigerungen aufzufangen, ihren Lebensstandard zu verbessern, mehr zu sparen und höhere Steuern zu zahlen. Der Empfänger der Zahlung erhält, wenn sich die Entwicklung der vergangenen Jahre fortsetzt, bei jeder Anpassung mehr als nur einen Ausgleich für die eingetretenen Preissteigerungen. Dies alles gilt indessen immer nur im Prinzip. Was im einzelnen tatsächlich erreicht wird, hängt auch von den persönlichen Lebensverhältnissen und den sonstigen Umständen des Einzelfalles ab.

Zum Aussagewert des Preisindex der Lebenshaltung

Der Preisindex der Lebenshaltung zeigt an, um wieviel Prozent die Lebenshaltung im Bereich bestimmter privater Haushalte allein infolge von Preisveränderungen vom Basisjahr zum jeweiligen Berichtszeitpunkt teurer oder billiger wurde. Zu diesem Zweck wird für ein bestimmtes Jahr, das sogenannte Basisjahr, ein Warenkorb zusammengestellt, der in seiner Zusammensetzung die durchschnittlichen Verbrauchsgewohnheiten eines nach Einkommen und Haushaltsgröße abgegrenzten Haushaltstyps repräsentiert. Die Preis-

veränderung dieses Warenkorbes wird monatlich überprüft. Von Zeit zu Zeit, etwa alle vier bis acht Jahre, erfolgt eine Anpassung an die veränderten Einkommens- und Verbrauchsverhältnisse und damit eine Umstellung auf ein neues Basisjahr. Die Indexreihen der vorhergehenden Basisjahre werden unter Berücksichtigung der Verbrauchsgewohnheiten gemäß dem neuen Warenkorb fortgeführt. Sofern solche Berechnungen rückwirkend vorgenommen werden, können sich geringfügige Abweichungen gegenüber den auf Originalbasis errechneten Indexwerten ergeben.

Zur Zeit werden auf Bundesebene monatlich fünf verschiedene Preisindizes der Lebenshaltung errechnet und veröffentlicht

- (1) Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte
(Basisjahre 1962, 1970, 1976; Beginn der Index-Reihe 1962)
- (2) Preisindex der Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes
(Basisjahr 1938, 1950, 1958, 1962, 1970, 1976; Beginn der Index-Reihe 1938)
- (3) Preisindex der Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen
(Basisjahre 1962, 1970, 1976; Beginn der Index-Reihe 1962)
- (4) Preisindex der Lebenshaltung von 2-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern
(Basisjahre 1962, 1970, 1976; Beginn der Index-Reihe 1957)
- (5) Preisindex der einfachen Lebenshaltung eines Kindes
(Basisjahre 1970, 1976; Beginn der Index-Reihe 1968).

Bislang wurde der Preisindex (2) am häufigsten in Wertsicherungsklauseln verwendet. Er dürfte in Zukunft mehr und mehr durch den neuen Preisindex (1) ersetzt werden. Dieser Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte wird seit Juli 1969 mit Vergleichswerten rückwirkend ab Januar 1962 veröffentlicht. Die monatlich vom Statistischen Bundesamt ermittelten und ausgewiesenen Indizes beziehen sich auf den Stand von Monatsmitte. Die Indexziffern eines Monats liegen gegen Mitte des folgenden Monats vor.

Indexwerte speziell für das Land Rheinland-Pfalz werden seit 1961 nicht mehr berechnet, nachdem festgestellt wurde, daß damals diese Entwicklung zwischen Bundes- und Landeswerten weitgehend parallel verlief. Das Statistische Landesamt übernimmt seitdem für Rheinland-Pfalz die im Durchschnitt des Bundesgebietes geltenden Indizes.

Anwendung der Indizes der Lebenshaltung

Die Veränderung eines Index kann in Prozentpunkten oder in Prozent gemessen werden. So bedeutet die Steigerung eines Index von 105,1 auf 113,1 eine Zunahme um 7,6%, oder um 8 Punkte. Häufig wird in Verträgen von Punkten gesprochen, wo in Wirklichkeit Prozent gemeint ist, und umgekehrt. Der Vertragstext sollte unmißverständlich ausdrücken, ob die Messung

Preisindex der Gesamtlebenshaltung im Bundesgebiet und Berlin (West) 1938 – 1980

Jahr Monat	Alle privaten Haushalte			4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen			4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen			2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern			Einfache Lebenshaltung eines Kindes
	Basisjahr (= 100)												
	1976	1970	1962	1976	1970	1962	1976	1970	1962	1976	1970	1962	1976
1938	.	.	.	29,6	41,4	50,5
1945	58,8
1946	64,3
1947	68,7
1948 1. Halbjahr	72,5
1948 2. Halbjahr	.	.	.	49,8	69,7	85,1
1949	.	.	.	49,2	68,9	84,0
1950	.	.	.	46,2	64,5	78,8
1951	.	.	.	49,7	69,6	84,9
1952	.	.	.	50,8	71,0	86,7
1953	.	.	.	49,9	69,8	85,1
1954	.	.	.	50,0	69,9	85,3
1955	.	.	.	50,8	71,0	86,7
1956	.	.	.	52,1	72,8	88,9
1957	.	.	.	53,2	74,4	90,7	.	.	.	50,5	71,5	90,1	.
1958	.	.	.	54,3	75,9	92,7	51,6	73,0	92,0	.
1959	.	.	.	54,8	76,7	93,6	52,1	73,8	93,0	.
1960	.	.	.	55,6	77,8	94,9	.	.	.	52,9	74,9	94,4	.
1961	.	.	.	56,9	79,6	97,1	.	.	.	54,3	76,8	96,8	.
1962	58,1	81,6	100,0	58,6	81,9	100,0	58,5	82,2	100,0	56,1	79,3	100,0	54,3
1963	59,8	84,0	102,9	60,3	84,4	103,0	60,0	84,3	102,5	58,0	82,1	103,5	55,8
1964	61,2	85,9	105,4	61,8	86,4	105,4	61,1	85,9	104,4	59,7	84,4	106,4	57,1
1965	63,2	88,7	108,7	63,8	89,3	109,0	62,7	88,1	107,2	62,0	87,8	110,7	59,5
1966	65,4	91,9	112,7	66,1	92,4	112,8	64,8	91,0	110,7	64,6	91,4	115,2	61,5
1967	66,5	93,4	114,6	67,0	93,8	114,4	66,2	93,0	113,1	65,5	92,7	116,8	61,9
1968	67,6	94,9	116,4	67,9	95,0	115,9	67,7	95,1	115,7	66,5	94,0	118,5	62,7
1969	68,9	96,7	118,6	69,3	96,9	118,3	68,9	96,8	117,7	68,4	96,8	122,0	65,3
1970	71,2	100,0	122,6	71,5	100,0	122,1	71,2	100,0	121,6	70,7	100,0	126,0	67,4
1971	74,9	105,3	129,0	75,2	105,1	128,3	75,1	105,4	128,2	74,0	104,7	131,9	70,9
1972	79,1	111,1	136,1	79,2	110,7	135,1	79,1	111,1	135,1	78,1	110,6	139,4	75,4
1973	84,6	118,8	145,7	84,6	118,2	144,3	84,5	118,7	144,3	83,8	118,5	149,4	81,3
1974	90,5	127,1	155,8	90,3	126,3	154,1	90,5	127,1	154,6	89,3	126,3	159,2	87,3
1975	95,9	134,7	165,1	95,8	134,0	163,5	95,9	134,7	163,8	95,2	134,7	169,8	93,9
1976	100,0	140,4	172,1	100,0	139,9	170,6	100,0	140,4	170,8	100,0	141,5	178,3	100,0
1977	103,7	145,6	178,5	103,5	144,8	176,6	103,7	145,6	177,1	103,5	146,5	184,6	102,7
1978	106,5	149,5	183,3	106,1	148,4	181,1	106,7	149,8	182,2	105,7	149,6	188,5	105,1
1979	110,9	155,7	190,8	110,2	154,0	188,0	111,1	156,1	189,9	109,3	154,7	194,9	109,2
1978 Januar	105,3	147,9	181,3	105,0	146,8	179,2	105,4	148,0	180,1	104,9	148,4	187,1	103,5
1978 Februar	105,8	148,6	182,1	105,5	147,5	180,0	105,9	148,7	180,9	105,4	149,1	188,0	104,3
1978 März	106,1	149,0	182,7	105,8	147,9	180,5	106,2	149,2	181,4	105,7	149,6	188,5	104,6
1978 April	106,4	149,4	183,2	106,1	148,4	181,0	106,5	149,6	181,9	106,2	150,3	189,4	105,9
1978 Mai	106,6	149,7	183,5	106,4	148,8	181,6	106,8	150,0	182,4	106,2	150,3	189,4	106,2
1978 Juni	106,9	150,1	184,0	106,6	149,1	181,9	107,0	150,3	182,8	106,4	150,6	189,7	106,4
1978 Juli	106,7	149,9	183,7	106,4	148,8	181,6	106,9	150,1	182,6	106,0	150,0	189,0	105,8
1978 August	106,6	149,7	183,5	106,2	148,5	181,2	106,8	150,0	182,4	105,5	149,3	188,3	104,8
1978 September	106,5	149,6	183,3	106,1	148,4	181,0	106,8	150,0	182,4	105,2	148,9	187,6	104,5
1978 Oktober	106,6	149,7	183,5	106,2	148,5	181,2	106,9	150,1	182,6	105,3	149,0	187,8	104,4
1978 November	106,9	150,1	184,0	106,4	148,8	181,6	107,2	150,6	183,1	105,7	149,6	188,5	104,9
1978 Dezember	107,3	150,7	184,7	106,8	149,3	182,2	107,6	151,1	183,8	106,1	150,1	189,2	105,6
1979 Januar	108,3	152,1	186,4	107,7	150,6	183,8	108,5	152,4	185,4	107,2	151,7	191,2	106,7
1979 Februar	108,8	152,8	187,3	108,2	151,3	184,6	109,0	153,1	186,2	107,7	152,4	192,1	107,5
1979 März	109,3	153,5	188,2	108,7	152,0	185,5	109,6	153,9	187,2	108,3	153,3	193,1	108,2
1979 April	109,9	154,4	189,2	109,3	152,8	186,5	110,1	154,6	188,1	108,8	154,0	194,0	109,2
1979 Mai	110,2	154,8	189,7	109,6	153,3	187,0	110,4	155,1	188,6	109,2	154,5	194,7	110,0
1979 Juni	110,8	155,6	190,7	110,1	154,0	187,9	111,1	156,0	189,8	109,5	154,9	195,3	110,0
1979 Juli	111,5	156,6	192,0	110,7	154,8	188,9	111,7	156,9	190,8	109,8	155,4	195,8	109,8
1979 August	111,6	156,7	192,1	110,9	155,1	189,2	112,0	157,3	191,3	109,6	155,1	195,5	109,2
1979 September	111,9	157,2	192,6	111,2	155,5	189,7	112,3	157,7	191,8	109,8	155,4	195,8	109,3
1979 Oktober	112,2	157,6	193,2	111,4	155,8	190,1	112,6	158,1	192,4	110,1	155,8	196,3	109,7
1979 November	112,6	158,1	193,8	111,8	156,3	190,8	113,0	158,7	193,0	110,6	156,5	197,2	110,2
1979 Dezember	113,1	158,8	194,7	112,3	157,0	191,6	113,4	159,3	193,7	111,2	157,4	198,3	110,8
1980 Januar	113,7	159,7	195,7	112,8	157,7	192,5	113,9	160,0	194,6	112,0	158,5	199,7	112,2
1980 Februar	114,9	161,4	197,8	114,0	159,4	194,5	115,2	161,8	196,8	112,9	159,8	201,3	112,9
1980 März	115,6	162,4	199,0	114,7	160,4	195,7	116,0	162,9	198,2	113,7	160,9	202,8	113,5
1980 April	116,3	163,3	200,2	115,4	161,4	196,9	116,7	163,9	199,4	114,3	161,7	203,8	114,6
1980 Mai	116,8	164,0	201,1	115,9	162,1	197,8	117,2	164,6	200,2	114,9	162,6	204,9	115,5
1980 Juni	117,4	164,9	202,1	116,4	162,8	198,6	117,8	165,4	201,2	115,4	163,3	205,8	116,3
1980 Juli	117,6	165,2	202,5	116,5	162,9	198,8	118,0	165,7	201,6	115,4	163,3	205,8	116,0

Berichtsmerkmal	1979	1980		Veränderung in % Juli 1980 zu		Monatsdurchschnitt Januar - Juli		
	Juli	Juni	Juli	Juli 1979	Juni 1980	1979	1980	Verän- derung in %
Alle privaten Haushalte								
(1976 = 100; Gliederung nach dem Verwendungszweck)								
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	108,6	113,5	113,5	4,5	-	107,9	112,4	4,2
Kleidung, Schuhe	114,0	120,5	120,7	5,9	0,2	112,9	119,6	5,9
Wohnungsmiete	109,8	115,3	115,7	5,4	0,3	108,8	114,4	5,1
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	131,7	138,0	137,5	4,4	- 0,4	121,1	136,6	12,8
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	110,2	116,6	116,6	5,8	-	109,4	115,6	5,7
Waren und Dienstleistungen für:								
Verkehrszwecke, Nachrichtenübermittlung	111,0	117,9	118,1	6,4	0,2	108,4	115,8	6,8
Körper- und Gesundheitspflege	112,8	118,9	119,3	5,8	0,3	111,5	117,8	5,7
Bildungs- und Unterhaltungszwecke	105,9	108,9	109,0	2,9	0,1	105,7	108,3	2,5
Persönliche Ausstattung; sonstige Waren und Dienstleistungen	115,1	124,8	125,3	8,9	0,4	113,2	121,2	7,1
Gesamtlebenshaltung ²⁾	111,5	117,4	117,6	} 5,5	} 0,2	109,8	116,0	} 5,6
dagegen 1970 = 100 ²⁾	156,6	164,9	165,2			154,3	163,0	
1962 = 100 ²⁾	192,0	202,1	202,5			189,1	199,8	
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen (Gesamtlebenshaltung)								
1976 = 100 ²⁾	110,7	116,4	116,5	} 5,2	} 0,1	109,2	115,1	} 5,4
1970 = 100 ²⁾	154,8	162,8	162,9			152,7	161,0	
1962 = 100 ²⁾	188,9	198,6	198,8			186,3	196,4	
1958 = 100 ²⁾	203,7	214,2	214,4			200,9	211,8	
1950 = 100 ²⁾	239,7	252,1	252,3			236,4	249,3	
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen (Gesamtlebenshaltung)								
1976 = 100 ²⁾	111,7	117,8	118,0	} 5,6	} 0,2	110,1	116,4	} 5,8
1970 = 100 ²⁾	156,9	165,4	165,7			154,6	163,5	
1962 = 100 ²⁾	190,8	201,2	201,6			188,0	198,9	
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern (Gesamtlebenshaltung)								
1976 = 100 ²⁾	109,8	115,4	115,4	} 5,1	} -	108,6	114,1	} 5,0
1970 = 100 ²⁾	155,4	163,3	163,3			153,7	161,4	
1962 = 100 ²⁾	195,8	205,8	205,8			193,7	203,4	
Einfache Lebenshaltung eines Kindes ³⁾ (Gesamtlebenshaltung)								
1976 = 100	109,8	116,3	116,0	5,6	- 0,3	108,8	114,4	5,1

1) Einschl. Verzehr in Gaststätten. - 2) Umbasierung der Originalreihe 1976 = 100 in Verbindung mit dem Wägungsschema 1976; dadurch von Januar 1976 bis Oktober 1979 Änderung der bereits veröffentlichten Indizes. - 3) Mindestunterhaltsbedarf 1965 von Kindern im 1. bis 18. Lebensjahr, die als Erstkinder von der Mutter oder den mütterlichen Verwandten betreut werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

der Veränderung nach Punkten oder nach Prozent erfolgen soll.

Die Angabe des Basisjahres, zu der ein Preisindex gerechnet wird, ist nur dann erforderlich, wenn die Indexveränderung nach Punkten zu berücksichtigen ist, denn jedes Basisjahr bewirkt im gleichen Zeitraum eine andere punktuelle Veränderung. Hingegen führt eine Vereinbarung nach prozentualer Veränderung, unabhängig von der herangezogenen Basis, zu der ein Preisindex berechnet worden ist, zwischen zwei Zeitpunkten stets zum gleichen Ergebnis. Wegen dieses praktischen Vorteils sollte einer solchen Vereinbarung stets der Vorzug gegeben werden. Außerdem kann die Übertragung der prozentualen Veränderung auf die zu erbringende Leistung unmittelbar erfolgen, während bei einer Veränderung nach Punkten, die von der nach Prozent abweicht, eine zusätzliche Berechnung des Prozentwertes erforderlich ist.

Die Indexentwicklung nach Punkten ergibt sich aus der Differenz zwischen dem neuen und alten Index-

stand. Die Indexentwicklung in Prozent kann nach der Formel

$$\frac{\text{neuer Indexstand} - \text{alter Indexstand}}{\text{alter Indexstand}} \times 100 \text{ oder} \\ \frac{\text{neuer Indexstand} - \text{alter Indexstand}}{\text{alter Indexstand}} \text{ mal } 100$$

errechnet werden.

Hierzu ein Beispiel: Der Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte auf Basis 1976 = 100 hat sich von 108,3 im Januar 1979 auf 113,7 im Januar 1980 erhöht. Die Veränderung nach Punkten beträgt demnach $113,7 - 108,3 = 5,4$ Punkte; die Veränderung in Prozent beträgt dagegen

$$\frac{113,7}{108,3} \times 100 - 100 = 5\%.$$

Die Neufestsetzung des Schuldbetrages — erläutert an einem Beispiel

An einem Beispiel soll gezeigt werden, wie sich eine Indexveränderung in Prozent und wie sich eine Ver-

änderung in Punkten auf den Verlauf eines monatlichen Schuldbetrages auswirkt, der mit dem Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte gekoppelt ist. Der monatliche Schuldbetrag war erstmals für April 1978 in Höhe von 500 DM fällig. Er soll jeweils entsprechend neu festgesetzt werden, wenn der Index gegenüber dem Stand von April 1978 bestimmte Schwellenwerte überschritten hat. Im folgenden wird dargelegt, wie die Neufestsetzung aussieht, je nachdem, ob als Schwellenwert ein um 10% oder ein um 10 Punkte erhöhter Index genommen wird. An Stelle eines monatlichen Schuldbetrages könnte natürlich auch eine jährlich oder vierteljährlich fällige Zahlungsverpflichtung angenommen werden.

Neufestsetzung nach Prozent

Ermittlung der Termine: Im April 1978, bei Beginn der Laufzeit der Zahlung, lag der maßgebliche Index bei 106,4. Wenn vereinbart wurde, daß der Schuldbetrag entsprechend neu festgesetzt wird, sobald sich der Index um mehr als 10% verändert hat, beträgt der Schwellenwert für die erste Neufestsetzung $106,4 + 10\% = 117,1$ (Da der Index nur mit einer Stelle hinter dem Komma ausgewiesen wird und die Steigerung mehr als 10% betragen muß, wurde die errechnete Indexziffer auf 117,1 aufgerundet).

Dieser Wert wurde im Juni 1980 mit einem Indexstand von 117,4 erstmals überschritten. Ab Juni 1980 ist also ein um 10,3% höherer Schuldbetrag zu zahlen. Der Schwellenwert für die nächste Neufestsetzung beträgt $117,4 + 10\% = 129,2$.

Dieser Wert wurde nach dem neuesten Indexstand (Juli 1980 = 117,6) noch nicht erreicht. Maßgebend für die Neufestsetzung der Schuldbeträge sind hier die Indexstände im April 1978 (= 106,4) und im Juni 1980 (= 117,4). Von April 1978 bis Juni 1980 stieg der Index um $(\frac{117,4}{106,4} \times 100) = 110,33 - 100 = 10,3\%$. Um diesen Prozentsatz wäre der Schuldbetrag von 500 DM anzuheben. Ab Juni 1980 beträgt er daher $500 \text{ DM} + 10,3\% = 551,50 \text{ DM}$.

Neufestsetzung nach Indexpunkten

Ermittlung der Termine: Auch hier ist Ausgangspunkt der Indexstand von 106,4 im April 1978. Wenn

vereinbart wurde, daß der Schuldbetrag entsprechend neu festgesetzt wird, sobald sich der Index um mehr als 10 Punkte verändert hat, so beträgt der Schwellenwert für die erste Neufestsetzung $106,4 + 10 = 116,5$. Dieser Wert wurde erstmals im Mai 1980 mit einem Indexstand von 116,8 überschritten. Ab Mai 1980 ist also ein höherer Schuldbetrag zu zahlen. Der Schwellenwert für die nächste Neufestsetzung ist $116,8 + 10 = 126,9$. Er wurde nach dem neuesten Indexstand (Juli 1980 = 117,6) noch nicht erreicht.

Maßgebend für die Neufestsetzung der Schuldbeträge sind hier die Indexstände im April 1978 (= 106,4) und im Mai 1980 (= 116,8).

Bei Beginn der Laufzeit der wiederkehrenden Zahlung, im April 1978, belief sich der Schuldbetrag auf 500 DM und der Indexstand auf 106,4. Einem Indexpunkt entsprechen in dem gewählten Beispiel also $500 \text{ DM} : 106,4 = 4,70 \text{ DM}$.

Von April 1978 bis Mai 1980 stieg der Index um $116,8 - 106,4 = 10,4$ Punkte. Bei einem Wert von 4,70 DM je Indexpunkt beträgt der Schuldbetrag ab Mai 1980 $500 \text{ DM} + (10,4 \times 4,70) = 548,88 \text{ DM}$.

Andere Vereinbarungen

In der Praxis sind auch andere Vereinbarungen über die Neufestsetzung des Schuldbetrages möglich und üblich. So kann etwa vereinbart werden, daß der Schuldbetrag nicht, wie in dem obigen Beispiel, sofort nach dem Überschreiten eines bestimmten Schwellenwertes neu festgesetzt wird, sondern erst mit einer gewissen Verzögerung (etwa vom nächsten Monat an oder mit Beginn des kommenden Kalenderjahres). Die obigen Darlegungen können also nicht schematisch übernommen werden. Vielmehr ist immer der Text der jeweiligen Wertsicherungsklausel zu beachten.

Wird der als Wertsicherungsmaßstab verwendete Preisindex im Zuge einer Indexreform nachträglich geändert, so können die neuen Indexzahlen vom Zeitpunkt der letzten Leistungsanpassung an (oder wenn eine solche noch nicht erfolgt ist, vom Beginn der Laufzeit des Vertrages an), die der erstmaligen amtlichen Veröffentlichung der neuen Indexwerte vorausging, angewendet werden.

W. Wolf

Ist die Agrarstatistik zu umfangreich?

Wenn Kritik am Volumen der amtlichen Statistik geübt wird, bleibt die Agrarstatistik dabei in der Regel nicht unerwähnt. Viele Kritiker sehen in der Agrarstatistik einen Beweis dafür, daß die Statistik allgemein ein zu großes Ausmaß angenommen hat. Auch bei der Vorbereitung des 1. Statistikbereinigungsgesetzes nahmen die Diskussionen über die Agrarstatistik viel Zeit in Anspruch.

Auf den ersten Blick erscheint die Kritik durchaus berechtigt, denn

(1) in der Land- und Forstwirtschaft kommen in regelmäßigen Abständen gut 40 verschiedene statistische Erhebungen zur Anwendung, davon acht monatlich,

drei vierteljährlich, 20 jährlich, sieben alle zwei bis fünf Jahre und nur sechs in Abständen von etwa zehn Jahren. Anlässlich dieser Erhebungen werden in Rheinland-Pfalz bei den auskunftspflichtigen Betrieben und Personen sowie bei Berichterstattern oder sonstigen Stellen jährlich insgesamt etwa 400 000 bis 500 000 Befragungen vorgenommen. Dabei fallen schätzungsweise 6 bis 10 Millionen statistische Einzeldaten an, die im Statistischen Landesamt aufzubereiten sind.

(2) obwohl der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Bruttowertschöpfung des Landes nur knapp 3% beträgt und von den Erwerbstätigen insgesamt nur noch etwa 7% in der Land- und Forstwirtschaft

arbeiten, sind im Statistischen Landesamt von den für die amtliche Statistik beschäftigten Personen gut 20% in der Agrarstatistik tätig.

Der im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen große Umfang der Agrarstatistik ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß

(1) seit etwa 25 Jahren die Landwirtschaft ganz erheblichen Strukturwandlungen unterworfen ist, deren Auswirkungen von den verantwortlichen Stellen beobachtet werden müssen,

(2) ebenfalls seit vielen Jahren die Verbesserung der Agrarstruktur von den Bundesländern, der Bundesregierung und den Europäischen Gemeinschaften durch Finanzierungshilfen gefördert wird,

(3) für die Durchführung der Marktordnungen in den Europäischen Gemeinschaften die Kenntnis der landwirtschaftlichen Produktion unerlässlich ist; das gilt auch für organisatorische Maßnahmen bezüglich des Transports, der Lagerung und Verarbeitung sowie nicht zuletzt auch für die Bewältigung der zunehmenden Ernährungskrisen in der Welt,

(4) die besonderen Verhältnisse der Land- und Forstwirtschaft zur Folge haben, daß sich die Datenbeschaffung oft sehr schwierig gestaltet und dadurch der Aufwand beträchtlich ist.

Starke Strukturveränderungen in der Landwirtschaft

Die großen Veränderungen in der Land- und Forstwirtschaft seit drei Jahrzehnten lassen sich mit einigen Eckdaten eindrucksvoll darstellen. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist in Rheinland-Pfalz von gut 210 000 auf 75 000 zurückgegangen. Von damals drei Betrieben ist heute nur noch einer vorhanden. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß die Zahl der Betriebe mit 20 und mehr ha von rund 2 500 auf über 12 000 angewachsen ist. Früher bewirtschafteten diese Betriebe nur etwa 10% der landwirtschaftlich genutzten Fläche, heute ist ihr Anteil auf fast 60% gestiegen. In den landwirtschaftlichen Betrieben lebten damals rund 980 000 Menschen; heute sind es nur noch 280 000. Vor 30 Jahren waren davon etwa 150 000 voll in der Landwirtschaft beschäftigt, heute nur noch rund 47 000. Etwa 140 000 Betriebe wurden früher hauptberuflich bewirtschaftet, heute dagegen nur noch etwa 30 000.

In der Viehhaltung hat sich die Zahl der Betriebe mit Rindern von 160 000 auf 32 000 und die derjenigen mit Schweinen von 213 000 auf 33 000 verringert. Die Tierbestände blieben zwar jeweils ohne große Veränderung, aber die Bestandszahlen je Halter und die Zahl der Betriebe mit großen Viehbeständen haben sich inzwischen vervielfacht.

Die Hektarerträge im Acker-, Wein-, Obst- und Gemüsebau erhöhten sich auf Grund verbesserter Anbautechniken ganz erheblich. Die Milchleistung je Kuh ist auf mehr als die doppelte Menge gestiegen. Praktisch alle tierischen Zugkräfte wurden durch Schlepper ersetzt, nahezu alle schweren Arbeiten in der Außen- und Innenwirtschaft mechanisiert. In Rheinland-Pfalz stehen der Landwirtschaft heute rund 100 000 Schlepper mit den nötigen Geräten und 14 000 Mähdrescher zur Verfügung. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche der Betriebe ging um gut 100 000 ha

zurück. Dabei wurde besonders der Anbau von Hackfrüchten und Futterpflanzen erheblich eingeschränkt, der von Getreide und Wein dagegen ausgeweitet. Trotz starker Einschränkungen bei Betrieben, Arbeitskräften und landwirtschaftlichen Flächen stieg schließlich die Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft in jeweiligen Preisen von 800 Mill. DM im Jahre 1950 um 178% auf 2,2 Mrd. DM im Jahre 1979 an; gemessen in konstanten Preisen (von 1970) ist immerhin noch ein Zuwachs von 32% festzustellen.

Öffentliche Finanzierungshilfen

Der Landwirtschaft werden für bestimmte Investitionen öffentliche Finanzierungshilfen gewährt. Grundlage hierfür bildet das Landwirtschaftsgesetz von 1955. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang ferner auf das Bundesraumordnungsgesetz, das Landesplanungsgesetz, das Landesentwicklungsprogramm und auf das Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sowie auf entsprechende EG-Verordnungen.

Die öffentlichen Ausgaben für die Gemeinschaftsaufgabe betrugen in Rheinland-Pfalz im Jahre 1979 insgesamt 186 Mill. DM und im Bundesgebiet etwa 2,3 Mrd. DM, wobei etwa 40 v. H. auf Landesmittel und 60 v. H. auf Bundesmittel entfielen. In den letzten 20 Jahren sind in unserem Land annähernd 2 Mrd. und im gesamten Bundesgebiet etwa 20 Mrd. DM für diese oder ähnliche Zwecke ausgegeben worden. Die Förderungen und Subventionen der Landwirtschaft müssen an objektiven Kriterien ausgerichtet werden, die allein die Agrarstatistik zu liefern vermag. Die bereitgestellten Finanzierungsmittel dienen dazu,

- (1) eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen und gesunden Nahrungsmitteln auch in Krisenfällen zu sichern,
- (2) die Lebensverhältnisse in den ländlichen Räumen zu verbessern,
- (3) eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur in den ländlichen Gebieten zu schaffen,
- (4) die in der Landwirtschaft Tätigen an der allgemeinen Einkommensentwicklung vergleichbarer Berufs- und Tarifgruppen anderer Wirtschaftsbereiche teilnehmen zu lassen,
- (5) den Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zur Pflege und Gestaltung der Landschaft und zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern,

da die Landwirtschaft diese Ziele wegen der naturbedingten Nachteile und der überlieferten Strukturen im ländlichen Raum nicht aus eigener Kraft erreichen kann.

Die Maßnahmen zielen darauf, die Produktivität der hauptberuflich geleiteten Betriebe sowie der Nebenerwerbsbetriebe so zu steigern, daß sie die genannten Ziele verwirklichen können. Dies wird nur dann erreicht, wenn die in diesen Betrieben tätigen Menschen in der Lage sind, ein angemessenes Einkommen zu erwirtschaften. Als Maßnahmen hierzu ist die Flurbereinigung zu erwähnen, der Ausbau von Wirtschaftswegen, die einzelbetriebliche Förderung bei Aussiedlungsvorhaben oder baulichen Investitionen, die Verbesserung der Vermarktungsstruktur und

die Gasölverbilligung. Die verantwortlichen Stellen in Bund und Ländern sowie in den EG, die diese gesetzlichen Aufgaben durchzuführen haben, sind zur Beurteilung des Umfanges der Maßnahmen, zur Aufstellung von Richtlinien und zur Erfolgskontrolle auf entsprechende statistische Daten angewiesen. Dabei genügen nicht einige Informationen, sondern es werden laufend Daten über alle wichtigen wirtschaftlichen und sozialökonomischen Vorgänge der Betriebe benötigt.

Hohes Produktionsvolumen — Sicherung der Ernährung

Der Umfang der landwirtschaftlichen Produktion beläuft sich in Rheinland-Pfalz jährlich auf etwa 12 bis 14 Mill. t, im Bundesgebiet auf etwa 150 Mill. t. Die zum Teil leicht verderblichen Güter müssen produziert und geerntet, mehrfach transportiert, gelagert, ver- oder bearbeitet und vermarktet werden. Alle Vorgänge bedürfen einer sorgfältigen Vorbereitung und Organisation.

Die Höhe der Getreideernte steht immer im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit. In der Bundesrepublik werden in Normaljahren 3,8 dt Getreide pro Kopf geerntet und etwa 1 dt pro Kopf eingeführt. Um den Stellenwert der Getreideernte im Rahmen der Welternährung zu verdeutlichen, sei erwähnt, daß die USA mit Hilfe von Satelliten in den Hauptkonsumländern die voraussichtliche Getreideernte feststellt.

Nachdem die Bundesrepublik und auch die übrigen EG-Länder bezüglich des Erdöls in hohem Maße von den Förderländern abhängig geworden sind, soll unsere Ernährung nachhaltig zu einem hohen Anteil aus eigener Erzeugung gesichert werden. Der eigene Anteil liegt heute bei etwa 75% und kann nur durch den hohen Stand der Anbautechnik gehalten werden. Jede Einschränkung der Düngung oder Pflege würde ein Absinken bewirken. Angesichts der zu erwartenden Schwierigkeiten bei der Energie- und Rohstoffversorgung ist auch unsere Ernährung langfristig durchaus nicht gesichert. Landwirtschaft ist nicht nur Privatsache einiger Betriebe, sondern in hohem Maße auch eine öffentliche Aufgabe. Insbesondere in den ländlichen Problemgebieten hat der Agrarsektor auch heute noch eine beträchtliche arbeitsmarkt- und raumordnungspolitische Bedeutung, die noch ansteigt, wenn man die Folgeindustrien mitberücksichtigt. Auch vor diesen Hintergründen muß die umfangreiche Agrarstatistik als Planungs-, Entscheidungs- und Kontrollinstrument gesehen werden.

Arbeitsaufwendige Statistiken

Die Durchführung der Agrarstatistiken gestaltet sich oft sehr schwierig, weil die Zahl der Auskunftspflichtigen nach wie vor recht groß ist und weil nur wenige Buchführungsabschlüsse vorliegen. Ferner ist zu bedenken, daß die zum Teil recht umfangreichen Erhebungsbogen nicht von geschultem Büropersonal, son-

Entwicklung der Landwirtschaft 1949 – 1979

Berichtsmerkmal	Maßeinheit	1950	1960	1970	1979	Veränderung 1979 zu 1950 in %
Landwirtschaftliche Betriebe	Anzahl	174 152 ¹⁾	138 208	95 615	63 958	– 63,3
1 – 2 ha LF	%	24,6 ¹⁾	22,9	19,0	17,1	– 74,5
2 – 5 " "	%	41,7 ¹⁾	34,9	28,3	23,6	– 79,2
5 – 10 " "	%	24,3 ¹⁾	25,6	22,8	20,5	– 68,9
10 – 20 " "	%	7,9 ¹⁾	14,1	20,9	19,5	– 9,4
20 u.mehr " "	%	1,4 ¹⁾	2,5	9,0	19,2	390,3
Landwirtschaftlich genutzte Fläche der Betriebe	ha	861 264 ¹⁾	825 038	804 045	753 443	– 12,5
1 – 2 ha	%	7,3 ¹⁾	5,6	3,2	2,0	– 75,7
2 – 10 " "	%	61,8 ¹⁾	50,0	30,6	19,1	– 73,0
10 – 20 " "	%	21,0 ¹⁾	31,7	35,4	23,7	– 1,1
20 u.mehr " "	%	10,0 ¹⁾	12,7	30,8	55,2	383,8
Ackerland ²⁾	ha	616 126 ²⁾	617 211 ²⁾	541 000	446 209 ³⁾	– 27,6
Getreide (einschl. Körnermais)	"	321 003	364 753	376 089	352 779 ³⁾	9,9
Hackfrüchte	"	165 602	154 159	107 512	53 314 ³⁾	– 67,8
Futterpflanzen	"	100 943	70 624	41 809	30 708 ³⁾	– 69,6
Personen in den Betrieben	1 000	981,6	760,8	429,9	279,2	– 71,6
Arbeitskräfte insgesamt	"	723,2	522,2	283,5	186,4	– 74,2
voll im Betrieb tätig	"	.	.	83,0	46,5	.
Betriebe mit						
Rindern	Anzahl	159 095	112 310	60 882	31 880	– 80,0
Schweinen	"	212 741	149 169	76 745	33 456	– 84,3
Hektarerträge bei						
Winterweizen ⁴⁾	dt	29,5	–	–	43,4	47,1
Spätkartoffeln ⁴⁾	"	223,1	–	–	256,8	15,1
Wein ⁴⁾	"	60,1	–	–	101,6	69,1
Milchleistung je Kuh	kg	1 787	2 780	3 528	3 977	122,6
Bruttoproduktionswert	Mrd. DM	0,8	1,3	1,8	2,2	175,0
Anteil am Gesamtwert	%	14,3	8,9	4,9	2,9	.

1) 1949. – 2) Einschl. nicht genutzte Flächen. – 3) Vergleich mit Vorjahren nur bedingt möglich. – 4) Mehrjährige Durchschnitte 1950/55 und 1974/79.

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Amtsblatt der EG	Statistik
1	Verordnung Nr. 218/78 vom 19.12.1977 zur Durchführung einer Erhebung über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe	L 35 Seite 1	Erhebung über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe
2	Verordnung 1894/68 vom 27.11.1968 hinsichtlich der Meldung der für die Erzeugung von vegetativem Vermehrungsgut der Reben genutzten Flächen	L 288 Seite 10	Erhebung des Rebpflanzengutes
3	Verordnung 357/79 vom 5.2.1979 über statistische Erhebungen von Rebflächen	L 54 Seite 124	Weinbauerhebung Erhebung der Rebflächen Zwischenerhebung der Rebflächen
4	Verordnung 1992/80 vom 22.7.1980 zur Änderung der Verordnung 357/79 über statistische Erhebungen der Rebflächen	L 195 Seite 10	
5	Richtlinie 76/625 vom 20.7.1976 über die von den Mitgliedsstaaten durchzuführenden statistischen Erhebungen zur Ermittlung des Produktionspotentials bestimmter Baumobstanlagen	L 218 Seite 10	Obstanbauerhebung
6	Verordnung 24/62 vom 4.4.1962 über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Wein . . .	30 Seite 989	Weinerzeugungsstatistik Statistik der Weinbestände und Lagerbehälter
7	Verordnung 134/62 vom 6.11.1962 über die Ernte- und Bestandsmeldungen für Wein	L 2 604 Seite 62	
8	Verordnung 1136/70 vom 17.6.1970 zur Änderung der Verordnung Nr. 134 über die Ernte- und Bestandsmeldungen für Wein	L 134 Seite 4	
9	Verordnung Nr. 2782/75 vom 29.10.1975 über die Erzeugung von und den Verkehr mit Bruteiern und Küken von Hausgeflügel	L 282 Seite 100	Geflügelstatistik Brütereien, Schlachtereien
10	Verordnung 1868/77 vom 29.7.1977 zur Durchführung der Verordnung 2782/75 über die Erzeugung von und den Verkehr mit Bruteiern und Küken von Hausgeflügel	L 209 Seite 1	
11	Richtlinie 73/132 vom 15.5.1973 betreffend die statistischen Erhebungen über den Rinderbestand, die Vorausschätzungen über den Schlachtrinderanfall und Statistik über die Schlachtungen von Rindern, die von den Mitgliedsstaaten durchzuführen sind	L 153 Seite 25	Viehzählungen
12	Richtlinie 76/630 vom 20.7.1976 betreffend Erhebungen der Mitgliedsstaaten über die Schweineerzeugung	L 223 Seite 4	
13	Richtlinie 78/53 vom 19.12.1977 zur Festlegung ergänzender Bestimmungen zu den von den Mitgliedstaaten durchzuführenden statistischen Erhebungen über den Rinderbestand	L 16 Seite 20	

dern von solchen Menschen ausgefüllt werden müssen, die in der Regel körperlich schwer arbeiten. Das Ausmaß der erforderlichen Prüfungen, Rückfragen und Korrekturen im Rahmen der Aufbereitung ist daher recht hoch.

Von geringen Ausnahmen abgesehen, können die Informationen nicht aus anderen Verwaltungsvorgängen oder Unterlagen beschafft, sondern müssen primär bei den Auskunftspflichtigen oder auch bei freiwilligen Berichterstattern ausschließlich für Zwecke der Agrarstatistik erhoben werden. Bei den Erhebungen in den Betrieben bedient sich das Statistische Landesamt der Gemeindeverwaltungen, die dadurch zeitweise erheblich belastet werden. Diese sind dann gezwungen, ihrerseits wieder Zähler bzw. Erheber einzusetzen, die in den landwirtschaftlichen Betrieben die Auskünfte einholen bzw. die Erhebungsbogen aus teilen und wieder einsammeln. Die Gemeinden erhalten hierfür nur bei besonderen oder völlig neuen Erhebungen gewisse Zuwendungen.

Der Umfang der Agrarstatistik wurde ferner dadurch vergrößert, daß aus einer allgemeinen Buchführung keine Gesamtergebnisse beispielsweise über Einkommen, Produktionswerte oder auch Verkaufserlöse vorliegen und diese daher aus vielen Einzelinformationen errechnet werden müssen. Die Bundesregierung ist dennoch durch den Gesetzgeber verpflichtet, jährlich einen umfassenden Bericht über die Lage der Landwirtschaft vorzulegen.

Vereinfachung der Agrarstatistik

Angesichts der besonderen Belastung von Auskunftspflichtigen und Gemeinden wurden schon frühzeitig methodische Vereinfachungen in der Agrarstatistik erprobt und eingeführt. Erwähnt seien die Stichprobenerhebungen, die maschinellen Prüf- und Korrekturverfahren sowie die maschinelle Zusammenführung von Daten aus verschiedenen Erhebungen. Die ersten echten Stichprobenerhebungen kamen 1948 bei der Besonderen Erntermittlung und 1952 bei der

Schweinezwischenzählung zur Anwendung. Das erste maschinelle Prüf- und Korrekturprogramm wurde bei der Strukturerhebung in landwirtschaftlichen Betrieben 1966 erprobt. Die Landwirtschaftszählung 1949 wurde in Rheinland-Pfalz bereits voll maschinell aufbereitet. Alle agrarstatistischen Erhebungen, die dafür geeignet erscheinen, werden heute repräsentativ durchgeführt und maschinell aufbereitet.

Daß dennoch der Aufwand im Statistischen Landesamt für die Agrarstatistik in den letzten 20 Jahren verdoppelt werden mußte, ist darauf zurückzuführen, daß

- (1) die Umstellung auf Stichprobenerhebungen zwar den Auskunftspflichtigen und Gemeinden erhebliche Entlastungen, dem Statistischen Landesamt wegen der komplizierten Methoden aber Mehrarbeit brachte,
- (2) die Verlagerung der Aufbereitung von Gemeinderesulten, insbesondere bei den Flächenerhebungen und Viehzählungen, von den Gemeinden ins Statistische Landesamt Erweiterungen bewirkte,

(3) zusätzliche Aufgaben insbesondere bei der Betriebs- und der Weinbaustatistik entstanden sind.

Bezüglich der neuen Aufgaben wird hier insbesondere auf die Betriebssystematik, das Standardbetriebseinkommen und auf die sozialökonomische Gliederung der Betriebe hingewiesen. Hierfür müssen alle zwei Jahre etwa eine Million, alle vier Jahre 6 bis 8 Millionen Daten zusätzlich verarbeitet werden.

Nachdem im Rahmen der Neuordnung der Bodennutzungserhebungen und durch das 1. Statistikbereinigungsgesetz Einsparungen erfolgt sind, ist daß derzeitige agrarstatistische Programm in Anbetracht der davon abhängenden schwerwiegenden Aufgaben aber nicht zu umfangreich. Zudem muß beachtet werden, daß eine einheitliche EG-Agrarpolitik einheitliche und vergleichbare Daten als Entscheidungshilfen voraussetzt und daher der größte Teil der Agrarstatistik heute durch EG-Verordnungen und -Richtlinien angeordnet wird.

Dr. J. Töniges

Betriebsgrößenstruktur in der Forstwirtschaft 1979

Dem Wald fällt nicht allein die Rolle eines Rohstofflieferanten zu. Gerade in jüngster Zeit tritt mehr und mehr seine Bedeutung für die Umwelt, insbesondere für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, das Klima, den Wasserhaushalt, die Luftreinhaltung, die Bodenfruchtbarkeit, die Agrar- und Infrastruktur und nicht zuletzt als Erholungsgebiet der Bevölkerung in den Vordergrund. Diese Ziele haben in besonderem Maße im neuen Landesforstgesetz von Rheinland-Pfalz ihren Niederschlag gefunden. Rheinland-Pfalz ist mit einem Waldanteil von 38,6% nach Hessen (39,4%) das walddreichste Land der Bundesrepublik.

Informationen über den Umfang der Waldfläche und die Zahl ihrer Bewirtschafter fallen jährlich im Rahmen der Bodennutzungshaupterhebung an. Dabei werden allerdings nicht alle Betriebe und Bewirtschafter, die über Wald verfügen, einbezogen. Die Statistik beschränkt sich auf diejenigen mit einer Betriebsfläche von 1 ha und mehr, sofern diese ganz oder teilweise

land- oder forstwirtschaftlich genutzt wird, sowie auf solche mit weniger als 1 ha, deren jährliche landwirtschaftliche Markterzeugung der von 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche entspricht.

Die Ergebnisse der Erhebung werden, ähnlich wie für die landwirtschaftlichen Betriebe und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche, für die Betriebe mit Waldfläche jährlich nach der Größe ihrer Waldfläche aufbereitet, für die eigentlichen Forstbetriebe zusätzlich nach Besitzarten. In Angleichung an die Darstellungsgrenze bei der Agrarberichterstattung berücksichtigt diese Auswertung jedoch nur landwirtschaftliche Betriebe mit 1 ha und mehr landwirtschaftlich genutzter Fläche bzw. unter 1 ha mit Markterzeugung sowie Forstbetriebe mit mindestens 1 ha Waldfläche. Für die Einstufung eines Betriebes als landwirtschaftlicher Betrieb oder Forstbetrieb ist das Verhältnis von landwirtschaftlich genutzter Fläche zur Waldfläche maßgebend. So wird ein Betrieb als Forst-

Forstbetriebe nach Betriebsgrößenklassen und Besitzarten 1979

Betriebsgrößenklasse nach der Waldfläche	Insgesamt		Staatsforsten			Körperschaftsforsten			Privatforsten		
	Betriebe	Waldfläche	Betriebe	Waldfläche		Betriebe	Waldfläche		Betriebe	Waldfläche	
	Anzahl	ha	Anzahl	ha		Anzahl	ha		Anzahl	ha	
1 - 50 ha	4 865	26 228	5	37	0,1	644	10 997	41,9	4 216	15 193	57,9
50 - 200 "	1 011	116 006	3	309	0,3	896	104 623	90,2	112	11 074	9,5
200 - 500 "	455	140 879	6	2 474	1,8	402	123 249	87,5	47	15 159	10,8
500 - 1 000 "	166	117 125	31	22 506	19,2	123	86 040	73,5	12	8 577	7,3
1 000 und mehr "	114	270 917	71	192 415	71,0	37	59 435	21,9	6	19 072	7,0
Insgesamt	6 611	671 155	116	217 741	32,4	2 102	384 343	57,3	4 393	69 072	10,3

betrieb gezählt, wenn seine landwirtschaftlich genutzte Fläche kleiner als 10% seiner Waldfläche ist.

Über die Hälfte des Waldes in Betrieben mit mehr als 500 ha

Die Zahl der Betriebe mit Waldfläche belief sich im Mai 1979 auf 32 600, der zugehörige Wald erreichte eine Größe von 712 000 ha. Damit bewirtschafteten 40% aller Betriebe der Land- und Forstwirtschaft neben landwirtschaftlich genutzten Flächen auch Wald. Ein Blick auf die Größenverhältnisse zeigt jedoch, daß allein 15 500 oder 48% dieser Betriebe nur über kleinere Flächen von weniger als 1 ha verfügten, zu weiteren 12 900 (40%) gehörten lediglich 1 bis 5 ha. Die entsprechenden Anteile an der gesamten Waldfläche lagen für diese beiden Gruppen nur bei 0,8 bzw. 3,6%. Bei den Betrieben mit 100 bis 200 ha sowie 200 bis 500 ha Wald überstiegen die Anteile an der Gesamtfläche mit 12 bzw. 20% bereits deutlich die der Betriebe (1,8 bzw. 1,4%). Über die Hälfte (55%) der rheinland-pfälzischen Waldfläche hatten die Betriebe mit mehr als 500 ha in ihren Grenzen. Im einzelnen kamen auf die 167 Betriebe mit 500 bis 1 000 ha 17% und auf die 114 mit über 1 000 ha allein 38% der Waldfläche.

Gemessen an der Gesamtzahl der Betriebe zeichneten sich vornehmlich die Landkreise in den Mittelgebirgslagen durch überdurchschnittlich viele Waldbewirtschafter aus. An der Spitze standen die Landkreise Pirmasens und Ahrweiler, in denen allein 83 bzw. 80% aller erfaßten Betriebe auch Waldflächen hatten. Besonders viele Waldbesitzer gab es ferner in Bitburg-Prüm (78%), Kusel (70%), Kaiserslautern und Altenkirchen (je 68%), Mayen-Koblenz (58%), Daun (57%), Neuwied (55%) und Birkenfeld (54%).

Körperschaften als größte Waldbesitzer

Mit 671 000 ha wurden allein 94% der gesamten Waldfläche von 6 610 Forstbetrieben bewirtschaftet. Der Rest verteilte sich auf immerhin 26 000 landwirtschaftliche Betriebe. Unter den Forstbetrieben spielten, von der Zahl her gesehen, die Privatforsten mit 4 400 (66%) die größte Rolle. Der auf sie entfallende Wald war dagegen mit 69 000 ha oder nur 10% relativ klein. Neben Forstbetrieben in der Hand von natürlichen Personen sowie eingetragenen Genossenschaften oder Vereinen, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Aktiengesellschaften, Anstalten oder Stiftungen des privaten Rechts zählen hierzu auch die im Land noch recht häufig vertretenen Gemeinschaftsforsten mit ideellen Besitzanteilen, wie Waldinteressenschaften, Haubergsgenossenschaften oder Gehöferschaften. Etwas günstiger gestalteten sich die Verhältnisse bei den 2 100 (32%) Körperschaftsforsten. Im Eigentum dieser Gruppe, die neben den Betrieben der Gemeinden und Gemeindeverbände auch diejenigen sonstiger juristischer Personen des öffentlichen Rechts, wie der Kirche, umfaßt, stand mit 384 300 ha über die Hälfte des Waldes aller Forstbetriebe. Rund ein Drittel der Waldfläche (217 700 ha) befand sich im Bereich der 116 Staatsforsten.

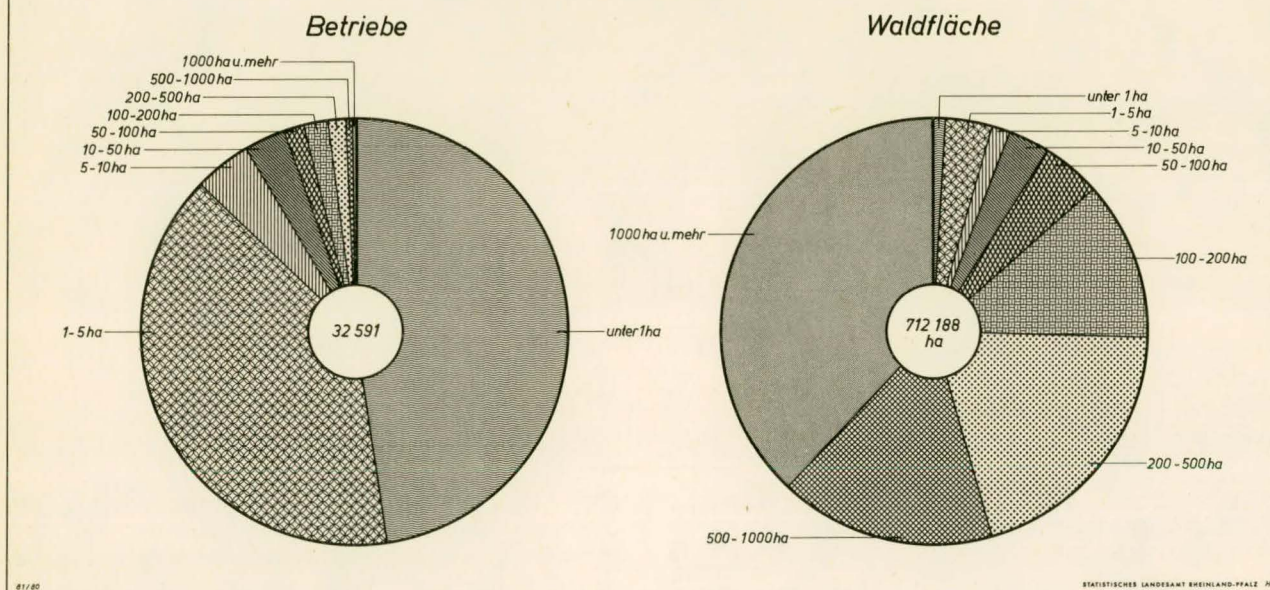
Staatswald überwiegend in Betrieben mit mehr als 1 000 ha

Wie sich bereits an den zugehörigen Waldflächen zeigt, ergaben sich hinsichtlich der Größenverhältnisse deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Besitzarten. Während ein Privatforst im Durchschnitt nur 16 ha groß war, erreichte dieser Wert bei den Körperschaftsforsten 183 ha und den Staatsforsten sogar 1 877 ha. Bei letzteren hatten allein 71 Betriebe (61%) mehr als 1 000 ha in ihren Grenzen, weitere 31 (27%) verfügten über 500 bis 1 000 ha. Der von diesen Betrieben bewirtschaftete Wald stellte fast 99% des gesamten Staatswaldes dar. Im Körperschaftswald zeigten sich dagegen deutliche Schwerpunkte bei den Betrieben unter 50 ha (31%), zwischen 50 und 200 ha (43%) sowie von 200 bis 500 ha (19%). Diese drei Größenklassen vereinten mehr als 60% des gesamten Waldes dieser Besitzart auf sich. Lediglich 22 bzw. 15% gehörten zu den 123 Betrieben mit 500 bis 1 000 ha sowie den 37 mit mehr als 1 000 ha Wald. Privatforsten der vorgenannten Größenordnung waren mit 12 bzw. nur 6 relativ selten. Ihr Anteil am gesamten Privatwald lag jedoch bei 12 bzw. 28%. Hier dominierten mit 96% die Betriebe mit weniger als 50 ha, an der Fläche waren sie mit 22% beteiligt.

Vor dem Hintergrund dieser vornehmlich im Privatwald existierenden kleinbetrieblichen Struktur, die vielfach eine rationelle Bewirtschaftung der Flächen nicht zuläßt, ist auch die im Landesforstgesetz verankerte und im Rahmen der Privatwaldbetreuung durch die staatlichen Forstämter anzustrebende Bildung von forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen zu sehen. Auch die Bildung von Forstverbänden im Gemeindeforst verfolgt den Zweck, die Nachteile nicht optimaler Betriebsgrößen, zum Beispiel für die Durchführung des forstlichen Revierdienstes, die Einstellung von Waldarbeitern oder den Maschineneinsatz, abzumildern. Bei regionaler Betrachtung fällt bei den Staatsforsten ein noch deutlicheres Vorherrschen der Einheiten mit 1 000 und mehr ha im südlichen Landesteil auf. Privatforsten über 50 ha sind hier im Gegensatz zu den Regierungsbezirken Koblenz und Trier vergleichsweise wenig vorhanden.

Langfristig gesehen hat sich die Gesamtzahl der Staatsforsten kaum verändert. Auffallend ist jedoch eine seit 1971 eingetretene Zunahme bei den Betrieben über 1 000 ha Waldfläche als Folge der Neuabgrenzung der Forstamtsbezirke des Landes. Bei den Körperschaftsforsten ging mit der territorialen Verwaltungsreform eine Verminderung bei den kleineren Einheiten bei gleichzeitigem Zuwachs von Betrieben in den oberen Größenklassen einher. Nennenswerte zahlenmäßige Veränderungen gab es dagegen bei den Privatforsten. Ihre Zahl erhöhte sich seit 1971 um fast 26%, wobei sich diese Entwicklung ausschließlich auf die unterste Größenklasse von 1 bis 50 ha beschränkte. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß bei der Aufgabe landwirtschaftlicher Betriebe die vorhandenen meist kleineren Waldflächen im Gegensatz zur landwirtschaftlich genutzten Fläche nicht verpachtet sondern von ihren Besitzern behalten werden. Der Erzeugungsschwerpunkt dieser Betriebe wechselt damit von der Land- zur Forstwirtschaft, wenngleich von

Betriebe mit Waldfläche 1979



einer geregelten forstwirtschaftlichen Nutzung auch dann kaum die Rede sein kann.

Auch landwirtschaftliche Betriebe haben Wald

Neben den reinen Forstbetrieben gab es 1979 noch rund 26 000 landwirtschaftliche Betriebe mit Wald. Somit hatte jeder dritte landwirtschaftliche Betrieb in Rheinland-Pfalz auch eine forstliche Nutzung. Die Größe dieses sogenannten Bauernwaldes belief sich allerdings nur auf 41 000 ha oder 6% der Gesamtwaldfläche. Allein 60% der Betriebe bewirtschafteten weniger als 1 ha Wald, auf weitere 40% kamen 1 bis 50 ha. Bei einer Durchschnittsfläche von 1,6 ha Wald je Betrieb lag diese in der untersten Größenklasse bei nur 0,4 und in derjenigen von 1 bis 50 ha bei 3 ha. Die Produktivität dieser Waldflächen darf, ähnlich wie bei einem Teil der Privatforstbetriebe, vielfach nicht als besonders hoch eingestuft werden. Ihre Bedeutung liegt neben ihrer Schutz- und Erholungsfunktion überwiegend wohl nur in der Brennholzversorgung ihrer

Eigentümer. In regionaler Hinsicht zeichneten sich vor allem die Landkreise Ahrweiler und Bitburg-Prüm in der Eifel sowie Pirmasens im Pfälzer Wald durch eine starke Verbreitung waldbesitzender landwirtschaftlicher Betriebe aus. Betroffen waren hier immerhin drei Viertel aller Betriebe der Hauptproduktionsrichtung Landwirtschaft. Dabei kommt dem Landkreis Bitburg-Prüm eine besondere Stellung zu, in dem allein 14 000 ha oder knapp ein Drittel der gesamten Waldfläche zu landwirtschaftlichen Betrieben gehörte. In Ahrweiler und Pirmasens waren es dagegen nur 9,9 bzw. 4,2%. Dementsprechend wies auch in Bitburg-Prüm mit 3,2 ha ein Betrieb im Durchschnitt das Doppelte an Wald nach wie im Landesmittel. Auch in den Landkreisen Kusel (66%), Kaiserslautern (62%), Altkirchen (59%), Mayen-Koblenz (54%), Daun (51%), Neuwied (49%) und Birkenfeld (45%) spielten landwirtschaftliche Betriebe unter den Waldbesitzern eine größere Rolle.

Diplom-Agraringenieur W. Laux

Wohnqualität 1978

Ergebnisse der 1%-Wohnungsstichprobe

In den letzten Wochen und Monaten ist die öffentliche Diskussion über die Situation auf dem Wohnungsmarkt verstärkt in den Mittelpunkt gerückt. Als Hauptproblem der gegenwärtigen Entwicklung sind die vor allem in den Stadtregionen neu aufgetretenen Engpässe in der Wohnungsvergorgung anzusehen. Eine Erklärung dafür ist sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite des Marktes zu suchen. Aus den Erfahrungen der 70er Jahre ist bekannt, daß trotz hoher Flächenausweitung die Nachfrage nach Wohnraum bei wachsendem Einkommen weiter ansteigt.

Die allgemeinen Probleme der Wohnungspolitik bedürfen zu ihrer Lösung genauer Informationen über die Situation auf dem Wohnungsmarkt, insbesondere in regionaler Hinsicht. Da aktuelles Zahlenmaterial nicht vorliegt - die letzte Gebäude- und Wohnungszählung fand 1968 statt - und es unsicher ist, wann die für 1981 im Rahmen der Volkszählung vorgesehene Totalerhebung durchgeführt wird, müssen Orientierungshilfen aus den Ergebnissen der nur Landeswerte nachweisenden 1%-Wohnungsstichprobe 1978 gewonnen werden. Anhand dieser Ergebnisse soll versucht werden, die Wohnungsvergorgung - hier insbesondere die Wohnqualität - in Rheinland-Pfalz zu analysieren.

Wohngebäude nach Art und Zahl der Wohnungen in den Ländern des Bundesgebiets 1978

Land	Insgesamt		Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude							
			zusammen		mit 1 Wohneinheit		mit 2 Wohneinheiten		mit 3 Wohneinheiten	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Schleswig-Holstein	465,7	4,5	441,1	315,3	71,5	59,9	13,6	65,9	14,9	
Hamburg	173,8	1,7	171,5	76,2	44,4	23,5	13,7	71,8	41,9	
Niedersachsen	1 343,6	13,1	1 269,7	760,4	59,9	316,3	24,9	193,0	15,2	
Bremen	114,1	1,1	113,7	61,6	54,2	23,2	20,4	28,9	25,4	
Nordrhein-Westfalen	2 569,9	25,1	2 507,5	1 205,5	48,1	641,3	25,6	660,7	26,3	
Hessen	987,8	9,6	957,0	499,0	52,1	293,4	30,7	164,6	17,2	
Rheinland-Pfalz	784,9	7,6	755,0	485,1	64,3	186,8	24,7	83,1	11,0	
Baden-Württemberg	1 614,4	15,7	1 535,1	780,7	50,8	461,5	30,1	292,9	19,1	
Bayern	1 834,7	17,9	1 656,0	967,7	58,4	412,3	24,9	276,0	16,7	
Saarland	235,1	2,3	232,1	135,1	58,2	76,8	33,1	20,2	8,7	
Berlin (West)	147,4	1,4	144,6	58,2	40,2	11,1	7,7	75,3	52,1	
Bundesgebiet	10 271,4	100,0	9 783,3	5 344,8	54,6	2 506,1	25,6	1 932,4	19,8	

Rheinland-Pfalz ein Land der Ein- und Zweifamilienhäuser

Bei einem Bevölkerungsanteil von 5,9% entfallen von den im Bundesgebiet im Frühjahr 1978 ermittelten 10,3 Mill. Wohngebäuden 784 900 oder 7,6% auf Rheinland-Pfalz. Darin zeigt sich der überwiegend ländliche und kleinstädtische Charakter des Landes, in dem die für städtische Siedlungsweise typische Gebäudeart des Mehrfamilienhauses unter allen Bundesländern nach dem Saarland am seltensten vorkommt. In Rheinland-Pfalz sind Ein- und Zweifamilienhäuser vorherrschend (64 bzw. 25%). Dennoch liegt die Gebäudedichte infolge der dünnen Besiedlung weiter Gebiete der Eifel, des Hunsrücks, des Westerwalds und der südlichen Pfalz mit 40 Gebäuden je Quadratkilometer noch unter dem Bundesdurchschnitt (41). Das Land rangiert hinsichtlich der Zahl der Gebäude mit ein oder zwei Wohneinheiten (89%) unmittelbar hinter dem Saarland und deutlich über dem Bundesdurchschnitt (80%); entsprechend niedrig ist der Wert für Mehrfamilienhäuser (3 bis 6 Einheiten) mit 9%. In etwa gleicher Größe bewegen sich die Werte nach der Zahl der Vollgeschosse.

Hoher Altbaubestand

Die siedlungsgeographische und daraus resultierende wirtschaftliche Struktur von Rheinland-Pfalz war

bestimmend dafür, daß der Gebäudebestand in den weitverstreuten zahlreichen dörflichen und kleinstädtischen Gemeinden von Kriegsschäden weniger hart betroffen wurde als in den industrialisierten Ballungsgebieten, womit auch der Wiederaufbaubedarf insgesamt geringer war. Dieser frühere Vorzug bedeutet, daß sich der heute vorhandene, zum Teil überalterte Gebäude- und Wohnungsbestand nicht erst unter dem Aspekt moderner Komfortwünsche, sondern schon bei Anlegung einfacher bautechnischer und sozialhygienischer Qualitätsmaßstäbe zum großen Teil als erneuerungs- oder zumindest verbesserungsbedürftig herausstellt. So wurden 34% der nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäude vor 1919 errichtet, mehr als in jedem anderen Bundesland. Auf die Baualtersstufen 1919 bis 1948 sowie 1949 bis 1964 entfallen im Land Anteile von knapp 17 und 26%, auf die Neubauten ab 1965 insgesamt 24%.

Neun von zehn Gebäuden im Besitz natürlicher Personen

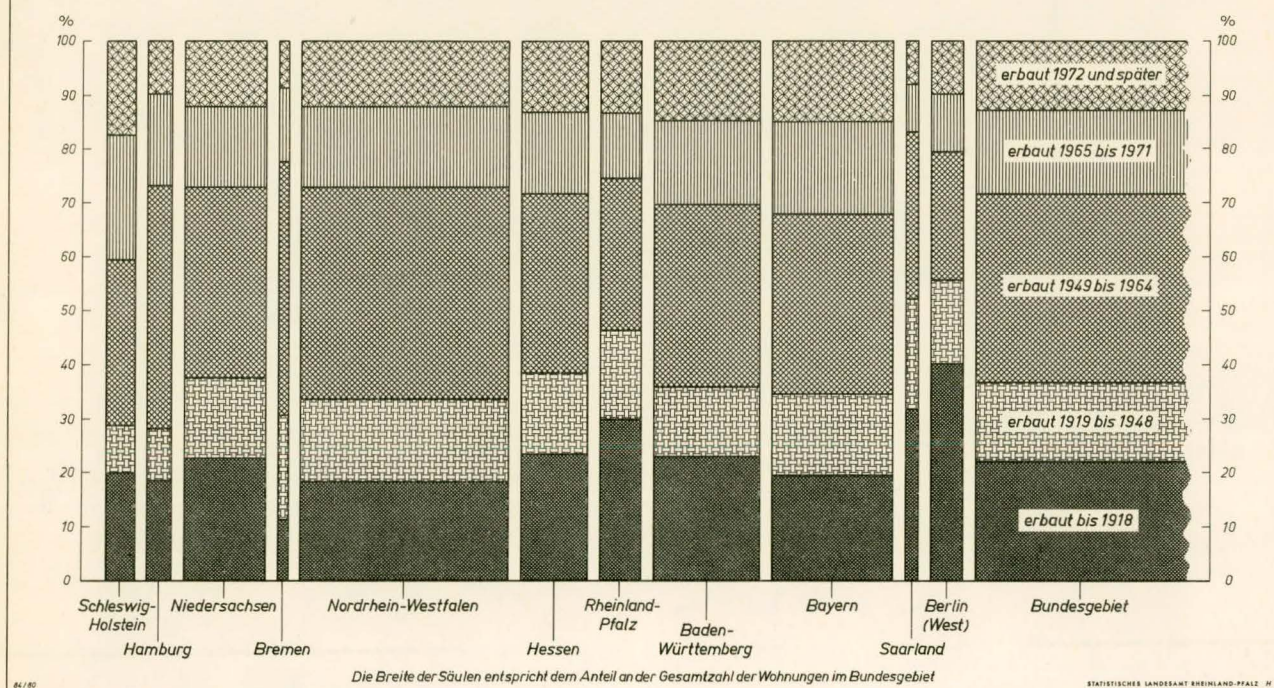
Einzelpersonen und Ehepaare bilden in allen Bundesländern die stärkste Eigentümergruppe. Im Saarland und in Rheinland-Pfalz liegt dieser Wert mit 92 bzw. 90% am höchsten und beträchtlich über dem

Bewohnte Wohneinheiten nach Zahl der Räume und Art der Beheizung in den Ländern des Bundesgebiets 1978

Land	Insgesamt 1)		Wohneinheiten mit ... Räumen							Art der Beheizung	
			1	2	3	4	5	6	7 und mehr	Sammel- heizung	Ofen- heizung oder Mehrraum- ofen
	1 000	%									
Schleswig-Holstein	910,0	4,0	2,2	5,0	19,1	31,3	20,3	11,2	10,9	79,4	20,6
Hamburg	742,6	3,2	2,0	8,0	30,8	38,7	12,8	4,1	3,6	69,8	30,2
Niedersachsen	2 555,1	11,1	1,4	3,9	15,3	30,6	21,8	13,5	13,5	72,2	27,8
Bremen	301,2	1,3	(1,9)	5,2	21,7	43,3	16,4	6,4	5,1	86,8	13,2
Nordrhein-Westfalen	6 490,9	28,2	4,2	6,5	20,3	30,9	18,9	9,6	9,6	66,2	33,8
Hessen	2 090,8	9,1	1,7	5,1	18,5	29,4	20,7	11,8	12,8	66,7	33,3
Rheinland-Pfalz	1 302,3	5,7	1,5	3,6	14,8	25,3	21,8	17,1	15,9	56,1	43,9
Baden-Württemberg	3 339,0	14,5	2,3	5,0	15,7	32,3	22,0	11,7	11,0	60,7	39,3
Bayern	3 900,5	17,0	2,7	7,0	19,2	28,1	19,0	11,1	12,9	52,7	47,3
Saarland	393,9	1,7	.	3,8	14,4	27,8	20,3	16,2	16,6	52,4	47,6
Berlin (West)	980,2	4,2	5,2	17,4	32,0	26,6	11,0	3,8	4,0	65,1	34,9
Bundesgebiet	23 006,5	100,0	2,8	6,2	19,1	30,3	19,5	11,0	11,1	63,9	36,1

1) Ohne Freizeitwohneinheiten.

Wohneinheiten nach dem Baualter der nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäude in den Ländern des Bundesgebiets 1978



Bundesdurchschnitt (84%). Umgekehrt ist in Rheinland-Pfalz der Anteil der Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen oder Heimstätten mit 2% besonders niedrig. Nahezu ohne Bedeutung ist die Eigentümergruppe der kommunalen Gebietskörperschaften.

Großwohnungen überwiegen

Es kann davon ausgegangen werden, daß die Wohnqualität in erheblichem Maße von der Zahl der Räume und der Wohnfläche abhängt. Nach den Ergebnissen der Stichprobe schneidet Rheinland-Pfalz bei diesen Kriterien besonders gut ab. So hat ein Drittel der Wohnungen sechs oder mehr Räume; im Bundesdurchschnitt sind es 22% und in den Stadtstaaten zwischen 8 und 12%. Einheitlich in allen Ländern dominieren die

Vierraumwohnungen, auf die hierzulande jede vierte Wohnung entfällt.

In der Mehrzahl Eigentümerwohnungen

Anders als im Bundesgebiet, wo im Durchschnitt 38 Eigentümerwohnungen 62 Mietwohnungen gegenüberstehen, gibt es in Rheinland-Pfalz mehr Eigentümers als Mietwohnungen. Dieses Überwiegen der Eigentumsverhältnisse ist nur noch im Saarland gegeben. Durch den hohen Bestand an Ein- und Zweifamilienhäusern ist im Vergleich zu den übrigen Ländern, insbesondere den Stadtstaaten, der Anteil der Mehrfamilienhäuser niedrig und damit auch der Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen.

Bewohnte Wohneinheiten nach Wohnfläche und Ausstattung in den Ländern des Bundesgebiets 1978

Land	Insgesamt 1)		Wohneinheiten mit ... m ² Fläche					Mit Bad, WC und Sammel- heizung	Mit Doppel-, Verbund- oder isolier- verglasten Fenstern
			unter 40	40 - 60	60 - 80	80 - 100	100 und mehr		
	1 000	%							
Schleswig-Holstein	910,0	4,0	9,4	21,0	26,6	19,0	24,0	72,6	51,2
Hamburg	742,6	3,2	10,9	34,7	32,6	12,4	9,4	66,7	25,8
Niedersachsen	2 555,1	11,1	6,4	17,7	26,9	19,6	29,4	68,3	34,7
Bremen	301,2	1,3	7,4	29,2	33,4	15,0	15,0	81,1	27,1
Nordrhein-Westfalen	6 490,9	28,2	9,3	23,2	29,9	17,8	19,8	60,3	18,7
Hessen	2 090,8	9,1	7,3	18,3	27,8	19,5	27,1	62,5	26,4
Rheinland-Pfalz	1 302,3	5,7	5,9	14,7	23,4	21,3	34,7	53,2	24,4
Baden-Württemberg	3 339,0	14,5	6,8	16,2	26,7	22,8	27,5	55,9	68,7
Bayern	3 900,5	17,0	8,7	18,9	25,6	19,4	27,4	48,8	75,6
Saarland	393,9	1,7	4,5	12,6	23,7	23,5	35,7	47,3	15,1
Berlin (West)	980,2	4,2	15,8	30,8	28,2	13,2	12,0	60,5	84,8
Bundesgebiet	23 006,5	100,0	8,3	20,4	27,7	19,1	24,5	59,2	42,8

1) Ohne Freizeitwohneinheiten.

Land	Ins- gesamt 1)	Öffentlich gefördert		Mietwohnungen				Eigentümerwohnungen			
				zusammen		öffentlich gefördert		zusammen		öffentlich gefördert	
				1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Schleswig-Holstein	902,8	204,8	22,7	514,5	57,0	143,4	27,9	388,3	43,0	61,4	15,8
Hamburg	736,1	294,1	40,0	629,1	85,5	279,6	44,4	107,0	14,5	14,5	13,6
Niedersachsen	2 524,7	458,2	18,1	1 384,9	54,9	334,0	24,1	1 139,8	45,1	124,2	10,9
Bremen	297,0	119,0	40,1	207,5	69,9	100,5	48,4	89,5	30,1	18,5	20,7
Nordrhein-Westfalen	6 323,8	1 942,5	30,7	4 393,6	69,5	1 574,0	35,8	1 930,2	30,5	368,5	19,1
Hessen	2 065,0	364,9	17,7	1 248,4	60,5	300,2	24,1	816,6	39,5	64,7	7,9
Rheinland-Pfalz	1 289,2	140,2	10,9	626,8	48,6	96,4	15,4	662,4	51,4	43,8	6,6
Baden-Württemberg	3 299,0	445,7	13,5	1 839,1	55,7	331,9	18,1	1 459,9	44,3	113,8	7,8
Bayern	3 815,4	579,1	15,1	2 218,1	58,1	473,1	21,3	1 597,3	41,9	106,0	6,6
Saarland	388,6	29,8	7,7	162,1	41,7	16,2	10,0	226,5	58,3	13,6	6,0
Berlin (West)	978,3	372,1	38,1	902,1	92,2	358,3	39,7	76,2	7,8	13,8	18,1
Bundesgebiet	22 619,9	4 950,4	21,9	14 126,2	62,5	4 007,6	28,4	8 493,7	37,5	942,8	11,1

1) Ohne Freizeitwohnungen.

Sanitäre Ausstattung und Beheizung weiter verbessert

Bei der letzten Totalerhebung 1968 hatte ein knappes Viertel des Wohnungsbestandes in Rheinland-Pfalz die höchste sanitäre Ausstattungsstufe, verfügte also über Bad, WC und Sammelheizung. Zehn Jahre später lag der entsprechende Wert bereits bei 53%. Trotz dieser beachtlichen Steigerung liegt Rheinland-Pfalz noch unter dem Bundesdurchschnitt (59%). In erster Linie ist dies auf die ungünstige Baualterstruktur der Wohnungen zurückzuführen, denn auch das Saarland - ebenfalls mit großem Altbaubestand - weist mit einer Quote von 47% noch eine relativ höhere Zahl von Wohnungen mit verbesserungsfähiger sanitärer Ausstattung aus.

Der Wunsch nach erhöhtem Komfort hat eine Vielzahl von Gebäudeeigentümern in den letzten Jahren veranlaßt, nachträgliche Einbauten vorzunehmen. So wurden in etwa vier von zehn der durch spätere Installationen verbesserten Wohnungen ein Bad oder Dusche und nahezu in jede dritte Wohnung eine Toilette eingebaut.

Noch 44% aller Wohnungen mit Ofenheizung

Die Qualität einer Wohnung wird durch die Art der Beheizung mitbestimmt. Eine Sammelheizung haben 56% aller Bewohner der Wohneinheiten im Lande,

44% haben eine Ofenheizung oder einen Mehrraumofen, was in einem ländlich strukturierten Raum nicht unüblich ist. Dieses Ergebnis wird auch durch die alte Bausubstanz bestimmt, und es überrascht daher nicht, daß Rheinland-Pfalz damit unter dem Bundesmittel (64%) bei den Sammelheizungen liegt. Etwas höher liegt der Wert für das Land bei den Eigentümerwohnungen in nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäuden mit 60%, während er in den entsprechenden Mietwohnungen 53% erreicht.

Doppel-, Verbund- oder isolierverglaste Fenster zählen heute zur Grundausstattung aller Neubauten. Auch in vielen Altbauten werden solche energiesparenden und lärmschützenden Fenster nachträglich eingebaut. In Rheinland-Pfalz hat ein Viertel der Wohneinheiten diese Fenster (im Bundesdurchschnitt 43%).

32,6 Quadratmeter je Person

Die Durchschnittswerte der Wohnungs- und Raumgröße und der Belegung weisen für Rheinland-Pfalz insgesamt ein recht ausgeglichenes Bild auf. Danach haben die bewohnten Wohnungen im Mittel 4,9 Räume im Vergleich zu 4,5 im Bundesgebiet. Demgegenüber sind die Relationen Räume je Person und Personen je Wohnung mit 1,8 bzw. 2,7 nahezu identisch mit dem Gesamtdurchschnitt von 1,7 bzw. 2,6. Die gleiche Aus-

Wohnungs- und Raumgröße in den Ländern des Bundesgebiets 1978

Land	Bewohnte Wohnungen insgesamt 1)	Räume		Personen		Fläche		
		je Wohnung	je Person	je Wohnung	je Raum	je Wohnung	je Raum	je Person
	1 000	Anzahl				m ²		
Schleswig-Holstein	902,8	4,5	1,8	2,6	0,6	80	17,8	31,2
Hamburg	736,1	3,8	1,8	2,2	0,6	67	17,3	30,7
Niedersachsen	2 524,7	4,8	1,8	2,7	0,6	86	18,1	31,9
Bremen	297,0	4,2	1,8	2,3	0,6	72	17,2	31,1
Nordrhein-Westfalen	6 323,8	4,3	1,7	2,6	0,6	77	17,7	29,5
Hessen	2 065,0	4,6	1,8	2,5	0,5	83	18,0	32,9
Rheinland-Pfalz	1 289,2	4,9	1,8	2,7	0,6	90	18,1	32,6
Baden-Württemberg	3 299,0	4,6	1,7	2,7	0,6	84	18,4	30,8
Bayern	3 815,4	4,6	1,7	2,7	0,6	84	18,4	31,2
Saarland	388,6	4,9	1,9	2,7	0,6	92	18,6	34,5
Berlin (West)	978,3	3,5	1,8	1,9	0,5	67	19,0	34,9
Bundesgebiet	22 619,9	4,5	1,7	2,6	0,6	81	18,1	31,1

1) Ohne Freizeitwohnungen.

Durchschnittliche Quadratmetermiete bewohnter Mietwohnungen nach Größe und Ausstattung
in den Ländern des Bundesgebiets 1978

Land	Ins- gesamt 1)	Wohnungen mit einer Fläche von ... m ²				Wohnungen mit Bad, WC		Wohnungen in Wohngebäuden mit ... Wohneinheiten	
		unter 40	40 – 80	80 – 120	120 und mehr	Sammel- heizung	ohne Sammel- heizung	1 oder 2	3 und mehr
		DM							
Schleswig-Holstein	4,97	5,47	4,97	4,79	4,90	5,48	3,94	4,46	5,12
Hamburg	5,20	5,94	5,03	5,43	5,93	5,68	4,35	5,33	5,19
Niedersachsen	4,12	4,70	4,15	4,11	3,67	4,53	3,40	3,84	4,24
Bremen	4,78	6,02	4,73	4,70	(4,94)	4,97	3,56	4,20	4,91
Nordrhein-Westfalen	4,36	5,39	4,29	4,45	4,02	4,80	3,74	3,93	4,46
Hessen	4,57	6,11	4,45	4,64	4,36	5,04	3,73	4,11	4,70
Rheinland-Pfalz	3,98	5,54	3,95	4,00	3,49	4,47	3,42	3,65	4,15
Baden-Württemberg	4,16	5,98	4,08	4,13	3,96	4,62	3,61	3,88	4,29
Bayern	4,18	6,02	4,14	4,01	4,03	5,09	3,22	3,68	4,33
Saarland	3,64	5,06	3,56	3,70	3,39	4,31	3,14	3,58	3,67
Berlin (West)	4,04	4,99	4,03	3,89	3,73	4,71	3,19	4,53	3,97
Bundesgebiet	4,32	5,54	4,29	4,28	4,03	4,87	3,56	3,91	4,43

1) Nur mit Mietangaben; ohne Freizeitwohnungen, ohne von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietete Wohnungen, ohne völlig untervermietete Wohnungen und ohne Wohnungen mit ermäßigter Miete wegen finanzieller Vorleistungen.

sage trifft für das Kriterium Personen je Raum zu, bei dem sich Landes- wie Bundeswert auf 0,6 beläuft.

Bei den Relationen Fläche je Wohnung, je Raum und je Person ergeben sich für das Land Werte von 90 sowie 18,1 und 32,6 m². Während die Fläche je Raum dem Bundesmittel entspricht, liegen die beiden anderen Werte beachtlich über dem Durchschnitt. Die durchschnittliche Wohnungsgröße beträgt in Rheinland-Pfalz 90 m², im Bundesgebiet 81 m² und die Fläche je Person 32,6 m² gegenüber 31,1 m² im Bundesdurchschnitt.

Günstige Mietenstruktur

Im Budget der Haushalte spielt die monatliche Mietbelastung eine wesentliche Rolle. Sie liegen im Wägungsschema des Preisindex für die Lebenshaltung in der Gruppe der Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen die Ausgaben für Wohnungsmiete mit einem Anteil von 14,9% an zweiter Stelle nach den Aufwendungen für Nahrungs- und Genußmittel (30,3%). Bei Renten- und Sozialhilfe-

empfänger-Haushalten ist der Anteil der Wohnungsmiete mit 22,3% noch beträchtlich höher.

Aus den mehr als 410 000 bewohnten Mietwohnungen, für die bei der Erhebung Mietangaben ermittelt werden konnten, errechnet sich im Landesdurchschnitt ein Mietbetrag je Wohnung von 285 DM bei 72 m² Wohnfläche. In der Durchschnittsmiete von 3,98 DM/m² sind die Kosten für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Treppenhausbeleuchtung und Schornsteinfeger enthalten, nicht jedoch Umlagen für Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Garagenkosten sowie Zuschläge für Möblierung. Im Ländervergleich ist außer in Rheinland-Pfalz nur noch im Saarland (3,64 DM; 72 m²) ein Quadratmeterpreis von unter 4 DM bei einer Wohnfläche von über 70 m² zu zahlen. Im Bundesmittel ergeben sich 4,32 DM/m².

Für Wohnungen der besten Ausstattungsstufe mit Bad, WC, Sammelheizung wurden in Rheinland-Pfalz durchschnittlich 4,47 DM je m² Wohnfläche, das ist nach dem Saarland (4,31 DM) der niedrigste Betrag, in Rechnung gestellt. Im Bundesgebiet beträgt die Zahl 4,87 DM/m².

Diplom-Volkswirt I. Hawliczek

Entwicklung und Struktur des Handwerks 1962 bis 1979

Aktualisierung und Rotation

Seit 1960 liefert die vierteljährliche Handwerksberichterstattung der Wirtschaft und für die Konjunktur- und Strukturpolitik wichtige Entscheidungshilfen. Die Ergebnisse der in mehrjährigen Abständen durchzuführenden Totalerhebungen im Handwerk werden, auf Umsatz und Beschäftigte begrenzt, mittels einer repräsentativen Stichprobenerhebung fortgeschrieben. Dabei ist eine Anpassung der Stichprobe an die letzte Vollerhebung erforderlich, weil mit zunehmendem zeitlichen Abstand vom Basisjahr die hochgerechneten Ergebnisse größere Abweichungen aufzeigen. Dies gilt

insbesondere für einen so breitgefächerten Wirtschaftsbereich, welcher von den Bau-, Metall- und Holzgewerben über den Bekleidungs-, Nahrungsmittel- und Dienstleistungssektor bis zu den sonstigen Gewerben, wie etwa Glas, Papier, Keramik, reicht. Auf der Grundlage der Handwerkszählung 1977 konnte nunmehr diese Umstellung abgeschlossen und die Ergebnisse in einem umfangreichen Statistischen Bericht veröffentlicht werden.

Eine solche methodische Anpassung der Auswahlmasse bietet zugleich die Chance der Entlastung von Handwerksunternehmen. Bei der Neuauswahl der

Beschäftigte und Umsatz ¹⁾ nach ausgewählten Gewerbebezügen 1962 - 1979

Gewerbegruppe Ausgewählter Gewerbebezug	1962	1965	1970	1975	1977	1978	1979
Beschäftigte (Meßzahlen: 30.9.1976 = 100)							
Bau- und Ausbaugewerbe	118	121	111	96	96	103	102
Maurer, Beton- und Stahlbetonbauer, Straßen- und Brunnenbauer	.	.	131	102	98	107	107
Zimmerer und Dachdecker	.	.	112	80	76	82	84
Fliesen-, Platten- und Mosaikleger	.	.	90	95	106	108	109
Stukkateure	.	.	132	102	102	110	91
Maler und Lackierer	146	142	128	100	95	99	99
Metallgewerbe	76	82	92	97	101	106	109
Schlosser	.	.	95	91	105	109	109
Maschinenbauer	99	112	126
Kraftfahrzeugmechaniker	74	83	98	100	105	112	119
Klempner, Gas- und Wasserinstallateure	.	.	108	103	95	102	103
Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	.	.	91	94	102	108	106
Elektroinstallateure	82	91	100	97	98	99	105
Holzgewerbe	88	83	88	97	90	94	99
Tischler	99	93	101	100	90	94	98
Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe	275	246	183	104	95	96	96
Nahrungsmittelgewerbe	87	86	90	94	99	103	106
Bäcker	110	94	105	101	98	103	105
Fleischer	89	101	102	95	99	102	105
Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungsgewerbe	103	101	103	94	109	110	115
Friseure	131	123	119	98	97	100	106
Gebäudereiniger	106	115	122
Glas-, Papier-, keramische und sonstige Gewerbe	134	136	107	96	101	105	106
Insgesamt	100	101	102	96	99	104	106
Umsatz (Meßzahlen: 1976 = 100)							
Bau- und Ausbaugewerbe	45	60	78	109	96	97	113
Maurer, Beton- und Stahlbetonbauer, Straßen- und Brunnenbauer	.	.	88	86	99	99	114
Zimmerer und Dachdecker	.	.	76	109	69	74	95
Fliesen-, Platten- und Mosaikleger	.	.	59	99	125	124	128
Stukkateure	.	.	88	95	86	94	107
Maler und Lackierer	35	48	69	95	103	107	119
Metallgewerbe	28	39	59	88	114	121	132
Schlosser	.	.	73	96	113	114	130
Maschinenbauer	110	132	166
Kraftfahrzeugmechaniker	24	33	54	85	120	135	149
Klempner, Gas- und Wasserinstallateure	.	.	69	93	98	97	105
Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	.	.	61	80	111	109	119
Elektroinstallateure	27	41	61	89	110	108	121
Holzgewerbe	30	43	53	92	96	102	117
Tischler	32	46	56	93	96	101	117
Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe	95	117	131	108	106	105	113
Nahrungsmittelgewerbe	38	50	60	86	102	107	113
Bäcker	43	52	66	95	106	111	116
Fleischer	38	52	61	83	100	104	111
Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungsgewerbe	48	62	74	97	108	118	124
Friseure	50	65	71	90	104	116	119
Gebäudereiniger	114	125	131
Glas-, Papier-, keramische und sonstige Gewerbe	42	52	69	94	115	120	130
Insgesamt	36	49	65	94	105	110	121

1) Ab 1976 ohne Umsatzsteuer.

Stichproben werden die im vorhergehenden Zeitraum meldepflichtigen Unternehmen - mit Ausnahme der sogenannten Totalschichten - freigestellt. Mit dieser Rotation wird eine Berichtspflicht auf Dauer weitgehend vermieden. Zudem ist durch die vierteljährliche Periodizität und die Beschränkung der Befragung auf zwei Erhebungsmerkmale, nämlich Umsatz und Beschäftigte, gesichert, daß die Belastung der Berichtspflichtigen relativ gering ist. Gleichwohl geben die Ergebnisse Aufschluß über die Entwicklung im Hand-

werk, insbesondere durch die tiefe Gliederung nach Gewerbe- als auch Wirtschaftszweigen.

Stichprobenumfang und Vermeidung von Doppelbefragungen

Von den etwa 500 000 Handwerksbetrieben (ohne Nebenbetriebe) im Bundesgebiet dürfen nach dem Gesetz höchstens 35 000 vierteljährlich befragt werden, so daß sich ein Auswahlatz von 7% errechnet. In Rheinland-Pfalz sind von den über 30 000 Unter-

nehmen nach einem bundeseinheitlichen Auswahlverfahren ca. 3 000 Betriebe meldepflichtig, das heißt, die Ergebnisse für 27 000 Betriebe werden durch eine Hochrechnung gewonnen.

Eine Ergänzung und damit eine Absicherung der Ergebnisse erfährt diese Statistik durch die Einbeziehung derjenigen Handwerksunternehmen, die zu monatlichen Erhebungen im Rahmen der Statistiken im Produzierenden Gewerbe, Einzelhandel bzw. Gastgewerbe meldepflichtig sind. So werden die Daten des handwerklichen Bauhauptgewerbes, für das hochgerechnete Ergebnisse monatlich vorliegen, übernommen und andererseits werden die Werte von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten sowohl des handwerklichen Ausbaugewerbes als auch des Verarbeitenden Gewerbes aus diesen Datenbeständen ausgesteuert. Die durch Betriebsaufgabe bzw. Schwerpunktverlagerungen ausfallenden Stichprobenunternehmen werden durch Neugründungen ersetzt.

Bau- und Ausbaugewerbe überwiegt

Am 30. 9. 1979 waren nahezu 228 000 Personen im rheinland-pfälzischen Handwerk tätig. Auf die Handwerksgruppe Bau und Ausbau entfielen davon 72 136 und 67 717 auf den Bereich Metall. Es folgen die Nahrungsmittelgewerbe (32 498), die Gesundheits- und Körperpflege sowie Reinigung (31 021), die Holzgewerbe (13 589), die Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe (5 463) vor Glas-, Papier-, keramischen und sonstigen Gewerben mit 5 140 Beschäftigten.

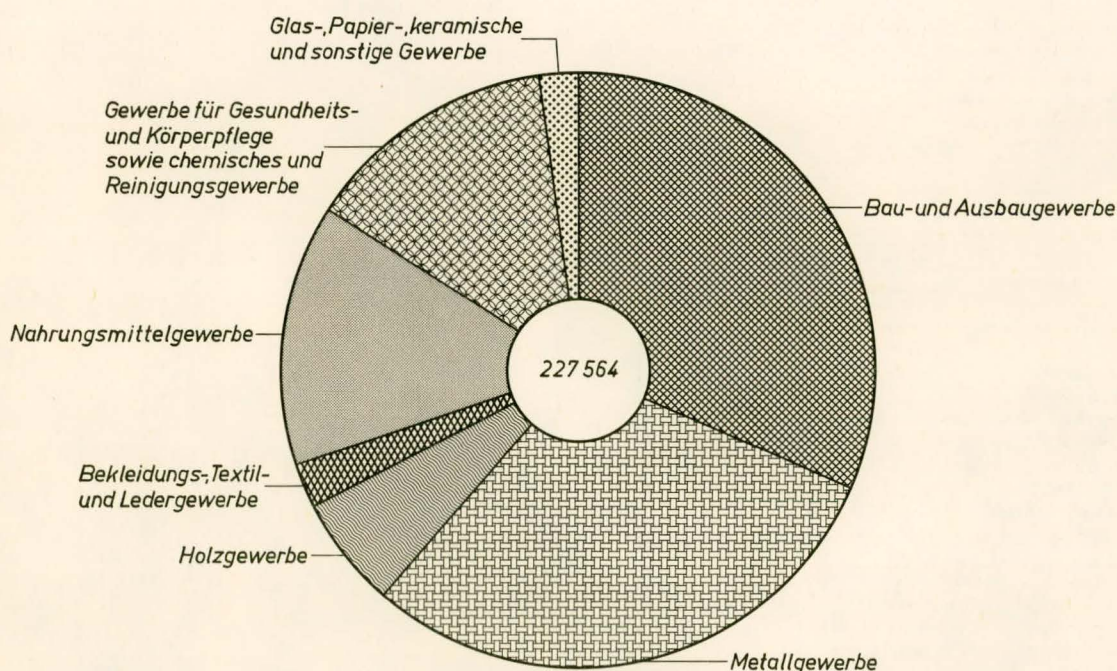
Während die Bau- und Ausbaugewerbe von 1962 auf 1965 ihre Beschäftigtenzahl steigerten, setzte ab

1970 bis 1977 eine fallende Tendenz ein. In den Jahren 1978 und 1979 gelang eine Stabilisierung auf einem erhöhten Niveau. Einen großen Einbruch hatten hier die Maler und Lackierer zu verkraften, deren Beschäftigtenmeßzahl (30. 9. 1976 = 100) von 146 im Jahre 1962 auf 99 im Jahre 1979 fiel, wobei diese Talfahrt nunmehr aufgefangen werden konnte. Eine ähnliche, jedoch noch verstärkte, rückläufige Entwicklung zeigen die Stukkateure. Dagegen erhöhten sich die Beschäftigten bei den Fliesen-, Platten- und Mosaiklegern von 1970 bis 1979 um 21%.

Eine kontinuierliche Steigerung wies die Gruppe der Metallgewerbe auf. Von einer Meßzahl 76 im Jahre 1962 stieg der Beschäftigtenstand auf 109 im letzten Jahr, was einer Steigerung von 43% entspricht. Zu dieser Entwicklung trugen insbesondere die Kraftfahrzeugreparaturbetriebe bei, die für diesen Zeitraum einen Anstieg von 61% verzeichneten. Die Klempner, Gas- und Wasserinstallateure gingen von 1970 bis 1977 um 13 Punkte zurück auf 95, erhöhten sich dann auf einen Stand von 103 im letzten Jahr.

Im Tischlergewerbe verringerten sich die Beschäftigten von 1976 auf 1977 um 10% auf 90 Punkte, steigerten sich jedoch bis 1979 auf eine Meßzahl von 98. Das entspricht in etwa dem Stand von 1962, wogegen das Holzgewerbe insgesamt um 13% über diesem Vergleichsjahr lag. Insbesondere auch durch den verstärkten Import von Textilien und Lederwaren Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre hatten die Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe den wohl gravierendsten Rückgang. Während sich die Beschäftigtenmeßzahl 1962 auf 275 belief, betrug sie 1979 nur noch

Beschäftigte im Handwerk nach Gewerbegruppen am 30.9.1979

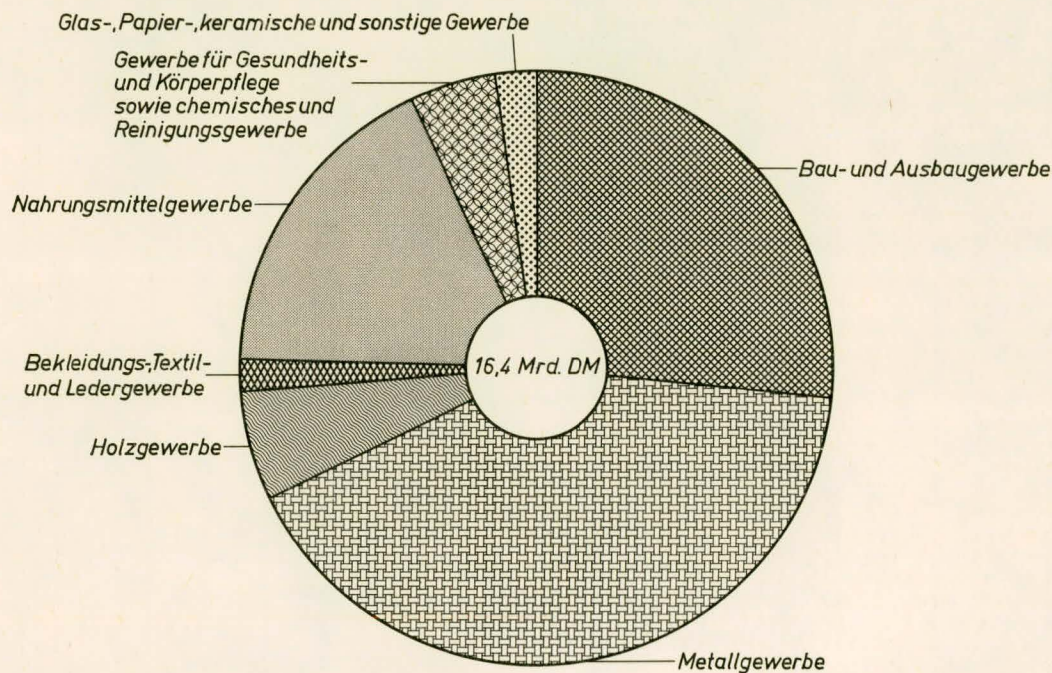


Beschäftigte und Umsatz ¹⁾ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen 1970 - 1979

Wirtschaftsabteilung Ausgewählter Wirtschaftszweig	1970	1975	1977	1978	1979
Beschäftigte (Meßzahlen: 30.9.1976 = 100)					
Verarbeitendes Gewerbe	102	98	100	104	108
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	128	119	101	101	94
Metallerzeugung und -bearbeitung	.	.	98	102	102
Schlosserei, Schmiederei u.ä.	104	93	97	103	106
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	99	98	103	110	119
Reparatur von Kfz und Fahrrädern, Lackierung	103	100	103	111	123
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	.	.	114	110	114
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	93	96	95	99	102
Herstellung von Bauelementen aus Holz (ohne Fertigteilmbauten)	90	96	96	100	101
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	210	108	92	97	89
Bekleidungsgewerbe	211	109	98	102	92
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	99	98	98	102	106
Herstellung von Backwaren	99	101	100	104	107
Fleischverarbeitung (ohne Talgschmelzen u.ä.)	100	95	97	101	104
Baugewerbe	122	100	98	102	103
Bauhauptgewerbe	129	99	97	103	102
Hoch- und Tiefbau (ohne ausgeprägten Schwerpunkt)	147	105	100	101	103
Hochbau (ohne Fertigteilmbau)	120	98	94	100	101
Straßenbau	137	114	106	110	115
Dachdeckerei	93	86	91	95	96
Ausbaugewerbe	110	101	98	101	103
Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation	109	104	98	105	106
Installation von Heizungs-, Klima- und gesundheits- technischen Anlagen	88	93	96	100	100
Elektroinstallation	105	101	100	100	106
Maler- und Lackierergewerbe, Tapetenkleberei	128	101	95	98	99
Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei	81	93	106	108	107
Handel	102	98	93	100	90
Einzelhandel	100	99	93	100	91
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	58	84	103	109	117
Friseurgewerbe	118	98	96	99	106
Gebäudereinigung (ohne Fassadenreinigung)	.	.	107	114	122
I n s g e s a m t	102	96	99	104	106
Umsatz (Meßzahlen: 1976 = 100)					
Verarbeitendes Gewerbe	57	87	110	118	133
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	65	94	106	108	112
Metallerzeugung und -bearbeitung	.	.	115	118	129
Schlosserei, Schmiederei u.ä.	69	93	115	123	141
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	56	85	120	131	154
Reparatur von Kfz und Fahrrädern, Lackierung	53	85	123	136	161
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	.	.	105	127	135
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	50	89	105	111	124
Herstellung von Bauelementen aus Holz (ohne Fertigteilmbauten)	47	88	107	110	120
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	117	106	107	106	119
Bekleidungsgewerbe	113	98	108	106	118
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	60	87	102	107	114
Herstellung von Backwaren	61	94	109	113	118
Fleischverarbeitung (ohne Talgschmelzen u.ä.)	59	83	98	103	111
Baugewerbe	78	108	101	100	115
Bauhauptgewerbe	86	114	95	94	111
Hoch- und Tiefbau (ohne ausgeprägten Schwerpunkt)	91	126	99	92	110
Hochbau (ohne Fertigteilmbau)	81	103	91	85	110
Straßenbau	95	138	111	116	136
Dachdeckerei	80	105	96	100	117
Ausbaugewerbe	65	96	111	109	120
Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation	70	92	103	102	108
Installation von Heizungs-, Klima- und gesundheits- technischen Anlagen	61	81	106	103	115
Elektroinstallation	66	97	111	107	120
Maler- und Lackierergewerbe, Tapetenkleberei	67	96	106	109	122
Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei	53	96	130	129	134
Handel	70	94	96	106	93
Einzelhandel	65	93	96	106	93
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	61	89	110	120	126
Friseurgewerbe	73	90	104	115	119
Gebäudereinigung (ohne Fassadenreinigung)	.	.	116	124	132
I n s g e s a m t	65	94	105	110	121

1) Ab 1976 ohne Umsatzsteuer.

Umsatz des Handwerks nach Gewerbegruppen 1979



83/80

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

96, wobei die letzten Jahre eine Konstanz aufzeigen.

Die Nahrungsmittelgewerbe erhöhten ihre tätigen Personen von Jahr zu Jahr. Waren jedoch 1962 noch mehr Bäcker für die Versorgung der Bürger tätig (— 4,5%), so sorgen heute bei gestiegenem Wohlstand 18% mehr Fleischer für den Bedarf. Wenn auch der Vergleich der Jahre 1962 mit 1979 bei den Friseuren sich nicht sehr günstig darstellt, zeigt die Entwicklung der letzten vier Jahre doch eine Stetigkeit in der Beschäftigung. Die Gebäudereiniger, wo der Vergleich erst ab 1976 möglich ist, erhöhten ihr Personal bis 1979 um 22%. Die Glas-, Papier-, keramischen und sonstigen Gewerbe verzeichneten bis Mitte der siebziger Jahre eine rückläufige Entwicklung, wiesen anschließend jedoch jährliche Steigerungen auf.

Langfristige Umsatzentwicklung

Im Jahre 1979 erwirtschaftete das rheinland-pfälzische Handwerk einen Umsatz von über 16 Mrd. DM (ohne Umsatzsteuer). Davon entfielen auf die Metallgewerbe 6,7 Mrd. DM. Es folgen die Bau- und Ausbaugewerbe mit 4,4, die Nahrungsmittelgewerbe mit fast 2,9 und die Holzgewerbe mit beinahe 1 Mrd. DM. Die Gesundheits- und Körperpflege sowie Reinigung erzielten 760 Mill. DM, die Glas-, Papier-, keramischen und sonstigen Gewerbe nicht ganz 400 Mill. DM, das Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe nahezu 300 Mill. DM.

Von 1962 bis 1979 verzeichnete die Gruppe der Metallgewerbe den größten Umsatzzuwachs, und zwar um fast das Fünffache (Handwerk insgesamt = 3,4-fache). Innerhalb dieser Gewerbegruppe war dies maßgeblich entsprechend der Beschäftigtenentwick-

lung bedingt durch den Boom im Kfz-Gewerbe, das seinen Umsatz versechsfachen konnte. Die Elektroinstallation zeigte mit einem vervierfachen Umsatz auch einen recht beachtlichen Verlauf. Eine vergleichbare Steigerung wies der Heizungsbau auf, wogegen die Klempner sich mit einem geringeren Zuwachs zufriedengeben mußten. Die Maschinenbauer, wo vergleichbare Daten erst ab 1976 vorliegen, erhöhten den Umsatz bis 1979 um 66%.

Die Bau- und Ausbaugewerbe erreichten 1979 das Zweieinhalbfache des Umsatzes von 1962. Trotz der stark rückläufigen Zahl der Beschäftigten im Maler- und Lackierergewerbe belief sich der Umsatz für das letzte Jahr auf das Dreieinhalbfache. Eine merkliche Steigerungsquote zeigte das Fliesengewerbe mit einem um 117% erhöhten Umsatz gegenüber dem Jahre 1970. Während die Holzgewerbe ihren Umsatz vervierfachen, zeigten die Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe für das 17jährige Vergleichsintervall lediglich eine Steigerung von 19%. Unter der durchschnittlichen Steigerungsrate lagen auch die Nahrungsmittelgewerbe, die Gesundheits- und Körperpflegegewerbe als auch der Bereich Glas, Papier, Keramik.

Umsatzintensität

Bei einem Beschäftigtenanteil am 30. 9. 1979 von 29,8% wies die Gruppe der Metallgewerbe mit 41% am Gesamtumsatz des Jahres 1979 einen überproportionalen Anteil aus, was auf eine höhere Kapitalintensität schließen läßt. Auch die Nahrungsmittelgewerbe können ein ähnliches Verhältnis aufzeigen (14,3 zu 17,5). Die Bau- und Ausbaugewerbe, gekennzeichnet

Langfristige Entwicklung von Umsatz¹⁾ und Beschäftigung²⁾ nach ausgewählten Handwerksgruppen

Jahr Viertel- jahr	Umsatz				Beschäftigte				Umsatz	Be- schäftigte
	ins- gesamt	Bau und Ausbau	Metall- gewerbe	Nahrungs- mittel- gewerbe	ins- gesamt	Bau und Ausbau	Metall- gewerbe	Nahrungs- mittel- gewerbe	Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr bzw. Vorquartal	
	Meßzahlen: VjD 1976 = 100				Meßzahlen: 30.9.1976 = 100				%	
1962	36	45	28	38	100	118	76	87	.	.
1965	49	60	39	50	101	121	82	86	36,4	1,0
1970	65	78	59	60	102	111	92	90	33,3	0,5
1975	94	109	88	86	96	96	97	94	44,5	- 5,4
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	6,6	4,2
1977	105	96	114	102	99	96	101	99	4,9	- 0,9
1978	110	97	121	107	104	103	106	103	4,9	4,6
1979	121	113	132	113	106	102	109	106	10,2	2,1
1978 I	89	59	104	102	99	96	102	100	.	.
II	107	84	124	107	101	99	102	101	19,9	1,4
III	112	104	121	108	104	103	106	103	4,6	3,2
IV	132	142	136	111	101	99	104	101	17,6	- 2,3
1979 I	97	61	117	108	103	98	107	105	- 26,0	1,8
II	134	136	146	113	103	100	105	104	37,7	0,1
III	117	115	121	115	106	102	109	106	- 12,8	2,6
IV	136	138	145	115	106	103	112	103	16,5	0,2

1) Ab 1976 ohne Umsatzsteuer. - 2) Stand jeweils Ende September bzw. am Quartalsende.

durch einen großen Personalbedarf, erzielten keinen dem Beschäftigtenanteil entsprechenden Umsatz (31,7 zu 26,8). Die größte Divergenz errechnet sich für die Gewerbe Gesundheits- und Körperpflege sowie Reinigung (13,6 zu 4,6), unter anderem wohl auch bedingt durch den verstärkten Einsatz von Teilzeitarbeitskräften.

Spitzenreiter Metall

Während durchschnittlich jeder Beschäftigte im Handwerk einen Umsatz von 72 000 DM erwirtschaftete, lagen die Metallgewerbe mit fast 100 000 DM an der Spitze. Die Nahrungsmittelgewerbe mit 88 000 DM, Glas-, Papier-, keramischen und sonstigen Gewerbe mit 77 000 DM übertrafen ebenfalls den Durchschnitt. Mit nicht ganz 72 000 DM erreichten die Holzgewerbe fast den Durchschnittswert. Einen unterdurchschnittlichen Umsatz pro Beschäftigten errechnen sich für die Bau- und Ausbaugewerbe (61 000 DM), die Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe (53 000 DM) sowie mit dem geringsten Umsatz je Beschäftigten (24 000 DM) für den Bereich Gesundheit, Körperpflege, Reinigung, der sich aus den Dienstleistungscharakter erklärt.

Entwicklung nach Wirtschaftszweigen

Die Gliederung nach Wirtschaftszweigen ermöglicht Vergleiche mit anderen Statistiken, die nach der Wirtschaftszweigsystematik gegliedert sind. So ist insbesondere der Vergleich mit den laufenden Erhebungen im Bau- und Verarbeitenden Gewerbe, wo eine Eintragung in die Handwerksrolle für die Berichtspflicht nicht maßgebend ist, gewahrt.

Den stärksten Beschäftigtenanstieg (102%) seit 1970 - erst seit diesem Jahr liegen vergleichbare Werte nach der Wirtschaftszweiggliederung vor - verbuchte der Bereich Dienstleistungen. Das Verarbeitende Gewerbe erhöhte in diesem Zeitraum die tätigen Personen um 6%; innerhalb dieser Wirtschaftsabteilung gingen im Bereich Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden die Beschäftigten um 27% zurück. Mit einem um 16% geringeren Beschäftigtenstand als 1970 stellte sich das Bauhauptgewerbe vor.

Beim Umsatz registrierte das Verarbeitende Gewerbe mit dem 2,3fachen die günstigste Umsatzentwicklung. Vor dem Baugewerbe (+ 47,4%) und dem Bereich Handel (+ 32,9%) wiesen der Dienstleistungszweig mit einer Umsatzerhöhung um das 2,1fache eine recht bemerkenswerte Entwicklung auf.

Diplom-Betriebswirt (FH) Ewald Braun

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juni
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 634	3 632	3 630	3 631	3 632	3 636	3 637
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 801	1 896	2 632	2 555	2 349	1 694 ^P	3 021 ^P	2 212 ^P	2 172 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,9	6,3	8,5	8,6	7,6	5,7 ^P	9,8 ^P	7,4 ^P	7,0 ^P
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 862	2 900	3 022	2 848	3 132	3 127 ^P	2 993 ^P	3 171 ^P	3 323 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,5	9,6	9,8	9,5	10,2	10,5 ^P	9,7 ^P	10,6 ^P	10,8 ^P
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 669	3 592	3 641	3 384	3 429	3 644 ^P	3 492 ^P	3 482 ^P	3 592 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,1	11,9	11,8	11,3	11,1	12,2 ^P	11,3 ^P	11,6 ^P	11,6 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	50	36	37	35	37	39 ^P	40 ^P	39 ^P	...
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	17,7	12,6	12,6	12,4	11,9	13,0 ^P	13,1 ^P	12,8 ^P	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 807	- 692	- 619	- 536	- 297	- 517 ^P	- 499 ^P	- 311 ^P	- 269 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,7	- 2,3	- 2,0	- 1,8	- 1,0	- 1,7 ^P	- 1,6 ^P	- 1,0 ^P	- 0,9 ^P
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 491	7 947	6 562	7 129	9 103	8 418	7 387
Ausländer	Anzahl	1 869	2 253	1 923	1 944	2 393	2 576	2 346
Erwerbspersonen	Anzahl	3 916	4 182	3 568	3 745	4 619	4 895	4 189
* Fortgezogene	Anzahl	7 384	7 110	6 076	5 904	7 797	6 949	5 809
Ausländer	Anzahl	1 702	1 500	1 325	1 388	1 654	1 429	1 204
Erwerbspersonen	Anzahl	4 128	4 014	3 500	3 443	4 424	4 160	3 548
* Wanderungssaldo	Anzahl	107	837	486	1 225	1 306	1 469	1 578
Ausländer	Anzahl	167	754	598	556	739	1 147	1 142
Erwerbspersonen	Anzahl	- 212	168	68	302	195	735	641
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	10 445	10 515	9 677	9 728	11 829	10 345	9 258
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	55 749	48 262	39 977	39 319	43 127	44 307	40 995	42 295	48 591
* Männer	Anzahl	27 299	23 121	17 304	16 502	18 350	20 460	18 601	18 901	21 833
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 183	1 396	485	437	504	670	660	624	679
Bauberufe	Anzahl	2 636	2 064	1 161	1 024	1 072	1 955	1 793	1 589	1 693
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	19 818	17 031	14 425	13 673	14 328	16 158	14 815	14 997	16 679
Arbeitslosenquote	%	4,3	3,7	3,1	3,0	3,3	3,4	3,1	3,2	3,7
Offene Stellen	Anzahl	12 232	15 375	16 776	18 313	17 182	18 136	17 079	17 758	16 340
Männer	Anzahl	7 691	10 052	10 865	11 952	11 152	11 604	10 880	11 208	10 463
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	463	587	666	729	620	529	452	460	504
Bauberufe	Anzahl	989	1 366	1 605	1 635	1 439	1 268	1 175	1 158	1 057
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	4 722	6 198	6 590	7 644	7 155	7 312	6 997	7 241	6 563
Kurzarbeiter	Anzahl	6 984	4 731	3 721	3 083	1 860	7 025	6 441	6 247	3 999
Männer	Anzahl	5 075	3 095	2 081	1 915	1 043	5 457	4 543	4 478	2 904
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	682	678	.	698	.	.	.	668	.
* Milchkühe	1 000	238	236	.	234	.	.	.	236	.
* Schweine	1 000	729	687	.	.	.	725	.	.	.
Mastschweine	1 000	254	238	.	.	.	238	.	.	.
* Zuchtsauen	1 000	81	79	.	.	.	81	.	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	52	51	.	.	.	52	.	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	15 357	15 621	15 738	12 961	13 874	14 933	15 582	13 925	15 598
* Kälber	Anzahl	486	393	421	308	352	367	429	349	322
* Schweine	Anzahl	105 305	109 399	112 410	103 958	107 007	105 816	116 464	114 357	104 480
* Hausschlachtungen	Anzahl	14 164	12 917	11 072	6 532	6 364	11 300	9 744	7 789	6 482
Schlachtmengen 6)										
* Rinder	t	13 177	13 593	13 970	12 451	12 874	13 128	14 199	13 633	13 033
* Kälber	t	4 529	4 633	4 715	3 909	4 155	4 482	4 664	4 201	4 535
* Schweine	t	8 521	8 836	9 139	8 452	8 603	8 529	9 422	9 309	8 400
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	60	49	40	64	30	41	87	62	47
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	77	79	91	87	88	86	95	91	86
* an Molkereien und Händler geliefert	%	93,2	94,2	95,0	94,4	95,1	95,1	96,0	96,0	95,7
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,6	10,9	12,3	12,2	11,9	12,1	13,0	12,9	11,8

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 893	2 893	2 875	2 887	2 898	2 894	2 899	2 901	...
* Beschäftigte	1 000	386	392	388	389	392	395	395	395	...
* Arbeiter 2)	1 000	274	278	275	276	279	281	280	281	...
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	39 906	40 261	41 650	39 039	36 518	41 082	39 586	38 385	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	931	1 006	991	1 023	990	1 005	1 052	1 120	...
* Löhne	Mill. DM	571	618	624	615	619	619	658	672	...
* Gehälter	Mill. DM	360	388	367	408	371	386	394	448	...
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ³⁾	74	76	75	72	65	82	88	72	...
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	119	143	119	122	141	134	142	127	...
* Heizölverbrauch	1 000 t	193	199	200	176	177	198	166	151	...
* leichtes Heizöl	1 000 t	30	28	25	21	18	24	19	17	...
* schweres Heizöl	1 000 t	163	171	175	155	159	174	147	134	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	941	1 009	1 052	1 005	1 023	1 006	1 010	954	...
* Stromerzeugung	Mill. kWh	258	274	282	254	252	278	264	235	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 810	5 478	5 558	5 555	5 402	6 106	5 863	5 866	...
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 355	1 599	1 617	1 578	1 552	1 812	1 784	1 721	...
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	124	133	138	143	120	147	139	139 ^P	...
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	128	137	138	145	123	150	140	141 ^P	...
Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	126	134	136	143	122	147	138	140	116 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	125	134	142	140	129	145	132	132	117 ^P
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	97	105	123	133	121	121	121	127	105 ^P
Chemische Industrie	1970 = 100	129	135	140	135	126	139	123	116	102 ^P
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	130	138	131	156	119	153	145	152	119 ^P
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und -einrichtungen	1970 = 100	139	140	132	163	118	148	130	151	120 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	117	123	123	128	105	133	134	132	102 ^P
Herstellung von Schuhen	1970 = 100	63	63	61	52	40	64	62	54	42 ^P
* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1970 = 100	139	151	148	161	128	174	163	166	130 ^P
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	98	111	137	130	99	128	130	128	...
Handwerk ⁵⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	30.9.1976 = 100	104	106	.	103	.	.	.	103	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976 = 100	110	121	.	134	.	.	.	131	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	320	307	382	326	158	321	265	224	196
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 848	2 060	1 996	1 697	1 860	2 157	2 051	1 919	1 987
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	688	799	868	675	606	884	876	797	823
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 460	1 550	1 493	1 332	1 400	1 578	1 425	1 333	1 348
* Gaserzeugung 4)	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	...
* Gasbezug 4)	Mill. cbm	247	300	247	206	197	305	269	216	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	233	281	237	199	187	272	239	194	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	70 664	73 875	73 761	74 770	75 151	74 588 ^P	74 517 ^P	74 924 ^P	...
Facharbeiter	Anzahl	39 639	40 132	40 458	41 175	40 962	39 523 ^P	39 177 ^P	40 754 ^P	...
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 521	16 970	16 938	17 292	17 798	17 655 ^P	17 938 ^P	17 099 ^P	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 094	9 665	12 088	10 420	9 260	10 202 ^P	9 789 ^P	9 605 ^P	...
Privater Bau	1 000	5 674	5 950	7 057	6 443	5 724	6 381 ^P	6 110 ^P	5 865 ^P	...
* Wohnungsbau	1 000	3 834	4 036	4 953	4 368	3 715	4 195 ^P	4 008 ^P	3 823 ^P	...
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	84	76	95	90	88	77 ^P	86 ^P	108 ^P	...
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 756	1 838	2 009	1 985	1 921	2 109 ^P	2 016 ^P	1 934 ^P	...
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 420	3 715	5 031	3 977	3 536	3 821 ^P	3 679 ^P	3 740 ^P	...
Hochbau	1 000	696	766	925	826	698	738 ^P	728 ^P	699 ^P	...
Tiefbau	1 000	2 724	2 949	4 106	3 151	2 838	3 083 ^P	2 951 ^P	3 041 ^P	...
Straßenbau	1 000	1 459	1 687	2 466	1 661	1 569	1 687 ^P	1 593 ^P	1 689 ^P	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	145	166	193	177	176	175 ^P	184 ^P	185 ^P	...
* Löhne	Mill. DM	125	143	171	153	153	153 ^P	161 ^P	159 ^P	...
* Gehälter	Mill. DM	20	23	22	24	23	22 ^P	23 ^P	26 ^P	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	385	433	406	724	448	476 ^P	511 ^P	576 ^P	...

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 456	1 336	1 788	1 565	1 506	1 239	1 436	1 619	1 421
* mit 1 Wohnung	Anzahl	1 138	1 016	1 373	1 177	1 137	894	1 069	1 213	1 007
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	259	265	335	330	315	285	289	369	345
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	59	56	80	58	54	60	78	37	69
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 423	1 306	1 776	1 516	1 484	1 277	1 574	1 519	1 455
* Wohnfläche	1 000 qm	227	212	292	248	239	206	243	241	234
* Wohnräume	Anzahl	10 675	9 912	13 628	11 363	10 943	9 516	11 742	11 297	11 001
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	308	314	422	362	363	326	408	394	378
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	9	4	5	6	5	2	3	3	5
Unternehmen	Anzahl	251	198	299	267	143	130	175	325	174
Private Haushalte	Anzahl	1 196	1 135	1 484	1 292	1 358	1 107	1 258	1 291	1 242
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	237	218	227	262	226	181	265	221	230
* Umbauter Raum	1 000 cbm	896	879	780	1 552	943	636	1 028	1 105	974
* Nutzfläche	1 000 qm	164	147	137	232	176	115	182	199	167
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	130	122	105	187	156	87	202	195	186
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	36	31	27	46	48	23	60	33	36
Unternehmen	Anzahl	194	136	157	158	110	127	174	158	159
Private Haushalte	Anzahl	7	51	43	58	68	31	31	30	35
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 361	2 076	3 057	2 430	2 294	2 073	2 605	2 434	2 500
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 362	1 552	1 586	1 506	1 590	1 918	1 849	1 694	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	74	89	99	91	101	106	101	103	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 287	1 463	1 487	1 415	1 490	1 813	1 748	1 591	...
* Rohstoffe	Mill. DM	15	15	18	16	16	18	18	18	...
* Halbwaren	Mill. DM	71	101	111	114	126	99	102	78	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 202	1 347	1 358	1 284	1 347	1 695	1 628	1 495	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	406	492	524	481	519	591	570	509	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	796	855	834	804	829	1 104	1 058	986	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG-Länder	Mill. DM	610	742	812	744	749	907	831	806	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	104	129	136	130	127	145	145	134	...
Dänemark	Mill. DM	28	31	30	29	29	33	31	27	...
Frankreich	Mill. DM	188	214	230	216	209	275	243	250	...
Großbritannien	Mill. DM	84	110	131	115	115	131	120	116	...
Irland	Mill. DM	5	8	6	9	9	8	7	6	...
Italien	Mill. DM	98	125	138	119	117	176	164	153	...
Niederlande	Mill. DM	102	124	141	125	144	139	120	120	...
Österreich	Mill. DM	57	71	69	68	70	91	83	82	...
Schweiz	Mill. DM	58	72	74	69	65	87	78	79	...
USA und Kanada	Mill. DM	88	81	89	76	89	100	86	69	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	280	275	226	249	313	391	421	316	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	77	89	90	84	91	88	96	78	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	868	1 132	1 147	1 106	1 245	1 388	1 458	1 498	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	136	155	145	154	168	177	171	171	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	732	977	1 002	952	1 077	1 210	1 287	1 327	...
Aus ausgewählten Ländern										
* EG-Länder	Mill. DM	484	601	622	596	668	711	670	746	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	116	154	166	161	173	155	175	230	...
Dänemark	Mill. DM	9	10	10	11	10	12	12	12	...
Frankreich	Mill. DM	129	166	166	157	171	213	196	196	...
Großbritannien	Mill. DM	25	32	32	25	37	66	41	46	...
Irland	Mill. DM	2	3	3	2	3	4	4	3	...
Italien	Mill. DM	91	101	103	99	131	116	104	110	...
Niederlande	Mill. DM	112	135	143	140	143	145	138	147	...
Österreich	Mill. DM	25	34	38	32	36	48	44	49	...
Schweiz	Mill. DM	17	21	21	26	19	26	21	27	...
USA und Kanada	Mill. DM	61	74	69	68	76	113	121	123	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	181	272	275	262	316	326	470	437	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	22	41	35	39	54	29	25	27	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	107	108	105	105	106	107	106	106	...
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	195	208	211	213	196	218	216	205	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100	211	226	206	201	216	218	220	203	...
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	191	201	204	205	192	213	221	209	...
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	175	182	186	162	163	187	191	162	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	202	217	234	233	195	233	222	209	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	186	189	171	167	155	174	173	181	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	198	209	240	295	177	233	207	214	...
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	135	139	141	142	130	139	136	130	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	135	140	144	142	133	143	148	139	...
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	114	113	117	102	102	111	113	96	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	139	143	156	155	128	146	138	129	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	142	141	129	126	116	118	117	123	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	139	142	163	200	120	150	133	137	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	97	97	102	102	103	98	104	98	...
Teilbeschäftigte	1970 = 100	133	134	142	142	145	138	148	138	...
* Umsatz	1970 = 100	143	148	175	161	167	152	188	157	...
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	157	164	107	193	204	170	231	189	...
Gaststättengewerbe	1970 = 100	133	136	151	138	140	139	156	133	...
Fremdenverkehr in 288 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	313	318	401	399	421	305	449	401	...
* Ausländer	1 000	63	58	68	87	130	47	85	97	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 144	1 194	1 399	1 558	1 958	1 090	1 526	1 549	...
* Ausländer	1 000	184	172	158	266	474	136	242	269	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 634	1 656	1 959	1 686	1 793	1 812	1 604	1 788	1 744
* Güterversand	1 000 t	1 423	1 498	1 821	1 615	1 626	1 584	1 614	1 560	1 647
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 468	14 383	17 958	16 209	13 212	17 334	15 427	14 266	12 740
Krafträder und Motorroller	Anzahl	558	642	1 165	989	815	1 750	1 451	1 069	785
* Personen- und Kombinationskraft-wagen	Anzahl	12 795	12 575	15 491	13 953	11 309	14 167	12 692	12 010	10 889
* Lastkraftwagen	Anzahl	604	687	798	699	622	822	799	714	620
Zugmaschinen	Anzahl	417	375	366	444	344	462	339	334	324
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	8 943	9 152	10 099	9 517	8 385	8 926	10 075	9 715	...
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 940	1 898	2 326	2 369	2 104	1 860	2 429	2 223	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 003	7 253	7 773	7 148	6 281	7 066	7 646	7 492	...
Verunglückte Personen	Anzahl	2 739	2 650	3 252	3 302	3 014	2 545	3 436	3 049	...
* Getötete	Anzahl	80	67	68	97	76	61	71	66	...
Pkw - Insassen	Anzahl	42	34	32	51	39	23	31	36	...
Fußgänger	Anzahl	19	14	6	14	11	15	13	10	...
* Verletzte	Anzahl	2 659	2 583	3 184	3 205	2 938	2 484	3 365	2 983	...
Pkw - Insassen	Anzahl	1 589	1 481	1 718	1 639	1 539	1 352	1 729	1 559	...
Fußgänger	Anzahl	279	268	310	265	223	209	298	264	...
Schwerverletzte	Anzahl	853	830	1 016	1 036	950	809	1 071	979	...
Pkw - Insassen	Anzahl	452	427	507	497	447	401	470	451	...
Fußgänger	Anzahl	129	118	125	104	101	91	113	120	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	48 370	55 404	50 693	51 784	52 007	56 771	57 170	58 377	58 354
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	47 559	54 354	49 808	50 865	51 118	55 687	56 029	57 095	57 079
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	38 898	44 592	40 781	41 581	41 795	45 873	46 239	47 139	47 148
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 661	9 762	9 027	9 284	9 323	9 814	9 790	9 956	9 931
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 380	11 102	9 580	10 315	10 103	11 286	11 492	12 192	11 880
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	9 171	10 786	9 380	10 010	9 846	10 992	11 194	11 786	11 513
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	208	316	199	304	257	294	297	406	367
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	5 860	6 412	6 228	6 186	6 256	6 423	6 445	6 605	6 663
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	4 924	5 360	5 213	5 167	5 193	5 404	5 414	5 577	5 619
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	936	1 052	1 015	1 018	1 063	1 019	1 031	1 027	1 044
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	32 319	36 839	34 001	34 365	34 759	37 977	38 092	38 299	38 536
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	24 803	28 446	26 188	26 403	26 756	29 477	29 631	29 775	30 016
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	7 516	8 393	7 813	7 962	8 003	8 500	8 461	8 523	8 520
* Einlagen von Nichtbanken ³⁾	Mill. DM	42 302	45 323	43 731	43 494	43 240	45 320	46 092	45 939	46 545
* Sichteinlagen	Mill. DM	6 972	7 183	6 888	6 914	7 031	6 638	6 965	6 820	7 355
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 449	6 680	6 264	6 429	6 533	6 099	6 338	6 380	6 827
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	523	503	625	486	499	538	628	440	528
* Termingelder	Mill. DM	9 752	11 866	10 954	10 797	10 563	13 367	13 919	13 967	14 157
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	8 539	10 705	9 210	9 224	9 237	12 191	12 260	12 384	12 741
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 213	1 160	1 745	1 574	1 326	1 176	1 660	1 584	1 416
* Spareinlagen	Mill. DM	25 578	26 275	25 888	25 782	25 646	25 316	25 207	25 151	25 033
bei Sparkassen	Mill. DM	14 813	15 201	15 009	14 949	14 875	14 681	14 619	14 577	14 476
* Gutschriften auf Sparkonten ⁴⁾	Mill. DM	1 174	1 202	1 018	943	1 214	1 143	980	1 043	1 282
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 035	1 147	1 027	1 057	1 350	1 447	1 093	1 100	1 421
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁵⁾	Anzahl	38	35	26	28	40	33	41	37	36
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	17 487	10 005	3 982	5 313	7 674	4 878	6 030	18 076	35 153
* Vergleichsverfahren	Anzahl	.	.	.	1	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	882	834	854	808	945	871	979	1 032	947
* Wechselsumme	1 000 DM	4 293	5 184	16 638	3 987	4 857	5 770	7 931	9 457	6 591
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	932 837	1 021 729	885 947	1 208 670	838 526	675 255	976 052	1 326 453	856 835
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	654 466	701 283	587 495	916 641	508 630	349 944	631 064	1 014 472	537 253
Lohnsteuer ⁶⁾	1 000 DM	395 172	416 416	471 524	311 982	380 870	310 045	581 201	378 901	441 993
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	63 884	67 459	188 326	-	-	-	255 827	-	-
Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	157 763	161 587	27 586	407 112	41 621	5 643	7 438	427 722	- 18 022
Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	11 674	13 410	7 381	7 887	73 592	11 323	10 216	7 512	93 991
* Körperschaftsteuer ⁶⁾	1 000 DM	89 857	109 870	81 004	189 660	12 547	22 933	32 209	200 337	19 291
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	22 887	25 899	57 186	-	-	-	23 033	-	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	278 372	320 446	298 452	292 029	329 896	325 311	344 988	311 981	319 582
Umsatzsteuer	1 000 DM	201 841	221 286	191 477	190 981	238 994	209 336	212 945	196 730	206 676
Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	76 531	99 160	106 975	101 048	90 902	115 975	132 043	115 251	112 906
* Bundessteuern	1 000 DM	116 109	137 390	136 548	133 041	133 452	123 781	146 570	152 554	124 799
Zölle	1 000 DM	7 624	8 624	10 486	10 625	7 551	8 720	10 455	8 848	8 487
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	106 298	126 386	124 215	120 680	123 997	112 963	134 569	142 044	114 681
* Landessteuern	1 000 DM	64 528	72 986	91 589	79 239	74 911	49 178	85 078	57 455	68 203
Vermögensteuer	1 000 DM	15 163	15 501	33 462	14 571	4 720	3 097	37 710	4 065	2 364
Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	32 048	40 047	43 813	48 413	51 299	27 720	30 386	36 643	46 696
Biersteuer	1 000 DM	6 348	6 242	6 268	7 295	6 893	5 684	6 464	5 554	8 415
* Gemeindesteuern ⁷⁾	1 000 DM	449 367	468 559	.	496 262
Grundsteuer A	1 000 DM	7 701	8 016	.	9 301
Grundsteuer B	1 000 DM	67 943	69 308	.	76 017
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	313 697	333 622	.	348 987
Lohnsummensteuer	1 000 DM	22 260	21 658	.	19 972
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	26 622	25 393	.	26 831

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Ohne durchlaufende Kredite. - 4) Einschl. Zinsgutschriften. - 5) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 6) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 7) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	610 293	683 252	599 564	737 113	636 495	538 913	652 041	809 294	618 585
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	287 871	309 411	258 290	406 882	223 540	150 610	270 655	446 146	235 005
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	187 906	216 307	201 461	197 124	222 686	219 591	232 873	210 594	215 723
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	18 407	20 143	3 265	66	56 817	44 931	1 943	-	43 058
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	489 800	536 057	480 455	591 617	499 324	381 152	506 252	651 792	484 102
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	286 796	308 085	257 324	405 799	222 719	148 481	269 497	445 427	234 047
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	120 068	134 843	128 277	106 513	144 877	138 562	149 734	148 910	138 794
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	18 407	20 143	3 265	66	56 817	44 931	1 943	-	43 058
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	571 486	593 880	.	583 334
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	203 584	216 181	.	227 135
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	232 232	242 761	.	208 924
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1970 = 100	106,5	110,9	110,2	110,8	111,5	116,3	116,8	117,4	117,6
* Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	106,4	108,2	108,6	108,3	108,6	112,6	113,0	113,5	113,5
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1976 = 100	111,3	121,1	120,4	.	.	.	134,5	.	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	489	516	.	.	523	544
* Männliche Arbeiter	DM	523	554	.	.	561	581
* Facharbeiter	DM	553	586	.	.	594	615
* Angelernte Arbeiter	DM	501	530	.	.	535	556
* Hilfsarbeiter	DM	425	453	.	.	458	474
* Weibliche Arbeiter	DM	346	366	.	.	367	386
* Hilfsarbeiter	DM	334	354	.	.	353	374
Bruttostundenverdienste	DM	11,59	12,28	.	.	12,39	12,96
* Männliche Arbeiter	DM	12,23	12,99	.	.	13,09	13,67
* Facharbeiter	DM	12,92	13,70	.	.	13,82	14,38
* Angelernte Arbeiter	DM	11,73	12,46	.	.	12,53	13,17
* Hilfsarbeiter	DM	10,02	10,70	.	.	10,80	11,29
* Weibliche Arbeiter	DM	8,69	9,20	.	.	9,23	9,74
* Hilfsarbeiter	DM	8,34	8,88	.	.	8,89	9,47
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	42,1	41,9	.	.	42,2	42,0
* Männliche Arbeiter	Std.	42,6	42,5	.	.	42,8	42,5
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,8	39,7	.	.	39,7	39,6
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	2 475	2 615	.	.	2 631	2 791
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 210	2 345	.	.	2 356	2 499
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 704	2 861	.	.	2 868	3 060
männlich	DM	1 745	1 856	.	.	1 871	1 964
weiblich	DM	3 098	3 259	.	.	3 287	3 463
* Technische Angestellte	DM	3 173	3 337	.	.	3 366	3 549
männlich	DM	2 132	2 246	.	.	2 257	2 331
weiblich	DM	2 871	3 028	.	.	3 045	3 228
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 584	2 735	.	.	2 744	2 921
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 037	3 221	.	.	3 233	3 457
männlich	DM	2 047	2 165	.	.	2 174	2 279
weiblich	DM	3 153	3 313	.	.	3 341	3 521
* Technische Angestellte	DM	3 218	3 381	.	.	3 410	3 596
männlich	DM	2 243	2 351	.	.	2 362	2 447
weiblich	DM	1 988	2 114	.	.	2 127	2 246
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	1 974	2 099	.	.	2 112	2 231
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 449	2 593	.	.	2 596	2 755
männlich	DM	1 586	1 693	.	.	1 709	1 797
weiblich	DM		

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 327	61 359 ^P	61 317	61 323	61 337	61 497
Eheschließungen 1)	Anzahl	27 351	28 753 ^P	25 989 ^P	40 428 ^P	37 423 ^P	26 250 ^P	26 141 ^P	47 683 ^P	...
Lebendgeborene 2)	Anzahl	48 039	48 499 ^P	48 659 ^P	50 875 ^P	47 588 ^P	50 464 ^P	51 450 ^P	52 706 ^P	...
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	60 268	59 311 ^P	60 244 ^P	60 483 ^P	55 036 ^P	62 138 ^P	58 895 ^P	58 983 ^P	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (–)	Anzahl	– 12 229	– 10 812 ^P	– 11 585 ^P	– 9 608 ^P	– 7 448 ^P	– 11 674 ^P	– 7 445 ^P	– 6 277 ^P	...
Arbeitslose	1 000	993	876	875	775	763	876	825	767	781
Männer	1 000	489	417	409	344	334	434	389	353	356
Offene Stellen	1 000	246	304	313	331	355	337	346	344	353
Männer	1 000	154	198	201	214	230	218	222	220	223
Kurzarbeiter	1 000	191	88	122	92	65	94	92	92	86
Männer	1 000	149	59	80	56	38	69	64	63	62
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	22 641	22 374	23 247	.	.	.	23 633	.	.
Schlachtmenge 4)	1 000 t	349	364	361	380	348	375
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	117	123 ^P	129	127	133	131	132	131	131 ^P
ohne Baugewerbe	1970 = 100	119	125 ^P	131	127	133	133	134	131	131 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	116	123 ^P	128	125	131	129	131	129	130 ^P
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	117	125 ^P	133	131	135	133	132	130	129 ^P
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	116	121 ^P	127	124	133	131	133	131	133 ^P
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	115	120 ^P	125	121	129	130	128	126	126 ^P
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	122	126 ^P	131	128	134	126	133	137	136 ^P
Baugewerbe	1970 = 100	103	109 ^P	118	123	134	112	120	127	125 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 584	7 608	7 548	7 556	7 568	7 662	7 649	7 643	7 649
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	772	771	755	798	753	806	788	747	732
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	83 379	92 121	88 172	93 585	94 076	104 346	101 000	98 225	98 800
Auslandsumsatz	Mill. DM	20 018	22 131	20 718	22 561	22 461	25 637	24 256	24 960	24 190
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	29 451	31 062	30 217	27 459	26 236	34 011	30 516	28 470	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 590	3 780	3 946	3 656	3 405	4 164	3 748	3 471	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 190	1 240	1 238	1 249	1 260	1 240 ^P	1 252 ^P	1 254 ^P	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	141	144	157	176	163	153 ^P	161 ^P	154 ^P	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 499	7 673	5 606	6 799	12 083	7 143 ^P	7 939 ^P	8 262 ^P	...
Baugenehmigungen 7)										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	17 114	14 427	15 885	17 571	16 942
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	16 149	13 525	14 938	16 625	15 924
Wohnfläche	1 000 qm	2 796	2 443	2 684	2 895	2 885
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 057	2 308	2 170	2 662	2 565
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	29 232	25 402	27 285	29 601	29 620
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	23 714	26 218	25 949	26 996	25 789	31 292	30 137	28 903	28 488
EG-Länder	Mill. DM	10 864	12 647	12 759	13 410	12 252	15 655	15 032	13 915	14 050
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 961	2 230	2 377	2 356	2 164	2 695	2 593	2 203	2 286
Dänemark	Mill. DM	527	570	570	595	559	651	572	563	531
Frankreich	Mill. DM	2 907	3 333	3 409	3 420	3 192	4 206	4 229	3 828	3 900
Großbritannien	Mill. DM	1 403	1 753	1 708	2 034	1 793	1 981	1 991	1 942	2 067
Irland	Mill. DM	84	109	112	114	107	142	125	111	109
Italien	Mill. DM	1 619	2 045	1 962	2 168	2 010	2 662	2 565	2 524	2 529
Niederlande	Mill. DM	2 363	2 608	2 621	2 724	2 428	3 318	2 957	2 745	2 627
Österreich	Mill. DM	1 218	1 372	1 265	1 354	1 287	1 680	1 607	1 545	1 539
Schweiz	Mill. DM	1 201	1 367	1 294	1 411	1 298	1 798	1 667	1 496	1 665
USA und Kanada	Mill. DM	1 857	1 935	2 203	1 903	2 052	2 181	2 255	2 101	1 850
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 956	3 757	3 317	3 550	3 705	4 180	4 198	4 336	3 679
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 470	1 570	1 536	1 698	1 492	1 706	1 460	1 554	1 573

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³. - 7) Monatsangaben ohne Bayern.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	20 320	24 347	22 621	24 992	24 034	29 287	29 042	28 606	28 209
EG- Länder	Mill. DM	9 981	11 778	11 146	12 520	11 763	13 701	14 003	13 293	13 246
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 711	1 951	1 885	2 073	2 063	2 167	2 409	2 108	2 197
Dänemark	Mill. DM	334	386	340	379	339	496	455	450	430
Frankreich	Mill. DM	2 357	2 766	2 806	3 061	2 663	3 326	3 219	3 078	3 190
Großbritannien	Mill. DM	1 005	1 435	1 191	1 444	1 447	1 957	1 944	1 908	1 742
Irland	Mill. DM	80	98	85	107	112	121	121	143	115
Italien	Mill. DM	1 931	2 150	1 981	2 186	2 206	2 358	2 424	2 270	2 422
Niederlande	Mill. DM	2 562	2 990	2 859	3 270	2 933	3 276	3 432	3 336	3 149
Österreich	Mill. DM	593	701	644	711	661	840	828	778	801
Schweiz	Mill. DM	790	886	807	958	942	1 218	1 000	935	994
USA und Kanada	Mill. DM	1 617	1 948	1 828	2 015	1 797	2 530	2 527	2 535	2 517
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 641	4 531	4 170	4 430	4 429	5 950	5 587	5 951	5 480
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 044	1 337	1 073	1 190	1 388	1 304	1 403	1 424	1 490
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	180,7	191,6	189,2	192,5	189,6	201,7	198,8 ^P	195,4 ^P	182,4 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	151,5	160,4	158,6	175,9	172,0	158,1	169,2 ^P
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	1 212	1 351	1 239	1 252	1 272	1 361	1 373	1 383	...
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	929	1 041	951	961	979	1 049	1 058	1 065	...
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	283	311	288	291	293	311	315	318	...
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	902	959	897	905	913	937	935	942 ^P	...
Spareinlagen	Mrd. DM	466	478	473	472	471	468	463	461	...
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	19 555	21 262	15 513	14 267	27 714	27 303	17 224	16 515	29 713
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	12 719	13 445	7 650	7 124	21 074	20 206	8 773	8 511	22 298
Lohnsteuer	Mill. DM	7 668	8 089	6 232	6 498	8 038	7 053	7 536	7 767	9 498
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 119	3 129	610	332	7 850	7 825	449	133	7 801
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	6 106	7 017	6 259	6 560	6 629	7 076	7 264	7 563	7 408
Umsatzsteuer	Mill. DM	3 886	4 250	3 577	3 985	3 901	3 640	3 658	4 113	4 020
Bundessteuern	Mill. DM	3 578	3 723	3 721	3 754	3 346	3 069	3 593	3 810	3 784
Zölle	Mill. DM	306	343	336	330	358	321	378	373	371
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 084	3 185	3 188	3 241	2 819	2 522	3 010	3 246	3 239
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirt- schaftlicher Betriebsmittel 3)	1970 = 100	151,6	157,6	156,1	157,5	158,4	164,5	164,7	165,1 ^P	165,5 ^P
Index der Erzeugerpreise landwirt- schaftlicher Produkte 3)	1970 = 100	137,0	139,7	139,3	137,8	138,2	144,5	141,5	141,1	140,6 ^P
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 3)	1976 = 100	103,9	108,9	107,6	108,2	108,7	115,2	116,6	117,1	117,2
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1976 = 100	111,2	120,8	.	120,1	.	.	.	134,1	.
Bauleistungen am Bauwerk 4)	1976 = 100	111,3	121,1	.	120,4	.	.	.	134,5	.
Preisindex für den Straßenbau	1976 = 100	109,4	120,8	.	119,6	.	.	.	137,0	.
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 = 100	106,5	110,9	109,9	110,2	110,8	115,6	116,3	116,8	117,4
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	106,4	108,2	108,2	108,6	108,3	111,8	112,6	113,0	113,5
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	109,4	114,2	113,1	113,4	113,6	119,5	119,9	120,3	120,5
Wohnungsmiete	1976 = 100	106,4	109,8	108,8	109,0	109,3	114,1	114,6	115,0	115,3
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1976 = 100	103,3	124,8	120,7	121,6	128,2	135,2	135,9	139,8	138,0
Übriges für die Haushaltsführung	1976 = 100	106,8	110,2	109,5	109,6	109,8	115,4	115,8	116,2	116,6
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenüber- mittlung	1976 = 100	105,1	110,0	108,5	108,8	109,7	116,1	117,2	117,6	117,9
Körper- und Gesundheitspflege	1976 = 100	108,0	112,6	111,6	111,9	112,2	117,4	118,1	118,4	118,9
Bildung und Unterhaltung	1976 = 100	103,4	106,1	105,8	105,7	105,7	108,2	108,4	108,6	108,9
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1976 = 100	109,4	114,5	112,6	112,7	114,8	120,0	120,3	120,3	124,8

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Baunebenleistungen.

Durch Ferien Rückgang der Nachfrage nach Industrieerzeugnissen

Die Nachfrage nach Erzeugnissen des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz nahm im Ferienmonat Juli 1980 im Vergleich zum Vormonat um 4% ab. Im Vergleich zum Vorjahresmonat konnte jedoch eine Steigerung von 11% erzielt werden. Auch von Januar bis Juli 1980 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum war eine erhöhte Ordertätigkeit (+ 8%) zu erkennen.

Bedingt durch den hohen Anstieg der ausländischen Aufträge im Metall- und Schienenfahrzeugbau entwickelte sich die Auftragslage im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe in den ersten sieben Monaten wieder recht günstig. Gegenüber dem Vorjahresmonat stiegen die Auftragszahlen im Juli hier um 28%, gegenüber dem Vormonat um 20%. Eine verhältnismäßig günstige Entwicklung konnte auch das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe verzeichnen. Hier übertrafen die eingegangenen Bestellungen die Werte des Vorjahresmonats um 9%. Einen entscheidenden Anteil steuerte die Schuhindustrie bei, aber auch das Bekleidungsgewerbe und die Holzverarbeitung, die Zuwachsraten zwischen einem Drittel und knapp 100% erzielten.

Die Auftragseingänge im Bereich der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie wurden erneut im erheblichen Umfang von der chemischen Industrie beeinflusst. Nachdem im Juni noch ein starker Zuwachs zu verzeichnen war, ging die Ordertätigkeit im Juli gegenüber dem Vormonat um 40% zurück. Dennoch konnte das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe von Januar bis Juli eine Auftragssteigerung gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum von 17% erzielen. me

Mehr Gäste trotz des schlechten Wetters

Im ersten Halbjahr 1980 entwickelte sich trotz des ungünstigen Wetters der rheinland-pfälzische Fremdenverkehr sehr positiv. Nahezu 2 Mill. Gäste und über 7 Mill. Übernachtungen wurden von den Beherbergungsbetrieben registriert. Das sind jeweils 7% mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Jeder sechste Gast war Ausländer.

Zwei Fünftel aller Übernachtungen wurden von Hotels gemeldet. Heil- und Kuranstalten waren mit 17, Privatquartiere mit 13, Pensionen und Fremdenheime mit 6% beteiligt.

Die Gebiete Eifel/Ahr, Mosel/Saar und die Pfalz mit ihren landschaftlich reizvollen Naturparks und idyllischen Weinorten verzeichneten je ein Fünftel al-

ler Übernachtungen. Für das Rheintal, die Regionen Hunsrück/Nahe/Glan und Westerwald/Lahn/Taunus wurde ein Anteil von je einem Achtel ermittelt. Die ausländischen Gäste bevorzugten die Gebiete Mosel/Saar, Eifel/Ahr, das Rheintal und die Pfalz. san

16 350 Betten in Ferienparks

Zu Beginn der Sommersaison 1980 gab es in den 643 rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden 158 000 Fremdenbetten (+ 3%). Von den 125 000 in Beherbergungsbetrieben registrierten Betten werden 16 350 (13%) in Ferienhausgebieten angeboten. Diese hatten den stärksten Zuwachs der Bettenkapazität (+ 18%). Im Naturpark Südeifel sind zwei neue Ferienparks mit nahezu 1 400 Übernachtungsmöglichkeiten entstanden und auch die Region Hochwald bietet vor allem im Hambachtal weitere 1 330 Betten in Ferienparks an. san

Ausfuhr erhöhte sich um 22%, Einfuhr um 37%

Im ersten Halbjahr 1980 exportierte die rheinland-pfälzische Wirtschaft Waren im Wert von 10,9 Mrd. DM (+ 22%) und importierte für 8,6 Mrd. DM (+ 37%). Die Ausfuhr der gewerblichen Wirtschaft wurde maßgeblich von Kraftfahrzeugen (+ 50%) und Maschinen (+ 25%) bestimmt.

Der sehr hohe Einfuhrzuwachs ergab sich aus dem Import von rohem Erdöl (+ 92%), elektrotechnischen Erzeugnissen (+ 68%) sowie Maschinen (+ 52%) und Kraftfahrzeugen (+ 45%). Von den Europäischen Gemeinschaften gelangten für 4,3 Mrd. DM Waren (+ 25%) nach Rheinland-Pfalz. Die Entwicklungsländer lagen mit Lieferungen für 2,4 Mrd. DM (+ 73%) an zweiter Stelle. Die OPEC-Staaten waren hier mit 1,6 Mrd. DM (+ 79%) oder 70% beteiligt. san

Der Handel mit Polen im 1. Halbjahr 1980

Aus Polen wurden im ersten Halbjahr für 24,5 Mill. DM Waren nach Rheinland-Pfalz eingeführt, das sind 9% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Fast die Hälfte der Importe (45%) waren Rohstoffe (+ 74%). Haupteinfuhrgut sind Rohstoffe für chemische Erzeugnisse (+ 52%).

Die Exporte nach Polen gingen um 15% auf 52,4 Mill. DM zurück. Hier dominieren Kunststoffherzeugnisse (— 18%) mit einem Fünftel Anteil an den Gesamtlieferungen. Bilanzmäßig wurde ein Ausfuhrüberschuß von 28 Mill. DM erwirtschaftet. san

Pirmasens mit der besten Wohnungsversorgung

Ende 1979 hatte die Stadt Pirmasens die günstigste Wohnungsversorgung in Rheinland-Pfalz. Auf 1 000 Einwohner kamen hier 501 Wohnungen. Im Landesdurchschnitt waren es 405, in den kreisfreien Städten 443 und in Landkreisen 391.

Von den kreisfreien Städten hatten außer Pirmasens noch Kaiserslautern (467), Zweibrücken (456), Ludwigshafen (453), Worms (451) und Neustadt (447) überdurchschnittliche Werte, während Koblenz (426) und Landau (421) weniger günstig abschnitten.

Bei den Landkreisen liegen Bad Dürkheim (423), Kaiserslautern (413), Ahrweiler (409), Neuwied (407) und Birkenfeld (406) an der Spitze und Bitburg-Prüm (371) und Trier-Saarburg (318) am Ende der Skala. hw

14 244 neue Wohnungen genehmigt

Im ersten Halbjahr 1980 wurden von den rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden insgesamt 14 244 Wohnungen genehmigt. Das sind 1 490 oder 11,7% mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. In neuerrichteten Gebäuden werden 13 589 Wohnungen entstehen, die restlichen 655 durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.

Die Zahl der Baugenehmigungen war im zweiten Vierteljahr 1980 mit 6 112 etwas kleiner als im ersten Quartal (6 315), die Zahl der Wohnungen jedoch nahezu gleich (7 132 bzw. 7 112). Beachtliche Verschiebungen hat es in diesem Zeitraum bei den kreisfreien Städten und Landkreisen gegeben. Während in den ersten drei Monaten in den Städten 1 050 Wohnungen in neuerrichtenden Wohngebäuden genehmigt wurden, waren es im zweiten Vierteljahr bereits 1 787. In den Landkreisen verlief die Entwicklung umgekehrt; hier kam es zu einem Rückgang von 5 541 auf 4 859 Wohnungen. hw

Fast 1 Mill. t mehr Steine und Erden umgeschlagen

In den rheinland-pfälzischen Häfen wurden im ersten Halbjahr 1980 insgesamt 18,8 Mill. t Güter umgeschlagen. Das sind 5% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Der Versand erhöhte sich um 9% auf 9 Mill. t und der Empfang um 1% auf fast 10 Mill. t. Drei Viertel der Güter waren Steine und Erden (52%) sowie Mineralölerzeugnisse (22%).

Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1979 stieg der Umschlag von Steinen und Erden um fast 1 Mill. t (+ 10%) auf 9,7 Mill. t. Aber auch feste mineralische Brennstoffe (+ 9%), Eisen, Stahl und NE-Metalle (+ 20%) sowie Erze und Metallabfälle (+ 38%) wurden im verstärktem Maße umgeschlagen. Während

für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Futtermittel der Umschlag mit 0,9 Mill. t unverändert blieb, gab es für Mineralölerzeugnisse (— 7%) und chemische Produkte (— 4%) Rückgänge. gz

Abgeschwächte Entwicklung beim Kraftfahrzeugbestand

Am 1. Juli 1980 waren in Rheinland-Pfalz 1 711 704 Kraftfahrzeuge für den Verkehr zugelassen. Das sind 55 861 oder 3,4% mehr als ein Jahr zuvor. Ähnlich niedrige Zuwachsraten waren in den letzten Jahren nur in Zeiten konjunktureller Schwäche zu verzeichnen, so Mitte 1974 und 1975 (+ 1,9 bzw. + 3%).

Die Zahl der Personenkraftwagen und Kombis hat sich um 45 867 oder 3,3% erhöht. Mittelklassewagen mit 1,5 bis 2 Liter Hubraum (+ 3,5%) und der obere Hubraumbereich ab 2 Liter (+ 12%) nahmen zahlenmäßig am stärksten zu. Die kleineren Wagen mit einem Hubraum unter 1 Liter und von 1 bis 1,5 Liter verzeichneten dagegen nur ein Plus von 0,6 bzw. 1,6%.

Die Zahl der Motorräder hat um 18% auf 36 295 zugenommen, wobei Kleinkrafträder rückläufig waren (— 4%). Außerdem waren Mitte des Jahres 77 126 Lastkraftwagen, 140 886 Zugmaschinen, 10 829 Sonderkraftfahrzeuge und 4 793 Busse zugelassen.

Im Bundesgebiet belief sich am 1. Juli 1980 der Bestand an zulassungspflichtigen Kraftfahrzeugen auf 27,1 Mill. Das sind 3,1% mehr als im Jahr zuvor. gz

Gebrauchtfahrzeuge erfreuen sich großer Beliebtheit

Im ersten Halbjahr 1980 wechselten 173 680 Gebrauchtwagen ihre Besitzer. Das sind 7 400 oder 4,1% weniger als im ersten Halbjahr 1979. Von diesem Rückgang sind nur Personen- und Kombinationskraftwagen betroffen (— 6,2%) auf die fast 90% der Besitzumschreibungen entfielen. Außerdem wechselten 9 628 Krafträder, 5 255 Lastkraftwagen, 3 887 Zugmaschinen, 543 Sonderkraftfahrzeuge und 312 Busse ihre Halter.

Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1979 wurden Gebrauchtfahrzeuge wie Krafträder (+ 30%), Busse (+ 23%) und Sonderkraftfahrzeuge (+ 22%) verstärkt verkauft. Bei den Personenkraftwagen war die Nachfrage nach Fahrzeugen über 2 Liter Hubraum günstiger (+ 3,2%). Dagegen gab es bei Wagen mit 1,5 bis 2 Liter einen Rückgang von 4 885 oder 8,6%.

Im Bundesgebiet wechselten im ersten Halbjahr 1980 insgesamt 2 931 096 Gebrauchtwagen ihre Besitzer (— 3%). Dabei waren 87% der Käufer Arbeitnehmer. gz

Weniger Verkehrsunfälle, aber mehr Verunglückte

Im ersten Halbjahr 1980 ereigneten sich auf den rheinland-pfälzischen Straßen 11 180 Unfälle mit Personenschaden. Es wurden 415 Personen getötet, 4 904 schwer und 10 190 leicht verletzt. Außerdem gab es 41 770 Sachschadensunfälle. Die Gesamtzahl der Unfälle belief sich auf 52 950 (— 5%).

Trotz der rückläufigen Unfallzahlen erhöhten sich die Personenschadensunfälle im Vergleich zum ersten Halbjahr 1979 um 6,4% (Verunglückte + 5,5%). Die Zahl der Schwerverletzten nahm um 320, die der Leichtverletzten um 430 zu. Die Zahl der Verkehrstoten erhöhte sich um 48. Dabei blieb die Zahl der bei Verkehrsunfällen getöteten Kinder unter 15 Jahren mit 29 fast unverändert (— 1).

Von den 15 510 Verunglückten waren mehr als die Hälfte (8 810) Insassen von Personenkraftwagen (+ 1,3%). Außerdem verunglückten 3 495 Fahrer und Mitfahrer von motorisierten Zweirädern (+ 16%), 1 632 Fußgänger (+ 1%) und 1 005 Radfahrer (+ 13%). gz

Flugverkehr + 10%

Von den 27 rheinland-pfälzischen Verkehrslandeplätzen starteten im ersten Halbjahr 1980 insgesamt 71 745 Flugzeuge. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es 65 038 gewesen (+ 10%). Eine beträchtliche Zunahme war im Motorflug zu verzeichnen, wo drei Viertel aller Starts durchgeführt wurden. Ihre Zahl nahm um 4 900 oder 10% zu. Aber auch im Segelflug gab es um 16% mehr Flüge. Bei den Motorseglern blieb die Zahl der Starts mit 5 000 fast unverändert (+ 1,6%).

Es starteten 6 900mal Flugzeuge im gewerblichen (— 3%) und 47 150mal im nichtgewerblichen Verkehr (+ 12%). Diese Steigerung resultiert hauptsächlich aus Schleppstarts (+ 46%) und Sportflügen (+ 25%). Dagegen waren Schulflüge im gewerblichen und nichtgewerblichen Verkehr um 8 bzw. 7% rückläufig.

Der bedeutendste Landeplatz ist Worms mit über 10 000 Starts. Speyer verzeichnete mehr als 7 000 und Koblenz-Winningen sowie Trier-Föhren mehr als 6 000 Starts. Auf den 27 Verkehrslandeplätzen waren Ende Juni 1980 340 Flugzeuge, 18 Drehflügler, 37 Motorsegler und 186 Segelflugzeuge stationiert. gz

1 471 000 Wohnungen

Ende 1979 gab es in Rheinland-Pfalz 826 500 Wohngebäude mit 1 471 000 Wohnungen.

27% der Wohnungen sind Vierraumwohnungen mit Küche. Es folgen Drei- und Fünfraumwohnungen mit 22 bzw. 19%. Der mehr ländlich strukturierte Regierungsbezirk Trier weist mit 55% den größten Anteil an Wohnungen mit fünf und mehr Räumen auf, in Rheinhessen sind es 39%. hw

Gute Wohnqualität in Rheinland-Pfalz

Hinsichtlich der Wohnqualität schneidet Rheinland-Pfalz gut ab. Es gibt im Bundesgebiet neben dem Saarland nur in Rheinland-Pfalz mehr Eigentümer- als Mietwohnungen. Kennzeichnend für den Wohnungsbestand des Landes sind Großwohnungen. Wohnungen mit einer Fläche von 100 und mehr Quadratmetern bilden die stärkste Gruppe. 33% der Wohnungen haben sechs oder mehr Räume, im Bundesdurchschnitt sind es 22% und in den Stadtstaaten zwischen 8 und 12%.

Bedingt durch den hohen Altbaustand - jedes dritte nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude stammt aus der Zeit vor 1919 - liegt freilich die höchste Ausstattungsstufe mit Bad, WC und Sammelheizung noch unter dem Bundesdurchschnitt. Das gleiche gilt für die installierten Sammelheizungen, die im ländlichen Raum naturgemäß nicht so häufig anzutreffen sind wie in modernen Stadtwohnungen.

Aus der Sicht der Mieter ist eine günstige Mietenstruktur gegeben, denn mit 3,98 DM je Quadratmeter Wohnfläche müssen im Lande - nach dem Saarland mit 3,64 DM - die niedrigsten Mieten im Bundesgebiet gezahlt werden. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 215

Bauüberhang Ende 1979: 43 348 Wohnungen

Der Bauüberhang an genehmigten, zum Jahresende 1979 noch nicht fertiggestellten Wohnungen betrug 43 348 Einheiten. Das sind 3 386 Wohnungen oder 7,8% mehr als Ende 1978. Für nahezu drei Viertel dieser Wohnungen war die Genehmigung von einem privaten Haushalt beantragt worden, für die restlichen Wohnungen in erster Linie von Wohnungsunternehmen.

Die Anzahl der Wohnungen in neu zu errichtenden Gebäuden betrug 39 124, von denen die Hälfte unter Dach (rohbaufertig) und je ein Viertel noch nicht unter Dach bzw. noch nicht begonnen waren. pl

Themen der letzten Hefte

Heft 9/September 1979

Volkszählung 1981
Industrie 1950 bis 1978
Jahresverdienste 1978
Verbrauch und Preise von Grundnahrungsmitteln
1950 bis 1978
LIS-Unternehmens- und Betriebsdatei

kurz + aktuell

Heft 10/Okttober 1979

Abschaffung der Lohnsummensteuer
Private und öffentliche Investitionen seit 1970
Regionale Schülerprognose - Teil 1
Außenhandel mit den OPEC-Ländern 1974 bis 1978
Verbraucherpreisniveau in Mainz und Pirmasens 1978

Heft 11/November 1979

Verwaltungsautomation
Terminal-Einsatz in Krankenhäusern
Bautätigkeit 1978
Sozialer Wohnungsbau 1978
Jugendkriminalität 1968 bis 1977

Heft 12/Dezember 1979

Schwerpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung 1979
Bevölkerungsfortschreibung
Regionale Schülerprognose - Teil 2
Preise im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe 1979

Heft 1/Januar 1980

Amtliche Wahlstatistik und Wahlforschung
Investitionen und wirtschaftliche Entwicklung im
verarbeitenden Gewerbe
Außenhandel mit den EG-Anwärtern 1970 bis 1978
Landwirtschaftliche Betriebe 1975 bis 1979
Vorausschätzung der regionalen Geburtenhäufigkeit - Teil 1
Todesursachen 1968 bis 1978

Heft 2/Februar 1980

Ausländer 1979
Tätigkeit der Verwaltungsgerichte 1969 bis 1978
Vorausschätzung der regionalen Geburtenhäufigkeit - Teil 2
Regionale Bevölkerungsprognose

Heft 3/März 1980

Personal von Land und Gemeinden 1979
Absatzintensität und Unternehmensverflechtung im
Einzelhandel 1970 bis 1978
Beheizung der Wohnungen
KREK-Kreditorenbuchhaltung in Krankenhäusern

Heft 4/April 1980

Sozialprodukt 1979
Beurteilung der Wohngegend
Schlüsselzuweisungen nach der Reform
des kommunalen Finanzausgleichs
Fremdenverkehr in den Fördergebieten 1972 bis 1979
Das handwerksähnliche Gewerbe
Infektionskrankheiten 1979

Heft 5/Mai 1980

Ausbildungschancen der Abiturienten
Strukturwandel im Einzelhandel
Außenhandel mit dem Ostblock 1970 bis 1979
Nutzung der Bodenflächen 1979
Arbeitnehmerverdienste 1979

Heft 6/Juni 1980

Konsequenzen der bisherigen und künftigen Bevölkerungs-
entwicklung
Lehrernachwuchs 1980
Schulentlassungen ausländischer Schüler 1978/79
Baulandmarkt 1979
Modernisierungs- und Energiesparmaßnahmen
Viehwirtschaft 1979

Heft 7/Juli 1980

Entwicklung der kommunalen Finanzen
Zerlegung der Lohnsteuer
Lohnsteuerpflichtiges Einkommen und Besteuerung 1977
Umsatz und Besteuerung 1978
Gebäude, Wohnungen und Mieten 1978
Straßenverkehrsunfälle von Jugendlichen

Heft 8/August 1980

Ausbildungsplätze 1980
Ernteaussichten für 1980
Branchenstruktur der Industrie 1950 bis 1980
Gastronomisches Angebot 1979
Jahresverdienste 1979

Themen der folgenden Hefte

Großhandel und Handelsvermittlung 1979
Umstellung der Steuerstatistiken auf eine neue
wirtschaftssystematische Gliederung
Soziale Struktur der Arbeiter 1978
Personalwechsel im öffentlichen Dienst
Kaufpreise landwirtschaftlicher Grundstücke
1977 bis 1979
Bauwirtschaft im Konjunkturverlauf
Einflußfaktoren für die weitere Entwicklung
der Erwerbsquoten
Lehrerdatei

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.